

Björn Hofmeister

Kultur- und Sozialgeschichte der Politik in der Weimarer Republik 1918 bis 1933

Das historische Bild der Weimarer Republik war traditionell überschattet von den Fragen über die Gründe für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie. Die kurze Phase zwischen Erstem Weltkrieg und Machtübernahme der Nationalsozialisten machte es der Republik schwer, als eigenständiger Staatsentwurf mit offenen politischen Entwicklungschancen wahrgenommen zu werden. Dieses Bild wandelt sich verstärkt seit den letzten 20 Jahren und erhält mit der Hinwendung zur Kulturgeschichte eine differenzierte Einordnung nicht nur in die politischen Abläufe vom Kaiserreich zur nationalsozialistischen Diktatur, sondern weitergehend auch als essenzieller Bestandteil der dynamischen wie ambivalenten Moderne des 20. Jahrhunderts. Wirft man einen Blick auf die neueren Literaturberichte zur Geschichte der Weimarer Republik, wird die Tendenz zu kulturgeschichtlichen Fragestellungen deutlich, die auch die Forschung zur ersten deutschen Demokratie und zur Zwischenkriegszeit wesentlich beeinflusst hat.¹ Andreas Wirsching betonte zuletzt die Offenheit und »Polyvalenz« der neueren Weimar-Forschung, die sich nicht mehr nur mit den Kontexten von republikanischer und antirepublikanischer Wirkung kollektiven oder individuellen Handelns beschäftigt, sondern die Handlungsentwürfe von Parteien, Parlamentariern, Vereinen, Eliten und Milieugruppen aus der Offenheit ihrer Zeit heraus betrachtet und nicht mehr automatisch in ein normatives »binäres Grundverständnis« von republikanisch oder antirepublikanisch einordnet.²

Die Weimar-Forschung orientiert sich jedoch auch weiterhin an den Fragen nach den Entwicklungsmöglichkeiten der ersten deutschen Demokratie. Die hier vorzustellenden neueren Publikationen reflektieren die Auseinandersetzungen um die Forschungsfragen der letzten beiden Jahrzehnte. Zunehmend wird die Diskursoffenheit betont und die Dichotomie zwischen Demokratie und Diktatur abgeschwächt durch die Betonung der weltanschaulichen Zwischenräume. Mit diesen Ansätzen zu einer »politischen Kulturgeschichte« gewinnt vor allem die Zeit zwischen 1918 und 1933 die Bedeutung eines epochalen Übergangs beziehungsweise eines Scharniers hin zur neueren Moderne, wie sie für eine erweiterte Jahrhundertwende von 1880 bis 1930 oder spezifischer für den Ersten Weltkrieg eingefordert wurde.³ Weimar erscheint verstärkt in solchen neueren historischen Einschätz-

1 Vgl. *Eberhard Kolb*, Literaturbericht Weimarer Republik, in: *GWU* 43, 1992, S. 311–321, S. 632–647 und S. 699–723; *GWU* 45, 1994, S. 49–64 und S. 523–543; *Wolfram Pyta*, Weimarer Republik, in: *GWU* 53, 2002, S. 473–481 und S. 688–702; *Eberhard Kolb*, Die Weimarer Republik, 6., überarb. und erw. Aufl., München 2002 (zuerst 1984); *Andreas Wirsching*, Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, 2., überarb. Aufl., München 2008 (zuerst 1999).

2 Ebd., S. 120.

3 Vgl. *August Nitschke/Gerhard A. Ritter/Detlev Peukert* u. a. (Hrsg.), Jahrhundertwende. Der Aufbruch in die Moderne 1880–1930, Reinbek 1989; *Wolfgang Michalka* (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München 1994; *John Horne* (Hrsg.), State, Society, and Mobilization during the First World War, Cambridge 1997; *Diethart Kerbs/Jürgen Reulecke* (Hrsg.), Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880–1933, Wuppertal 1998; *Manfred Jakobowski-Tiessen* (Hrsg.), Jahrhundertwenden. Endzeit- und Zukunftsvorstellungen vom 15. bis zum 20. Jahrhundert, Göttingen 1999; *Arndt Brendecke*, Die Jahrhundertwenden. Geschichte einer Wahrnehmung, Frankfurt am Main/New York 2000; *Ute Frevert* (Hrsg.), Das neue Jahrhundert. Europäische Zeitdiagnosen und Zukunftsentwürfe um 1900, Göttingen 2000; *Douglas Mackaman/Michael Mays* (Hrsg.), World War I and the Cultures of Modernity, Jackson, MS

zungen nicht mehr nur als eine defensive Reaktion auf den verlorenen Ersten Weltkrieg, die schließlich in eine aggressive Flucht in den Nationalsozialismus mündete. Neue kulturelle Erwartungshorizonte und politische wie soziale Ordnungsentwürfe gaben der Politik eigenständige Impulse, bevor der Vertrauensverlust der staatlichen Legitimität am Ende in einen weltanschaulichen und politischen Bürgerkrieg führte. Die Weimarer Republik erscheint somit nicht mehr nur als Vorspiel für die NS-Diktatur oder lediglich als Nachspiel untergegangener monarchischer Kaiserreichlichkeit, vielmehr erlaubt die verstärkte Betonung der historischen Offenheit der Weimarer Republik die Herausforderung, die dynamische Eigenständigkeit der Epoche herauszustellen und gleichzeitig in den Zusammenhang von Kaiserreich und Nationalsozialismus einzuordnen.

Der folgende Literaturbericht nimmt sich der Diskussion neuerer Forschungen zur Weimarer Republik an und verfolgt, auch unter der vorgestellten Perspektive, inwieweit sich das Paradigma der Gestaltungsoffenheit für die einzelnen Bereiche von Kultur und Politik in den vorzustellenden Veröffentlichungen wiederfindet. Zunächst werden neuere Gesamtdarstellungen gegeneinander abgewogen (I), um schließlich am Beispiel der medialen Öffentlichkeit, des Pressemarkts und des Medienkonsums zu fragen, inwieweit neue Aufbrüche nicht nur in technischer Hinsicht gelangen, sondern auch klassenübergreifend neue mediale Loyalitäten und Konsumpräferenzen Einzug hielten (II). Die weltanschauliche Gestaltungseuphorie ist mit Blick auf politische Zukunftsentwürfe und kulturelle Deutungen in letzter Zeit innerhalb der Weimar-Forschung verstärkt aus dem Schatten herausgetreten, die vielfältigen Diskurse lediglich als destruktiv wirkende Bürgerkriegsszenarien zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus anzusiedeln oder auf ihre genaue politische Position dahingehend abzufragen. Es wird daher genauer diskutiert werden, inwieweit die Weimarer Republik eben mehr versprochen und mehr repräsentierte für ihre diskutierenden Zeitgenossen als nur krisenhafte Wahrnehmung von Gegenwart und Zukunft oder lediglich Entscheiden zwischen politischen Extremen (III). Auch die Rolle des Parlamentes und die politische Praxis in der neuen Republik entwickelten sich nach dem Ersten Weltkrieg weiter und hielten neue Kooperationen und Verständigungsszenarien zwischen den politischen Lagern bereit (IV). Diese neue Bereitschaft zur Verständigungsleistung blieb auch weiterhin bestimmten politischen und ideologischen Vorbehalten ausgesetzt, und gerade der Umgang mit der Kriegserinnerung blieb ein politisches Feld, auf dem sich Lagerbildungen zwischen den Parteien verfestigten und zur politischen Polarisierung beitragen sollten (V). Anhand von ausgewählten Sammelbänden mit regionalgeschichtlicher Perspektive werden die lokalen Auswirkungen des Ersten Weltkriegs und der Republikgründung an den Beispielen der Ruhrbesetzung, der symbolischen Umkämpfung des Rheins sowie der Stadt Detmold untersucht (VI).

Anschließend wird, mit Schwerpunkt auf die konservative und rechte Frauenbewegung, das Verhältnis zwischen Frauenmobilisierung und NSDAP-Bewegung näher untersucht (VII), bevor anhand von einzelnen Biografien zu alldeutschen, deutschnationalen, konservativen, liberalen und sozialliberalen Politikern die Spielräume zum politischen Wirken oder Verwirken im neuen Umfeld der demokratisierten Mobilisierung von politischen Anhängerschaften ausgelotet werden (VIII). Gerade der Liberalismus hatte es in der Weimarer Republik mit einer von den extremen politischen Lagern ausgerufenen Dezisionismusforderung zunehmend schwerer. Aber auch der konservativ-alldeutsche Nationalismus mit eigenen Traditionsbindungen, die bis in das Kaiserreich zurückreichten, konnte trotz aller Bemühungen zur monarchistischen Umkehr oder zur charismatischen Führer-

2000; *Stefanie von Schnurbein/Justus H. Ulbricht* (Hrsg.), *Völkische Religion und Krisen der Moderne. Entwürfe »arteigener« Glaubenssysteme seit der Jahrhundertwende*, Würzburg 2001; *Sönke Neitzel*, 1900. Zukunftsvisionen der Großmächte, Paderborn/München etc. 2002; *Frank-Lothar Kroll*, *Jahrhundertwende. Politik, Kultur und Gesellschaft im Deutschen Kaiserreich 1900–1917*, Berlin 2009; *Wolfgang Kruse*, *Der Erste Weltkrieg*, Darmstadt 2009.

schaft mit militär-diktatorischem Vorzeichen oftmals nur Steigbügelhalter für die NS-Bewegung sein. Somit scheiterten im Grunde beide politischen Strömungen (Liberalismus und ›alter‹ Nationalismus) an der politischen Konkurrenz in der Weimarer Republik. Diese Strömungen hatten sich seit Otto von Bismarck und Wilhelm II. auseinanderentwickelt und im Zuge dessen neu formiert. Einerseits wollten sie weiter unitaristisch und andererseits eben nationalistisch-exklusiv wirken.

Wie sich das Verhältnis zwischen kaiserreichlichen Traditionen eines ›alten Nationalismus‹ mit den ›neuen‹ Bewegungen der radikalen Rechten gestaltete, wird daraufhin genauer anhand der sogenannten »völkischen Bewegung«, des Adels als soziale sowie politisch agierende Formation und anhand des praktischen Antisemitismus in der deutschen Provinz zwischen Erstem Weltkrieg und Nationalsozialismus untersucht (IX). Die exklusionistischen Ideologieansätze, die sich hier auf der politischen Rechten zeigten und in dem dynamischen Konzept der kulturellen, politischen und rassischen ›Volksgemeinschaft‹ zur Heilsutopie ausgerufen wurden, verlangen auch weiterhin nach vergleichenden Studien mit anderen europäischen Gesellschaften. Anhand verschiedener politischer, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Bereiche werden die grundlegenden Belastungen in Referenz zu ausgewählten westeuropäischen Gesellschaften umrissen (X). Abschließend wird auf die Weimarer Republik als diskursiver Erfahrungsraum für strukturelle politische Belastungen und demokratische Gestaltungschancen besonders für die Nachkriegsgesellschaft der Bundesrepublik eingegangen (XI).

I. ZUR EINORDNUNG VON WEIMAR – CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Die hier vorzustellenden Gesamtdarstellungen von Ursula Büttner, Ulrich Kluge und Eric Weitz verdeutlichen den gegenwärtigen Trend zur gleichberechtigten Darstellung von politischen, außenpolitischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Erklärungsmomenten für die Komplexität der Weimarer Gesellschaft. Für Ursula Büttner war die Weimarer Republik den Ambivalenzen von Fortschritt und Stagnation, Demokratie und Anarchie ausgesetzt. In ihrer gelungenen und äußerst leserfreundlichen handbuchartigen Zusammenschau von Politik, Wirtschaft und Kultur beschreibt Büttner die Geschichte der 15 Jahre erster deutscher Demokratie bewusst nicht von ihrem Ende her.⁴ Denn, so ihre grundlegende These, die Republik hätte trotz aller Vorbelastungen durch Ersten Weltkrieg, Versailles, Wirtschaftskrisen, konstante Angriffe von Seiten der radikalen Linken wie der radikalen Rechten die Chance, am 30. Januar 1933 vorbei in andere Entwicklungen gehen zu können. Auf dem Stand der vielfältigen Kontroversen um die Gestaltungschancen der Weimarer Republik möchte Büttner zwar nur einen »Zwischenstand« (S. 17) präsentieren, denn die Forschung bleibe ja weiterhin im Fluss; jedoch gelingt ihr hier eine beeindruckende Syntheseleistung der unterschiedlichsten Aspekte von Gesellschaft und Politik, die ihre eigenen Akzente nicht versteckt.

Für Büttner begann die Weimarer Republik bereits im Ersten Weltkrieg mit verschleppten Reformforderungen, Revolutionsgeschehen, Kriegsniederlage und politischen Polarisierungen, die nach 1918 weiter wirkten. Die Möglichkeiten des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert zur Durchsetzung entsprechender tief greifender Veränderungen zeichnet sie mit kritischem Blick nach.⁵ So klingt an, dass die Umgestaltungsfurcht einem beharr-

4 Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Klett-Cotta, Stuttgart 2008, 864 S., geb., 45,00 €

5 Eine ausgewählte Zusammenschau der Kontroverse um die Chancen und Grenzen der Revolution von 1918 mit Beiträgen unter anderem von Gerhard A. Ritter, Eberhard Kolb, Susanne Miller, Peter Brandt, Reinhard Rürup und Heinrich August Winkler liegt jetzt auch wieder mit dem Sammelband: Helga Grebing (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918/19, vorwärts buch, Berlin 2008, 355 S., kart., 14,95 € vor.

licheren Neuanfang hätte weichen können. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) fungierte demnach bereits als eine Partei, welche die wichtigsten Ziele des Liberalismus in sich vereinigte, und auch das Zentrum, als Partner der »Weimarer Koalition« mit SPD und Deutscher Demokratischer Partei (DDP), zeigte große Verfassungsloyalitäten. Ähnlich dem gesamten katholischen Milieu war man hier der Republik aus Überzeugung oder aus Vernunft aufgeschlossen gegenübergetreten, so Büttner. Dies war zumindest bis zum Kabinett Heinrich Brüning im Jahr 1930 der Fall. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) im Zusammenhang mit der evangelischen Kirche und agrarischen wie industriellen Interessenverbänden repräsentierte im ersten Jahrzehnt der Republik hingegen das konservative Erbe des Kaiserreichs. Die frühe Hinwendung zu antisemitischen Tendenzen innerhalb der DNVP und das Beharren auf der monarchischen Ordnung stellten laut Büttner entscheidende Hürden zur Anerkennung der Republik dar. Die Mobilisierung von Millionen von weiblichen Wählern nach der Einführung des Frauenwahlrechts und die Herabsetzung des Wahlalters von 25 auf 20 Jahre stabilisierten darüber hinaus den gesamten politischen Konservatismus. Die Radikalität der Freikorps-Verbände, vor allem die Mordanschläge der »Organisation Consul« nicht zuletzt gegen Außenminister Walter Rathenau, den Zentrumsolitiker Matthias Erzberger und den Publizisten Maximilian Harden, sowie der »Hitler-Putsch« der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) 1923 führten den ideologischen Weltkrieg somit nach innen fort.

Trotzdem gelang in der Anfangsphase Wesentliches, so Büttner, gerade mit der neuen Verfassung, die einen unitarischen Bundesstaat festschrieb und wesentliche Grundlagen des modernen Sozialstaats weiterentwickelte. Die sozialstaatlichen Steuerungselemente wirkten jedoch angesichts von Arbeitslosigkeit in den Wirtschaftskrisen von 1923 und ab 1929/30 finanzpolitisch verheerend auf die politische Wahrnehmung und die gesellschaftlichen Erwartungshaltungen. Die Zeit von 1924 bis 1928 war für Büttner zwar eine »sozialpolitisch erfolgreiche Periode« (S. 367), jedoch gerieten Arbeitgeber, Gewerkschaften und Regierung auch hier immer wieder in Interessenkonflikte. Selbst die Reparationszahlungen, so Büttner, wären zu stemmen gewesen; die Politisierung von innenpolitischer Spaltung und außenpolitischer Isolation führte jedoch zu einem Klima der chronischen Enttäuschung über das ganze politische System. Der Eindruck der Überforderung der Republik erlaubte schließlich, vielfältigen Alternativkonzepten ihre Anziehungskraft gerade auf die Jugend auszuüben. Die Heroisierung der Gewalt durch die bündische Jugend, Wehrsportvereine und die militärischen Formationen der Parteien wie der SA führten zu einer verstärkten Ablehnung der Republik innerhalb der jüngeren Generation, die auch die Studenten erfasste.

Auf der anderen Seite war »Weimar« eben auch eine dynamische und moderne Gesellschaft jenseits von Gewalt und kollektiv-psychologischen Belastungen. Technische Neuerungen (Radio und Film), die künstlerische Avantgarde (Bauhaus, Expressionismus, »Neue Sachlichkeit«) verstärkten die Ausdifferenzierung von individuellem Geschmack und von Lebensstilen. Jedoch führte die zunehmende Vermarktung von individuellem Konsum auch zu politischen Umwälzungen, wie der Schwächung der demokratisch-liberalen Presse und der Politisierung der individuellen Vielfalt durch die politische Rechte, die verstärkt volksgemeinschaftliche Gleichheit nicht nur in biologistisch-rassistischer Überzeugung, sondern auch in politischer und künstlerischer Hinsicht forderte.

Außenpolitisch war man den Ausführungen Büttners zufolge erfolgreich auf dem Weg zur Wiedereingliederung in das internationale System: Hierfür sprechen der Eintritt in den Völkerbund, aber auch die Westorientierung der Politik Gustav Stresemanns, für die Büttner keine Alternative zu einer Friedenspolitik in Europa sieht.⁶ Die Sicherung des

6 Siehe zuletzt mit ähnlicher Einschätzung *Jonathan Wright*, Gustav Stresemann. Weimar's Greatest Statesman, Oxford 2004, und zur Diskussion über die Ambivalenzen zwischen Stresemanns alldemischem Nationalismus und pazifizierendem Europafokus nach 1918 auch die außenpoliti-

Finanzhaushalts blieb jedoch die wesentliche Aufgabe jeder Regierung und hier hat, so Büttner, Brüning bis zum Frühjahr 1932 weitgehend versagt. Spar- und Deflationspolitik aus nationalem Interesse heraus, um die Reparationsforderungen nach dem Young-Plan von 1929 als nicht realisierbar zu beweisen, führten zu »Massenelend, rechtsradikaler Herausforderung und zunehmende[r] Isolation seiner Regierung« (S. 436). Somit verwirft Büttner auch die Thesen von Knut Borchardt, wonach die Brüning-Regierung keine alternativen Handlungsspielräume gehabt habe.⁷ Was politisch aus dem Sturz Brünings folgte, war für Büttner dann folgerichtig eine diktatorische Interessenpolitik unter Ausschaltung des Parlaments, die sich in ambivalenten Zählungsabsichten konservativer Eliten, preußischer Junker, des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und der beiden sich abwechselnden Reichskanzler Franz von Papen und Kurt von Schleicher bewegte. Hitler und die NS-Bewegung waren schließlich die eigentlichen Sieger in dem Spiel um politische Strategien und Machtabsichten.

Büttner kommt zu dem abschließenden Ergebnis, dass eine Vielzahl von Belastungsfaktoren und dynamischen Entwicklungen die Weimarer Republik zu einer »missbrauchten Demokratie« machten (S. 498). Antiparlamentarische Traditionen aus dem Kaiserreich, fehlender Gestaltungs- und Kompromisswille bei den Parteien und die gesellschaftliche Weigerung, den Kriegsausgang anzuerkennen, standen 1918 einem grundlegenden Wandel entgegen. Hinzu kamen für Büttner zu hohe Erwartungshaltungen an den Weimarer Sozialstaat, innenpolitische Instabilität – hervorgerufen durch Inflation und Wirtschaftskrisen – sowie die demokratische Wahl antiparlamentarischer Kräfte und verfassungsrechtliche Fehlgriffe wie der Notstandsparagraf 48, welche die Republik von innen her schwächten. Die Republik habe sehr wohl ihre Republikaner und somit auch den Willen zur republikanischen Politikkultur gehabt, so Büttner. Nur sei eben seit der Brüning-Regierung das politische System dem »revisionistischen Ehrgeiz einer konservativen politischen Führung« (S. 509) geradezu zum Opfer gefallen.

Auch für Ulrich Kluge war die Weimarer Republik entscheidenden strukturellen Belastungen ausgesetzt, jedoch erklärt er in seinem Überblickswerk die Möglichkeiten der Republik vor allem mit Blick auf die wirtschaftlichen Entwicklungen und Entscheidungen sowie auf die sozialpolitischen Belastungen.⁸ Daher fragt Kluge einleitend nach den Faktoren, die eine innere und äußere Stabilisierung der Republik verhindert und die Demokratie existenziell bedroht haben (S. 15). Weimar ist hier Lehrbeispiel für überzeitliche Entwicklungsprobleme, welche der Demokratieentwicklung und -stabilisierung auch noch in heutigen Kontexten im Wege stehen könnten. Wie Büttner geht auch Kluge zurück zum Ersten Weltkrieg, um die Ursprünge für die Weimarer Entwicklung zu suchen, jedoch beginnt er mit der Überlastung der deutschen Wirtschaft. Produktionsrückgang, Rationenwirtschaft, Überbürokratisierung, Staatsverschuldung und Abhängigkeit der Wirtschaft von Staat und Militär legten hier bereits vor 1918 den Grundstein für ein neues Verhältnis von Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Staat, das mit Reparationslasten und politischen Polarisierungen insgesamt zu einer negativen Bilanz in Wirtschaft und Gesellschaft führte. Ein ohnehin geringer Vertrauensvorsprung der Republik sei somit leicht verspielt worden.

schen Beiträge von Peter Krüger und Gottfried Niedhart in *Karl Heinrich Pohl* (Hrsg.), *Politiker und Bürger. Gustav Stresemann und seine Zeit*, Göttingen 2002, sowie *Thomas H. Wagner*, »Krieg oder Frieden. Unser Platz an der Sonne«. *Gustav Stresemann und die Außenpolitik des Kaiserreichs bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges*, Paderborn/München etc. 2006.

⁷ *Knut Borchardt*, *Die »Krise vor der Krise«*. Zehn Jahre Diskussion über die Vorbelastungen der Wirtschaftspolitik Heinrich Brünings in der Weltwirtschaftskrise, München 1989; *ders.*, *Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik*. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1982.

⁸ *Ulrich Kluge*, *Die Weimarer Republik*, Ferdinand Schoeningh Verlag, Paderborn/München etc. 2006, 502 S., kart., 24,90 €

Generationenkonflikte und »soziale Militarisierung« (S. 225) in den politischen Wehrverbänden, Kompromissunfähigkeit von Parteien, die ihrem Charakter als Milieupartei weiterhin anzuhängen schienen, fehlende Langzeitkonzepte bei allen Parteien, eine fehlerhafte Verfassung, die Sonderrolle der Reichswehr, radikale Putschversuche in den frühen 1920er Jahren und die immer weiter zunehmende Anerkennung von Antisemitismus und Rassismus setzten Zeichen für eine politische und kulturelle Ausgangslage, die für Kluge ohnehin grundlegende Schwierigkeiten bot. Zögernder landwirtschaftlicher Wiederaufbau, frühe »Reparationsfallen« (S. 49) mit unausgeglichenem Verhältnis von Produktion und Abgaben, die zu einem »Dauerproblem« (S. 113) wurden, sowie ein nachwirkender Protektionismus auf den Weltmärkten trugen zu Strukturproblemen innerhalb der deutschen Wirtschaft bei, die zu Massenarbeitslosigkeit und Inflation führten. Die »Goldenen 1920er Jahre« sind für Kluge daher auch nur ein »Mythos«, ungeachtet der technischen Innovationen, Rationalisierungsentwicklungen in der Wirtschaft und im privaten Haushalt. Auch die »Weimarer Kultur« sieht Kluge in längeren Entwicklungszusammenhängen und bezweifelt eher den genuin neuen Aspekt kultureller Kunstrichtungen wie Expressionismus und »Neuer Sachlichkeit«.

Über diesen trüben Blick wird zu streiten sein. Jedenfalls endeten die 1920er Jahre mit der Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und dem Aufstieg der NSDAP. Die soziale »Zerklüftung« (S. 465) der Gesellschaft war ausschlaggebend für die politische Polarisierung. Kluge verweist somit auf die schweren Erblasten von Monarchie und Erstem Weltkrieg, die zwar grundsätzlich zu offenen Konstellationen führten, sich jedoch schließlich als zu folgenreich für die demokratischen Kräfte erwiesen hätten.

»Weimar Germany still speaks to us«, so eröffnet Eric Weitz seine Gesamtdarstellung zur Weimarer Republik, die ein Beispiel für exzellente Essayistik darstellt und Geschichte für den allgemeinen Leser greifbar macht.⁹ Auch Weitz stellt in seiner konstanten Verbindung von Politik-, Sozial- und Kulturgeschichte heraus, dass er die historischen Möglichkeiten und die Verwirklichungschancen des demokratischen Versuchs von Weimar als offen ansehen und keineswegs nur vom Ende 1933 her interpretiert wissen möchte. Auch wenn Weitz der klassischen dreiteiligen Periodisierung (1918 bis 1923, 1924 bis 1929 und 1930 bis 1933) im Grundsatz nicht widerspricht, war für ihn Weimar dennoch nicht zum Untergang verurteilt. Die widersprüchlichen Tendenzen von traditioneller Beharrung und progressiver Entwicklung führten zu einer einzigartigen Dynamik gesellschaftlichen und politischen Lebens, die in ihrer Gesamtheit – in Anlehnung an Detlev Peukert's Interpretation der Weimarer Republik als »Krisenjahre der klassischen Moderne« – die spannungsgeladenen Potenziale der Moderne beschreiben: »Yet amid the conflicts and disasters, Weimar was also a moment of great political as well as cultural achievement« (S. 2).¹⁰

Dass Peukert in der heutigen Forschung gemeinhin als Nestor für die Betonung der vielfältigen Entwicklungstendenzen der Weimarer Moderne fungiert, lässt sich auch in der Widmung für Peukert in Kluges Band ablesen, während Wolfram Pyta mit seiner Weimar-Studie ebenso »die Sensibilität für die Offenheit vergangenen Geschehens schärfen« möchte.¹¹ Pyta weist auf das Spannungsverhältnis zwischen den langen Traditionen eines Rechts- und Verfassungsstaats und einer fehlenden Tradition von parlamentarisch zentrierter Demokratie hin, die jedoch nicht zwangsläufig zum Scheitern der Republik habe führen müssen.¹² Auch Hendrik Thoß hat in seiner konzisen Überblicksdarstellung

9 Eric Weitz, *Weimar Germany. Promise and Tragedy*, Princeton University Press, Princeton, NJ/Oxford 2007, 448 S., geb., 29,90 \$.

10 Siehe vor allem Detlev Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*, Frankfurt am Main 1987, und *ders.*, *Max Webers Diagnose der Moderne*, Göttingen 1989.

11 Wolfram Pyta, *Die Republik von Weimar*, Opladen 2004.

12 Margaret Lavinia Anderson hat dahingehend eine bedeutende Neuinterpretation zur politischen Kultur und der Einübung demokratischer Machtausübung im Kaiserreich vorgelegt, die auch

das Motiv der »Ambivalenz« in den Mittelpunkt der Erzählung gestellt, und Anthony McElligott macht in der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Sammelband zu »Weimar Germany« noch einmal zu Recht deutlich, dass die Republik eben nicht zum Untergang verurteilt und das Ende 1933 mit Blick auf Peukerts erweiterte Sozial-, Kultur- und Alltagsgeschichte als einer von mehreren möglichen Entwicklungspfaden zu begreifen sei.¹³

Weitz geht nun bewusst an einer chronologischen Aufteilung seiner Darstellung vorbei und gliedert den Band entsprechend seiner These der Modernität der Weimarer Republik lediglich mit dem ersten und dem letzten neunten Kapitel in Abschnitte der Ereignisgeschichte. Den Mittelteil bilden Kapitel zu Architektur, Musik und Bildkunst, Kultur und Massengesellschaft, Körper und Sex, aber eben auch zur turbulenten Wirtschaftsentwicklung und zur politischen Ideengeschichte vor allem der Parteien.

Auch für Weitz bleibt die Weimarer Republik Konflikten, der Destruktivität der Kriegslast und gesellschaftlichen »disasters« ausgesetzt (S. 2 f.). Aus dieser Dynamik des Gegeneinanders entstand jedoch auch ein Spiel der utopischen Entwürfe, das Geschichte offen gelassen und vielfältige Neuerungen hervorgebracht habe. Die Geschichte von Weimar ist für Weitz ebenfalls nicht ohne den Kriegsausbruch 1914 zu schreiben, ging doch vor 1918 die Zersplitterung der politischen Lager mit der Gründung der nationalistischen Deutschen Vaterlandspartei und der Unabhängigen Sozialdemokraten spätestens 1917 in eine neue Phase der Radikalisierung über, die auch nach der Republikgründung wirksam blieb. Überspitzt formuliert Weitz: »Weimar politics had profound links to the past. Virtually all the major parties were continuations of the dominant parties of Imperial Germany« (S. 125). So »chaotic« die Revolution von 1918 war, so sehr war sie für Weitz aber auch »creative« (S. 27) und legte mit der Politik des Umsturzes den Grundstein für ein umstrittenes Erbe sowie eine tief gespaltene politische Kultur.

Weitz hat mit beeindruckender Klarheit eine Synthese Weimarer Vielfalt und Widersprüchlichkeit vorgelegt und somit den Charakter einer bunten und modernen Gesellschaft herausgestellt. Die Konzentration auf die leuchtende Kultur der Weimarer Republik sowie der Eliten macht jedoch nur eine enge Interpretation von modernem Fortschritt möglich, gerade wenn Berlin zum eigentlichen Ort von Weimar ernannt wird. Die Vitalität am Potsdamer Platz oder die Varieté-Atmosphäre in der Hauptstadt werden sich nicht mit der dörflichen Alltagskultur im agrarisch geprägten Schlesien oder in Schleswig vergleichen lassen. Auch die anhaltende Landflucht in die Städte sollte nicht den Blick auf andere Dynamiken außerhalb urbaner Zentren verstellen. Gerade Berlin erschien als Zentrum von Individualität und Sehnsucht nach performativer Anerkennung, in dem »Krise« und Optimismus ungewöhnlich dicht beieinander lagen.¹⁴ Die Reichweite moderner Kommunikationsmedien wie Kino und Rundfunk ist denn auch in letzter Zeit eher infrage ge-

mit Blick auf Großbritannien, Frankreich und die USA herausarbeitet, dass der »einfache« Wähler durch Kirche und Arbeitgeber sehr wohl ernst genommen und in seinem Abstimmungsverhalten entscheidend beeinflusst wurde. Demokratie, so Anderson, wurde demnach nicht erst ab 1918 eingeübt, sondern bereits in den Reichstagswahlen des Kaiserreichs jenseits autoritärer Strukturen praktiziert. Vgl. *Margaret Lavinia Anderson*, *Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich*, Stuttgart 2009 (zuerst engl. 2000).

13 *Hendrik Thoß*, *Demokratie ohne Demokraten? Die Innenpolitik der Weimarer Republik (Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, Bd. 6)*, be.bra Verlag, Berlin 2008, 207 S., geb., 19,90 € *Anthony McElligott*, *Political Culture*, in: *ders.* (Hrsg.), *Weimar Germany*, Oxford 2009, S. 26–49; vgl. *Peter Longerich*, *Deutschland 1918–1933. Die Weimarer Republik*, Hannover 1995.

14 Vgl. *Moritz Föllmer*, »Goodbye diesem verfluchten Leben«. Kommunikationskrise und Selbstmord in der Weimarer Republik, in: *ders.*, *Sehnsucht nach Nähe. Interpersonelle Kommunikation und Moderne in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert*, Stuttgart 2004, S. 109–125; *ders.*, *Suicide and Crisis in Weimar Berlin*, in: *CEH 42*, 2009, S. 195–221; *Christian Goeschel*, *Suicide in Nazi Germany*, Oxford 2009, S. 11–55.

stellt worden.¹⁵ Inwieweit also Berlin als Sozialisationsinstanz für die Bevölkerung der gesamten Weimarer Republik habe fungieren können, bleibt weiterhin zu untersuchen. Sollte etwa doch eher von einer Elitenkultur gesprochen werden, die sich sozial in Berlin wirkungsvoll über mehrere Einkommensgrenzen erstreckte, aber eben doch den Hauptstädter privilegierte?

Destruktive Denkstrukturen wie biologisierende Rassentheorien, Antisemitismus oder eugenisches Denken aus dem Kaiserreich finden bei Weitz kaum Erwähnung.¹⁶ Die Modernitätsthese fällt in ihrer Gesamtheit daher sehr optimistisch aus. Moderne wird hier beispielsweise sowohl für ökonomische Krisen, die letztlich zum Anwachsen des ›neuen Mittelstands‹ und zur Massenkonsumtion führten, als auch für die Existenzphilosophie Martin Heideggers als brillante Diesseitigkeit gelobt, die beispielhaft die gesamte Philosophie erneuert habe. Dies alles ist unwidersprochen, jedoch bleibt die Frage nach einer soliden Begriffsdefinition von Modernität. Es scheint, dass hier vor allem revolutionärer Umbruch per se und tief greifende umwälzende Erneuerung gemeint sind. Für Weitz ist daher die NS-Machtübernahme 1933 auch revolutionär und die Umwandlung der demokratischen Gesellschaftsordnung in einen »racial state« selbstverständlich die tödlichste, aber dann auch die am tiefsten gehende Revolution. Eine genaue Analyse bleibt jedoch zum Abschluss der Erzählung aus, die den Ort von Weimar auf dem Weg in diese Entwicklung bestimmt hätte.¹⁷

II. MEDIEN UND ÖFFENTLICHKEIT

Dem Verhältnis von Medien, Öffentlichkeit und Politik zwischen wilhelminischem Kaiserreich und Zweitem Weltkrieg geht Corey Ross nach.¹⁸ Er hat eine Kultur- und Organisationsgeschichte vorgelegt, die anhand von Zeitungen, Werbung, Kino und Radio das dynamische Verhältnis von soziopolitischem Wandel, technologischem Fortschritt und politischer Kultur untersucht.¹⁹ Seit dem Kaiserreich, so Ross, gab es eine enge Verbindung zwischen politischem Wandel und dem Einfluss einer medialen Öffentlichkeit. Der Erste Weltkrieg lehrte dann, dass Propaganda und öffentliche Beeinflussung die Schlüssel zu politischem Erfolg oder Misserfolg sowie für politische Integration oder Desintegration waren. Die Freigabe der Zensur über die Kriegsziele von 1916, die das nationale Lager zur Mobilisierung in der Deutschen Vaterlandspartei vereinen sollte, sowie die verstärkt vorgetragenen Reformforderungen und Friedensbestrebungen der Sozialdemokratie, der Linksliberalen und des katholischen Zentrums führten zu einer Spaltung der Gesellschaft, die durch öffentliche Medien zusätzlich vertieft wurde. Zensur, Kontrolle und Marktkonkurrenzen von Medienanbietern bestimmten ein ambivalentes Gefüge von Staat, Markt und freier Öffentlichkeit, wie es sich nach 1918 vollends etablierte. Entlang der unterschiedlichen politischen Lager differenzierte sich das Zeitungsangebot von der Kommu-

15 *Karl-Christian Führer*, Auf dem Weg zur »Massenkultur«? Kino und Rundfunk in der Weimarer Republik, in: HZ Bd. 262, 1996, S. 739–781.

16 Siehe jedoch *Eric Weitz*, A Century of Genocide. Utopias of Race and Nation, Princeton, NJ 2003.

17 Siehe zu den älteren Modernisierungsdebatten *David Schoenbaum*, Hitler's Social Revolution. Class and Status in Nazi Germany 1933–1939, Garden City 1966, und *Ralf Dahrendorf*, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965.

18 *Corey Ross*, Media and the Making of Modern Germany. Mass Communication, Society and Politics from the Empire to the Third Reich, Cambridge University Press, Cambridge 2008, 448 S., geb., 110,00 \$.

19 Vgl. *Axel Schildt*, Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit, in: GG 27, 2001, S. 177–206; *Karl-Christian Führer/Corey Ross* (Hrsg.), Mass Media, Culture and Society in Twentieth-Century Germany, Basingstoke 2006; *Frank Bösch/Norbert Frei* (Hrsg.), Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006.

nistischen Partei Deutschlands (KPD) zur DNVP und NSDAP weiter aus. Trotzdem gingen die Zeitungstitel von 4.200 im Jahre 1914 auf 3.200 im Jahre 1927 zurück. Kommerzielle Konzentration sowie die Zusammenfügung von Nachrichtenagenturen haben nach Ross die Fragmentierung des Zeitungsmarkts nicht überwunden, sondern überlagert und gerade auf dem politischen Zeitungsmarkt vertieft (S. 179). Das Presseimperium des Alldeutschen und Deutschnationalen Alfred Hugenberg, das durch den gezielten Ankauf von maroden Zeitungsunternehmen sowohl auf finanziellen Gewinn als auch auf politischen Einfluss setzte, steht stellvertretend für die gezielte Marktkonzentration, die auch politische Machtkonzentration bedeutete.²⁰

Der Medienmarkt der Weimarer Republik wirkte aufgrund der Ausdifferenzierung der politischen Lager demokratisch, gleichzeitig war er weiterhin Regeln staatlicher Einflussnahme unterworfen. Das ›Republikenschutzgesetz‹ von 1922 beispielsweise verbot republikfeindliche Medien und das ›Schundschutzgesetz‹ von 1926 zensierte jugendgefährdende Schriften. Der Bildungsanspruch, der in bürgerlichen Kreisen wie in der Arbeiterschaft immer wieder als Element medialer Diskurse auftauchte, schien in Weimar jedoch weitgehend ins Leere zu laufen. Technische Weiterentwicklungen, etwa die Grammophonplatte, das Radio und der Tonfilm, wurden nicht nur für den Massenkonsum, sondern auch für die ›Vermarktung‹ von Interessen genutzt. Ross macht insgesamt deutlich, dass das Angebot immer wieder auf den Konsumenten zugeschnitten werden musste, um erfolgreich zu sein beziehungsweise überhaupt gehört, gelesen oder wahrgenommen zu werden. Die massenhafte Ausdehnung des medialen Konsums war daher in ihrer spezifischen Entwicklung nicht vorherzusehen und ungeachtet der verstärkten Fragmentierung (wie auf dem Zeitungsmarkt) offen für diverse Entwicklungen, die nicht unbedingt in der Gleichschaltung von 1933 enden mussten. Klassenherkunft, Geschlecht, religiöse Bindung, generationelle Prägung sowie geografische Sozialisation spielten eine maßgebliche Rolle bei der Auswahl der Produkte und Angebote, so Ross. Gleichzeitig war aber auch eine Nationalisierung zu beobachten, wie die Zahlen für den Kinobesuch zeigen. Deutsche Filme schnitten zunehmend deutlich besser ab und besonders nach 1929 wurden Tickets für ausländische Filme an den Kinokassen weit weniger gekauft.

Medien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, so Ross abschließend, blieben weitgehend an Geschmack sowie biografische Prägung des Konsumenten gebunden und spielten daher eher eine ambivalente Rolle im Prozess der Moderne. Einerseits wirkte die verstärkte Demokratisierung der medialen Öffentlichkeit als Transformation von einer elitärbürgerlichen Öffentlichkeit hin zur »mass consumption« (S. 381). Andererseits war somit auch die Möglichkeit für eine leichtere Beeinflussung von Massenkonsumtion gegeben, die – trotz der weiterhin bestehenden lokalen Zeitungen, der sich meist parteilos darstellenden Illustrierten und der lokalen Unterschiede im Konsumgeschmack – nach 1933 für die Propagierung einer rassistischen ›Volksgemeinschaft‹ instrumentalisiert werden konnte.

Was bei Ross mit Massenkonsumtion, Demokratisierung des Pressemarkts und politischer Instrumentalisierung anklingt, möchte Bernhard Fulda in seiner Studie zum Verhältnis von Presse und Politik in der Weimarer Republik im Hinblick auf die politische Kultur verdichten.²¹ Die Presse, so Fulda, sei trotz oder gerade wegen der Hinwendung der

20 Vgl. Heidrun Holzbach, Das »System Hugenberg«. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981; Dankwart Guratzsch, Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums, Düsseldorf 1974; Klaus Wernecke/Peter Heller, Der vergessene Führer. Alfred Hugenberg. Pressemacht und Nationalsozialismus, Berlin 1982; Jörg Requate, Medienmacht und Politik. Die politischen Ambitionen großer Zeitungsunternehmen – Hearst, Northcliffe, Beaverbrook und Hugenberg im Vergleich, in: AfS 41, 2001, S. 79–95.

21 Bernhard Fulda, Press and Politics in the Weimar Republic, Oxford University Press, Oxford 2009, 342 S., geb., 110,00 \$.

Forschung zu den Medien wie Radio und Film in den letzten Jahren aus den Augen verloren worden. Die 1920er Jahre beschreibt er demgegenüber als das »Jahrzehnt der Presse« (S. 3), im Unterschied zu den 1930er Jahren, die eher den Durchbruch zu den moderneren Medien wie dem Rundfunk mit sich brachten. Dieser Vergleich müsste eigentlich nicht angeführt werden, um die Bedeutung der Printmedien für die überwiegende Zeit der Weimarer Republik zu unterstreichen, aber die von Fulda beschriebene verstärkte Konzentration der Berliner Zeitungshäuser in den Unternehmungen von Hugenberg'scher Verlag, Mosse und Ullstein im Zusammenhang mit einer verstärkten Politisierung der konsumierenden Lager verdeutlicht noch einmal diese Beobachtung. Der Schwerpunkt auf Berlin und seine unmittelbare Umgebung hat seine logische Entsprechung in der Medienmacht der Hauptstadt, muss jedoch ebenso umstritten bleiben wie bei der Darstellung von Weitz, da auch hier die Milieus und Machtstrukturen auf dem Land ausgespart bleiben. Der Autor sagt zum Beispiel selbst, dass in Berlin zwar über 30 Tageszeitungen mit Millionenauflage publiziert wurden, diese jedoch kaum eine größere Verbreitung östlich der Elbe fanden (S. 14). Für die Hauptstadt legt Fulda jedoch eine erkenntnisreiche und detailfreudige Gesamtschau des Pressemarkts und der politischen Beeinflussung vor, die ein gutes Beispiel für »politische Kulturgeschichte« ist.

Während Ross die Bereinigung des Medienmarkts durch Konzentration zwischen der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus betont, stellt Fulda die Ausdifferenzierung des Zeitungsmarkts zwischen dem Kaiserreich und dem Ende der Republik heraus, die von einer Zeitungsvielfalt von 2.400 Titeln im Jahr 1881 schließlich auf 4.700 im Jahr 1932 hochschnellte. Die Politisierung der Gesellschaft nach 1918 fand jedoch keinen wesentlichen Niederschlag in den Auflagenhöhen der eindeutig politischen Zeitungen, wie des sozialdemokratischen »Vorwärts«, der kommunistischen »Rote Fahne«, der »Kreuzzeitung«, der Berliner Ausgaben des nationalsozialistischen »Der Angriff« oder der DNVP-nahen Blätter »Berliner Börsen-Zeitung«, »Deutsche Tageszeitung« und »Deutsche Zeitung«. Während Hugenberg mit seinen Zeitungsprodukten annähernd die Wählerschaft der DNVP in Berlin und Umgebung bei den Reichstagswahlen erreichte, kann man bei der NSDAP oder bei den Sozialdemokraten nicht von der Leser- auf die Wählerschaft schließen. Der Kampf um Markteinfluss war allgegenwärtig. Obgleich sich die Überschneidungen zwischen Lesern und Wählern zum größten Teil deckten, gingen Wähler- und Konsumtionsverhalten auch noch in der Endphase der Weimarer Republik oftmals auseinander.

Fulda stellt insgesamt die große Bedeutung der Printmedien für die öffentliche Einflussnahme durch »agenda-setting and framing« (S. 73) klar heraus. Für den schnellen Aufstieg der NSDAP zwischen 1930 und 1933 war denn auch Hugenberg wesentlich mitverantwortlich, so Fulda. Die Anti-Young-Plan-Kampagne 1929, maßgeblich von der politischen Rechten um Hugenberg, Alldeutschem Verband und Stahlhelm initiiert, brachte Hitlers NSDAP mit auf die gemeinsame, jedoch aufgrund von Konkurrenzen umkämpfte, politische Bühne. Im Gefolge der medialen Inszenierung Hitlers wurde die NSDAP zum ernst zu nehmenden Mobilisierungskonkurrenten, als durch lokale Veranstaltungen und Versammlungen in Kleinstädten und der Provinz die Nationalsozialisten weiter an Zulauf gewannen. Im Ergebnis konnte die DNVP nur noch der »Erfolgsspirale« der NSDAP zusehen (S. 167). Führerprinzip und »Volksgemeinschaft« einerseits, Bürgerkrieg und Demokratieverfall andererseits waren schlagkräftige Bilder und kontrahierende Semantiken, welche die NSDAP bemühte, um sich als Alternative zum gegenwärtigen System zu präsentieren. Trotz aller Politisierung des Pressemarkts möchte Fulda die ideologisierte Parteinähe vieler Zeitungen nicht als deutschen »Sonderweg« interpretiert wissen (S. 223). Ähnliche Entwicklungen habe es auch in Spanien zur Zeit des Bürgerkriegs gegeben, jedoch habe Weimar daran gelitten, nicht aus der Ideologisierung der publizierten Öffentlichkeit herauszutreten.

III. POLITISCHE DISKURSE – GEGENWARTSDEUTUNGEN UND ZUKUNFTSERWARTUNGEN

Was mit Weitz bereits anklang, vertieft der von Wolfgang Hardtwig herausgegebene Sammelband zur »politischen Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit«. ²² Hardtwig bezweifelt die Validität eines gängigen Krisendiskurses in der Weimarer Republik und erhebt grundlegende Zweifel gegenüber den normativen Erwartungshaltungen, die an die erste deutsche Demokratie und ihre Zeitgenossen von der Geschichtswissenschaft erhoben werden. Darüber hinaus plädiert er für eine weiter gesteckte Epochengrenze, die sich von 1914/18 bis 1939 erstreckt. Er verwirft nicht den Ansatz einer erweiterten Jahrhundertwende, wie sie zumeist für die Zeit von 1880 bis 1930 diskutiert wurde, möchte jedoch der Zwischenkriegszeit eine eigene Bedeutung für langfristige Übergänge von politischen, sozioökonomischen und kulturellen Diskussionen geben, die mit dem Ersten Weltkrieg einen gesonderten Erneuerungsschub erhielten. Die insgesamt elf Beiträge des Sammelbandes folgen in ihrer vielfältigen Thematik den Debatten um eine »neue Kulturgeschichte«, die Haltungen, Ideen und weltanschauliche Einstellungen als grundlegend für die »gesellschaftlich-politische und kulturelle Orientierung« (S. 11) von Individuen wie Kollektiven in den Blick nehmen will und den dynamischen Wandel dieser Werte- und Handlungskonstellationen nicht aus den Augen verliert. ²³ Die unterschiedlichen Beiträge werden durch den »integrierenden Ansatz« vereint, nach der »Erfahrung, Deutung und symbolischen Vergegenwärtigung von Raum, Zeit, Körper, Emotion, Wissen, Arbeit, Kommunikation und schließlich der politischen, sozialen, religiösen und intellektuellen Ordnungen im engeren Sinne« (ebd.) zu fragen. ²⁴

Somit ist der Ansatz großzügig umrissen und erlaubt Beiträge zu Raum- und Zeitdimensionen, aber auch zu neuen Planungsentwürfen für kulturelle Siedlungsräume und Visionen vom gesunden »Volkskörper«. Gewalt als das zentrale Signum eines neuen politischen Denk- und Handlungsstils der Zwischenkriegszeit wird zudem in Zusammenhang mit einem neuen Kriminalitätsdiskurs betrachtet, der Sittlichkeit, Tätertypenlehre, Rassenhygiene und verschärfte Strafordnungen verband und unter anderem auch die akademische Psychologie für den Nationalsozialismus öffnen konnte, wie die Beiträge von Brigitte Kerchner, Matthias Willing und Gregor Rinn zeigen.

Die ambivalente Dynamik zwischen moderner Technik, individueller Freiheit und kollektivem Verhalten zeichnet Frank Becker in seinem äußerst lesenswerten Vergleich von Automobilität, Massenmotorisierung und politischer Ästhetisierung in Italien, Deutschland und den USA nach. Die Installation der ersten Fließbänder der Fordwerke in Detroit 1914 und die Produktion des späteren T-Modells führten zu neuen Visionen von Mobilität, Beweglichkeit, Tempo und einer effizienten Synthese von Landschaftsgestaltung und Verkehrsplanung. Der rapide Aufstieg der Automobilindustrie verzahnte Massenkonsum und Massenproduktion, die eine neue Eroberung des suburbanen Lebensraums vor allem

22 Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939 (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 21), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2005, 376 S., kart., 42,90 €

23 Vgl. Wolfgang Hardtwig/Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Kulturgeschichte heute, Göttingen 1996; Thomas Mergel/Thomas Welskopp (Hrsg.), Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997; Ute Daniel, Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter, Frankfurt am Main 2001; Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: GG 28, 2002, S. 574–606; Thomas Nicklas, Macht – Politik – Diskurs. Möglichkeiten und Grenzen einer politischen Kulturgeschichte, in: Archiv für Kulturgeschichte 86, 2004, S. 1–25; Barbara Stollberg-Rilinger (Hrsg.), Was heißt Kulturgeschichte des Politischen, Berlin 2005.

24 Vgl. Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit, München 2003; ders. (Hrsg.), Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900–1933, München 2006.

für die oberen Mittelschichten ermöglichte. In Italien gewann dagegen die Symbolik der Verkehrsführung eine politisch-ästhetische Bedeutung. Galt in den USA noch die Verspieltheit der Kurven als Ausdruck der bewussten Eroberung und Ästhetisierung der Natur, mischten sich im Italien Mussolinis erste Referenzen zu den Autobahnen als moderne Trassen mit Bezügen zum *Imperium Romanum*. In der Weimarer Republik beschränkte sich der Automobilismus weitgehend auf die Avus von 1921 und den Nürburgring von 1927. Die Autobahnverkörperung, die Mobilitätsversprechen der »Kraft durch Freude«-Unternehmungen und die Attraktivität der Volkswagen-Planungen in Wolfsburg, so Becker, bezogen nach 1933 ihre Anziehungskraft aus einer rapiden Mobilitätspropaganda.

Bei allen Modernisierungstendenzen blieb doch die politische Verarbeitung des Ersten Weltkriegs ebenso bestimmend für die Zwischenkriegszeit. John Horne unterstreicht in seinem vergleichenden Beitrag zur Kriegsverarbeitung und Sinnsuche in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Russland das bekannte Ergebnis, dass in der Weimarer Republik die politische Verständigung schwierig blieb und entwickelte Feindstrukturen sich gegebenenfalls verstärkten. Sven Reichardt erweitert in seinem Beitrag über »Gewalt, Körper, Politik« seine Forschungsergebnisse zur sozialen Vergemeinschaftung und Gewalttradikalisierung in der deutschen SA und im italienischen Squadristum in eine allgemeine Körpergeschichte der Zwischenkriegszeit.²⁵ Körperlichkeit spielte nach der Erfahrung des Ersten Weltkriegs für beide Geschlechter und für alle politischen Lager von den Katholiken und Kommunisten über die Pazifisten und Sozialdemokraten hin zur nationalen Rechten eine neue praktische wie symbolische Rolle. Es waren die vielfältigen Radikalisierungsformen der Kriegserinnerung, die sich in der Weimar Republik oft durch die politischen Milieus und Gesellschaftsbereiche zogen: Militarisierung des Sports, Opferrhetorik, Gewalt, Jugendpathos und eine »Faszination homogenisierter Körperbewegungen« (S. 219) im neuen Versammlungsstil der »Massen«. Reichardt deutet auf die Ambivalenz oder Janusköpfigkeit dieser Militarisierung hin, die gerade in der »Paradoxität« ihren Ausdruck fand, dass durch Mechanisierung das Menschliche und durch ein tatkräftiges »social engineering« wieder Sakralität erreicht werden sollte, was der Erste Weltkrieg einst beides vereint zu haben schien (S. 239).

Auch die bürgerlichen Vereine reagierten auf diese Militarisierung mit dem Ausbau ihrer eigenen Infrastrukturen und Festkultur, wie Frank Bösch darlegt. Freiwillige Feuerwehren, nationale Frauenorganisationen, Schützen-, Turner- und Kriegervereine erlebten eine neue Form der verstärkten Selbstorganisation, beflügelt durch die Einwohnerwehren und die militante Freikorpsbewegung der unmittelbaren Nachkriegszeit. Nationalistisches Pathos erlaubte der bürgerlichen Vereinswelt schließlich nach 1933 eine zuweilen geduldete Beständigkeit, nachdem die Parteien gleich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten aufgelöst worden waren. Nicht zuletzt war die NS-Bewegung nur zu vertraut mit den bürgerlichen Vergemeinschaftungsstrukturen, gelang ihr doch vor der Machtübernahme ganz wesentlich eine Adaption bürgerlicher Vereinsformen gerade in der Provinz.²⁶ Die Anschlussfähigkeit bestimmter bürgerlicher Symboliken von Reichsgründung und kaiserreichlicher Weltpolitik erleichterte den Nationalsozialisten die Übernahme bestimm-

25 Sven Reichardt, *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadristum und in der deutschen SA*, Köln/Weimar etc. 2002.

26 Vgl. William Sheridan Allen, *The Nazi Seizure of Power. The Experience of a Single German Town 1922–1945*, New York 1984 (zuerst 1965); Rudi Koshar, *Social Life, Local Politics, and Nazism 1880–1935*, Chapel Hill/London 1986; Frank Bösch, *Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Versammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen 1900–1960*, Göttingen 2002; Roger Chickering, *Politische Mobilisierung und Vereinsleben. Überlegungen zum Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterverein e. V.*, in: *ders.*, *Krieg, Frieden und Geschichte. Gesammelte Aufsätze über patriotischen Aktionismus, Geschichtskultur und totalen Krieg*, Stuttgart 2007, S. 175–194 (zuerst engl. 1992).

ter Diskurse. Der Bismarck-Mythos zählt zweifellos dazu, erlaubte er doch mit der Propaganda des ›Dritten Reichs‹ eine Traditionsreferenz zu 1871. Hardtwig beschreibt den Bismarck-Mythos entsprechend der Mythenforschung als »Ursprungs- und Zukunftserzählung« (S. 61), die somit letztlich auch gegenwartsprägend ausgestaltet wird und den Interessen des Erzählers entsprechend angepasst ist.²⁷ Richard Frankel legte zuletzt seine konzise sowie gelungene Darstellung zum Bismarck-Mythos und der charismatischen Führererwartung für die Zeit seit der Jahrhundertwende vor, während sich Robert Gerwarth vor allem dem Bismarck-Mythos für die Weimarer Zeit annahm.²⁸ Beide Autoren bestätigen im Wesentlichen Hardtwigs These, dass alle Elemente des Bismarck-Kults bis 1914 bereits voll ausgeprägt waren. ›Entzeitlicht‹ erzählt, so Hardtwig, wurde Bismarck vor allem von rechts, um die »Krise des Borussianismus« der Legitimationskrise der demokratischen Republik anzulasten und nach Machtpolitik mit historischer Referenz rufen zu können (S. 77). Bismarck galt in der nationalistischen Presse und bei den rechtskonservativen Politikern jedoch weniger als Innen-, sondern vielmehr als erfolgreicher Außenpolitiker. Diese Erzählweise erlaubte eine Ausblendung der Fragmentierung der Bismarckschen Gesellschaft im Zeichen von Kulturkampf und ›Sozialistengesetz‹.

Die Erwartung einer erneuten »inneren Reichsgründung« erfolgte daher auch zumeist ohne Referenz auf Bismarck und vielmehr auf Grundlage homogenisierter Vorstellungen einer ›Volksgemeinschaft‹, wie Thomas Mergel in seinem theoriegeleiteten Beitrag zu Führererwartung und ›Volksgemeinschaft‹ herausstellt. Diese gemeinschaftsstiftende Utopie lebte jedoch, so Mergel, immer von ihrer Unerfülltheit. Das wurde aber nicht als tragisch wahrgenommen, da die Weimarer Gesellschaft am Bewusstsein der Zerrissenheit litt (S. 95) und die Erwartungen an einen erlösenden charismatischen Führer so überhöht wurden, dass die Enttäuschung gleichsam zum Dauerzustand wurde, von dem auch das NS-Regime im Fall der Verfehlung der eigenen propagierten Volksgemeinschaftspolitik, gerade auf wirtschaftlichem Gebiet, nicht unbedingt profitierte.

Die Selbstblockade von diskursiven und politischen Verfahrensweisen war jedoch auch Ausdruck einer verstärkten, öffentlich vorgetragenen Gestaltungseuphorie. Rüdiger Graf hat mit seiner Dissertation die Zukunftschancen der Weimarer Republik entsprechend optimistisch beurteilt und somit pessimistischen Interpretationstraditionen eine quellen-sättigte Gegendarstellung geliefert.²⁹ So komplex wie das Thema ist auch die Struktur von Grafs Diskursanalyse, die sich in neun Kapiteln der Fragestellung annimmt. Grundlegende Analysepaare wie »Pessimismus und Optimismus«, »Evolution und Revolution« beziehungsweise »Kontinuität und Bruch«, »Zukunft in Raum und Zeit«, »Reform und aktivistischer Kampf«, »Utopismusvorwurf und Reflexionsdiskurs« sowie »Krise und Zukunftsaneignung« umschreiben Grafs methodischen Rahmen, mit dem er die Spektren der zeitgenössischen Zukunftsdiskussion zwischen 1918 und 1933 auszuloten versucht. Wie Graf einleitend bemerkt, beabsichtigt er hierbei in Anlehnung an die neuere *intellectual history* zur Weimarer Republik, den gewohnten Gegensätzen von rechts/links, republi-

27 Ernst Cassirer, Philosophie der symbolischen Formen (Gesammelte Werke. Hamburger Ausgabe, Bde. 11–13), Hamburg 2001/2002 (zuerst 1923–1929); ders., Der Mythos des Staates. Philosophische Grundlagen politischen Verhaltens, Frankfurt am Main 1994 (zuerst engl. 1946); Hans Blumenberg, Arbeit am Mythos, Frankfurt am Main 1996 (zuerst 1979).

28 Robert Gerwarth, Der Bismarck-Mythos. Die Deutschen und der Eiserne Kanzler, Siedler Verlag, München 2008 (zuerst engl. 2005), 285 S., geb., 19,95 €; Richard E. Frankel, Bismarck's Shadow. The Cult of Leadership and the Transformation of the German Right 1898–1945, Oxford/New York 2005; vgl. Jakob Hort, Bismarck in München. Formen und Funktionen der Bismarckrezeption 1885–1934, Frankfurt am Main 2004.

29 Rüdiger Graf, Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933 (Ordnungssysteme, Bd. 24), Oldenbourg Verlag, München 2007, 460 S., geb., 64,80 €

kanisch/antirepublikanisch und modern / antimodern zu entkommen und vielmehr die Konsensfähigkeit über verschiedene Lager hinaus sowie die gleichzeitigen Dissonanzen innerhalb politischer und intellektueller Diskurslager herauszuarbeiten. Den Begriff der »Janusköpfigkeit«, auf den sich implizit auch Graf bezieht (S. 14), hatte bereits Detlev Peukert seit Mitte der 1980er Jahre nicht nur für die Weimarer Republik angewendet, sondern auch erfolgreich in den größeren Zusammenhang der Ambivalenzen der Moderne mit den Tendenzen zur ordnenden Wissenschaftsrationalität, demokratisierenden Massenpartizipation und destruktiven Exklusionsmechanismen gesetzt.³⁰

Die von Graf geleistete Auswertung von 640 Autoren, die weitgehend aus dem Bildungsbürgertum stammen und die Alterskohorten von der Wilhelminischen bis zur Frontgeneration von 1850 bis 1890 umfassen, ist beeindruckend. Sie birgt für die darstellende Synthese aber auch Schwierigkeiten, die sich in oftmaligen Zitatfolgen unterschiedlichster Akteure zeigen und die Frage nach der Repräsentativität aufkommen lässt. Graf ist sich dieses Problems bewusst und verweist auf die Übertragbarkeit der untersuchten optimistischen Haltungen von sozial abstiegsgefährdeten Publizisten aus dem Bildungsbürgertum und dem Mittelstand auf die jeweiligen Leserschaften. Die Auswertung von umfassenden Artikeln und selbstständigen Schriften legt jedoch die methodologische Begrenztheit der Quellenbasis offen, da Archivmaterial und einordnende Schriftstücke fehlen.

Zu Recht geht Graf aber bei den Diskurseliten zunächst von einer erhöhten Erwartung von praktischer politischer und sozialer Gestaltbarkeit seit den radikalen Umbruchserfahrungen des Ersten Weltkriegs aus. Visionen eines radikalen Bruchs geschichtlicher Entwicklung vereinten demnach vor allem die verschiedenen Interpretationen der Nationalisten, Jungkonservativen, Bündischen, der Landvolkbewegung, der Nationalsozialisten, aber eben auch die der extremen kommunistischen Linken, der linken Mehrheits- und der Unabhängigen Sozialdemokraten. Republikanische Intellektuelle pflegten eher evolutionäre Erwartungen eines kontinuierlichen Geschichtsaufstiegs, in den die Weimarer Republik integriert werden könne. Der politisierte Jugendkult und die Biologisierung von Gesellschaft im eugenischen Denken scheinen daher auch die entscheidenden Entwicklungen seit der Jahrhundertwende gewesen zu sein, die in den vielfältigen wirtschaftlichen und politischen Krisen der Weimarer Republik zu neuen Formen der praktischen Politikaneignung durch Gewalt führen konnten.³¹ Die amerikanische »fordistische Utopie« einer Planungseffizienz (S. 261–268) und die sowjetische Ordnung des Kommunismus (S. 252–261) dienten im Utopiediskurs der Weimarer Linken und der Rechten wiederum als eindeutig trennende Diskurse.

Was alle Lager zu einen schien, so Graf, war ein normativer Impuls der Tat, des aktivistischen Eingreifens und optimistischen Gestaltens. Dies war jedoch nicht immer erst mit dem Umbruch von 1918 der Fall. Gerade für die politische Rechte des Kaiserreichs, wie die führenden Mitglieder des Alldeutschen Verbands, ließe sich bei protestantisch-nationalistischen Eliten über einen längeren Zeitraum eine Kontinuität der von Graf überzeugend herausgearbeiteten Hoffnung auf eine nahezu apokalyptische »religiöse Neugeburt« der deutschen Gesellschaft im Demokratisierungsprozess der Moderne zeigen (S. 92).

Grafs Darstellung hat sich den Herausforderungen der »neuen Politikgeschichte« gestellt, die auch *intellectual history* und Diskursgeschichte sein möchte. »Die Zukunft ist

30 Peukert, Die Weimarer Republik; *ders.*, Volksgemeinschaft und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982; vgl. Frank Bajohr, Detlev Peukerts Beiträge zur Sozialgeschichte der Moderne, in: *ders./Werner Johe/Uwe Lohalm* (Hrsg.), Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne, Hamburg 1991, S. 7–16.

31 Vgl. die Beiträge in Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hrsg.), Die »Krise« der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt am Main 2005.

abstrakt« (S. 205), so Graf zu Recht; es lässt sich jedoch auch im Nachhinein über ehemalige Zukunftshorizonte streiten. Es stellt sich zum Beispiel die Frage, inwiefern eine sprachphilosophische Dichotomie beziehungsweise Zweiteilung von »use« (hier verstanden als Haltungen und Erwartungen an die Zukunft) und »mention« (hier verstanden als Aussagen über die Angemessenheit dieser Zukunftserwartungen) für die inhaltlichen Ambivalenzen dynamischer Diskurse und auch rhetorischer Strategien von Zukunftserwartungen trägt (S. 83–86). Vielmehr könnte man dieses Grafs Studie zugrunde liegende Modell wohl leicht um die Dimension von »game« erweitern. Gemeint sei hier die strategische Wandelbarkeit von Aussagen über ihre eigene Angemessenheit beziehungsweise der dynamische Prozess der Einsicht in die notwendige Veränderung von Erwartungen. »Game« würde auch das Ungewisse und somit sehr wohl Verspielte und Verhandlbare von Wahrheitsansprüchen theoretisch erfassen können, die sich auf die Ebenen der Gegenwartsdeutung und der Zukunftserwartung anwenden ließen. Die Anonymität einer Vielzahl der untersuchten Schriften ließe sich mit dieser »game«-Variante vielleicht auch teilweise erklären, denn Diskussionen zwischen den politischen Lagern wurden auch ausprobiert, getestet und gleichsam in einem kommunikativen Laboratorium des Mit- und Gegeneinanders entworfen, überzeichnet, geändert oder auch verworfen. Graf erwähnt selbst die rhetorische Funktion des Freund/Feind-Dezisionismus eines Carl Schmitt, der mit einem »Pathos der Entscheidung« für den politischen Kampf nur zwischen Untergang und Zukunft zu wählen lassen schien, jedoch die inhaltliche Entscheidung nur scheinbar politisch neutral zur Grundlage des politischen Handelns machte (S. 307 f.). Nähme man die Veränderung oder auch die Radikalisierung von Überzeugungen noch stärker in den Blick, würde die diskursive Dynamik zwischen den Lagern und innerhalb dieser zum Tragen kommen. Dies hätte Grafs synthetischen Versuch leicht ausufern lassen. Eine genauere Unterscheidung zwischen dem »Zukunfts- und Zeitenwendenbewusstsein« eines Adolf Hitler, Joseph Goebbels oder Walther Darré, die sich alle drei beispielsweise in der Erwartung eines »neuen Menschen« in einer »neuen Zeit« trafen, hätte jedoch der Ausdifferenzierung der Verschiedenheit und zuweilen strategischen Beliebtheit der nationalsozialistischen Ideologie und somit eben jener generellen Dynamik innerhalb von Lagern Rechnung getragen. Ebenso blieben die politischen Programme nicht nur in den 1920er Jahren »im Spannungsfeld zwischen pragmatischen Positionen« und »revolutionären Strategien«, die zum vernunftbegründeten »Wagnis« des »steuernden Eingreifens« geführt hätten (S. 306). Es müsste vielmehr stärker die Radikalisierung der politischen Rechten bei gleichzeitiger strategischer Anpassung an die Erfordernisse der demokratischen Auseinandersetzung betont werden. Graf beschreibt die Nationalsozialisten bereits als »pragmatische Revolutionäre« (S. 321–327).

Das Fazit von Grafs ambitionierter Diskursstudie fällt genauso kurz wie überzeugend aus: »Die Weimarer Republik hatte also Zukunft« (S. 380). Eine düstere Analyse der ersten deutschen Demokratie, die deren generellen Entfaltungsmöglichkeiten lediglich von Ende her zu analysieren versucht, wird sich mit Grafs Darstellung auseinandersetzen haben, ohne jedoch die strukturellen Belastungen der aus dem Krieg geborenen Weimarer Republik zu übersehen. So vielfältig die weltanschaulichen Zukunftserwartungen, die philosophischen Debatten, die politischen Handlungskonzepte und die praktischen Umsetzungsstrategien von Intellektuellen, Publizisten, Gelehrten und politischen Akteuren der unterschiedlichen Lager waren, so themenreich und oftmals auch ambivalent waren die Diskussionen zwischen den Beteiligten. Graf hat somit auch einen wichtigen empirischen Beitrag zur strukturellen Ambivalenz von Demokratisierungs- und Radikalisierungsprozessen in der Moderne geleistet.

Von ambivalenten und zuweilen widersprüchlichen ideologischen Dynamiken blieb auch die SPD nicht frei. Stefan Vogt hat mit seiner gelungenen Studie zur sogenannten »Jungen Rechten« der SPD im Umkreis der »Neuen Blätter für den Sozialismus« eine ge-

naue ideen- und organisationsgeschichtliche Untersuchung derjenigen parteipolitischen Strömung vorgelegt, die seit Mitte der 1920er Jahre dem Nationalsozialismus mit einem eigenen Modell eines »nationalen Sozialismus« begegnen wollte.³² Vor allem die Theoretiker eines ethischen und religiösen Sozialismus wie Paul Tillich, Adolf Löwe, Hermann Heller und Hendrik de Man sowie die ehemaligen Mitglieder des »Hofgeismarkreises« der Jungsozialisten wie Gustav Dahrendorf, August Rathmann, Theodor Haubach und Franz Osterroth waren Vertreter dieser Gruppe.³³ Ideologische und organisationstechnische Anleihen beim politischen Gegner führten die »Junge Rechte« zuweilen auffällig nahe an die Nationalsozialisten heran, wie Vogt klar herausstellen kann. Vogt verschließt sich jedoch einer eindeutigen Unterscheidung zwischen demokratisch versus antidemokratisch in der Einschätzung dieser sozialdemokratischen Strömung, sondern verweist vielmehr auf ein »ideologisches Kontinuum, das von liberalen und sozialistischen bis zu neokonservativen und faschistischen Vorstellungen reicht« (S. 18). Vogt betont die ideologischen Anleihen des Konzepts eines »nationalen Sozialismus«, der als eine Form des Nationalismus bis ins 19. Jahrhundert zurück zu reichen scheint. Vergemeinschaftung der Jugendbewegung, nationale Identitätsstiftung als Voraussetzung für sozialdemokratische Mobilisierung wie bei Eduard Bernstein, Weltrevolutionsdeutungen und nationalistische Emphase eines Paul Lensch oder der neukantianische Ansatz von Friedrich Albert Lange, Revolutionen als schrittweise Prozesse und nicht als soziale Ereignisse zu deuten, bildeten die ideologischen Grundlagen für ein sich veränderndes Verständnis von Revolutionserwartung und Reformorganisation innerhalb der Sozialdemokratie.

Dass dieser Prozess auch ein Generationenkonflikt war, unterstreicht Vogt mit dem Hinweis auf die sich zunehmend jenseits der Parteileitung organisierenden Jugendgruppen, die sich ab 1915 zusammenfanden und zum Teil sogar aus der SPD austraten. Die Jungsozialisten, die ab 1919 in verschiedenen Städten zusammenfanden, wurden jedoch von der Parteiführung mit einer gewissen Unabhängigkeit ausgestattet, was zu einem lebensgemeinschaftlichen »Sonderbewusstsein« führte (S. 81). Die Ruhrbesetzung, so Vogt, führte dann zu einer nationalistischen Radikalisierung innerhalb der Jungsozialisten, und volksgemeinschaftliche Vorstellungen fanden verstärkt Eingang in die Sprache des rechten Flügels der Jungsozialisten, der sich schließlich in Hofgeismar zusammenfand. Die dortigen Vorträge von Hugo Sinzheimer und Gustav Radbruch betonten zwar die Legitimität der Weimarer Republik, jedoch ging es ihnen um eine Erweiterung der engen Klassengrundlage des Sozialismus hin zum Volk. Tagungen, Treffen, Engagement in der Erwachsenenbildung und die Herausgabe der eigenen Zeitschrift bildeten den Tätigkeitsbereich der »Jungen Rechten«, die bis in die Parteileitung ein Netzwerk von Unterstützern ausbilden konnte. Vogt betont auch die Bedeutung der Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold im Jahr 1924 als militärbündischer Abwehrverein der republikanischen Parteien für die verbreitete Wirkung volksgemeinschaftlicher Ideen *en miniature* und die direkte Auseinandersetzung mit rechten Wehrorganisationen durch die jugendlichen Anhänger der SPD. Der direkte Schlagabtausch führte einerseits zur Radikalisierung der eigenen Grundüberzeugung, hinterließ aber eben andererseits auch Fragen über die Anziehungskraft gegnerischer Ideologiekonzepte. Darüber tauschte man sich 1932 dann bemerkenswerterweise auf einer gemeinsamen Tagung von »Jungen Rechten« der SPD, des Jungdeutschen Ordens und des Strasser-Kreises der NSDAP aus und kam zu dem Ergebnis, dass die Frage der Revolutionierung der Gesellschaft nicht unbedingt an den verschiedenen organisatorischen Flügeln der politischen Linken und der politischen Rechten scheitern dürfe.

32 Stefan Vogt, Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie. Die sozialdemokratische Junge Rechte 1918–1945, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2006, 502 S., geb., 48,00 €

33 Vgl. Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin/Bonn 1985, S. 639–660.

Hatte die »Junge Rechte« eine konsequentere Demokratie gefordert, einen Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland und die Verständigung mit Polen stets als Grundlage für eine europäische Einigung unterstützt, so öffnete sich die Strömung jedoch eben auch für die Anerkennung des italienischen Faschismus als antiliberaler Bewegung, für den Führergedanken und für generelle Parteienkritik. Zudem war man mit Forderungen nach Brechung der Monopole, Arbeitsdienst und ›Volksgemeinschaft‹ den Nationalsozialisten verdächtig nahe. Vogt kommt daher zu dem diskussionswürdigen Schluss, dass die Gefahr des Nationalsozialismus sowohl von der »Jungen Rechten« wie auch der sozialdemokratischen Parteiführung insgesamt in den letzten Monaten vor der Machtübernahme unterschätzt worden sei (S. 352). Die Geschichte endete jedoch nicht 1933, sondern, in diesem Fall, aufgrund der Beteiligung vieler ehemaliger »Junger Rechter« am Kreisauer Widerstandskreis und am Juli-Attentat 1944, erst im Zweiten Weltkrieg.

Thomas Lorenz versucht nachzuzeichnen, wie die Wahrnehmung des Versailler Vertrags in Politik und Öffentlichkeit zur Instabilität der Republik beigetragen hat.³⁴ Nach langen Vorüberlegungen zum Zusammenhang von »Zeitgeist«, Diskurs, Sprache und internationaler Geschichte möchte Lorenz am Beispiel der Reichstagsdebatten zwischen 1918/19 und 1925 sowie der Rezeption der Ausstellung »Deutschland und der Friedensvertrag« der »Liga zum Schutze der deutschen Kultur«, der Literatur und der Jugend und schließlich am Beispiel von »Oskar Tillich's Kritik am Tonfall der deutschen Anti-Versailles-Rhetorik« zeigen, wie facettenreich sich die »gesellschaftliche Ablehnung« *en detail* ausdrückte und wie sie wirkte. Dies gelingt vornehmlich für die Darstellung der verschiedenen Diskussionen im Parlament, bei denen noch einmal deutlich wird, wie die Ablehnung des Versailler Vertrags über die Parteilinen hinweg einte, jedoch auch in der Argumentation traditionelle und kommende Trennlinien aufzeigte. Die Behauptung von Lorenz allerdings, die grundlegenden weltanschaulichen Unterschiede zwischen den politischen Lagern hätten zu keiner politischen Zusammenarbeit geführt, weil die Einübung von politischem Konsens und Verhandeln schlichtweg vor 1918 fehlte, ist bei Weitem umstrittener, als der Autor vorgibt (S. 411).

Dass die Diskussion um den Versailler Friedensschluss in den Jahren 1920 bis 1925 dann weniger explizite Erwähnung fand und man bei außenpolitischen Debatten »Versailles« als Formel habe »anwenden müssen«, greift auffällig kurz und legt die beschränkte Reichweite von Lorenz' Blick auf die reine Sprachanwendung offen (S. 132). Diskursanalyse kann und muss sich auch auf das Dekodieren von Schweigen konzentrieren und Nicht-Gesagtes deuten und einordnen. Dahingehend ist zu fragen, wie sehr die Kritik am Versailler Vertrag einen verständnisstiftenden Konsens erlaubte, der gesamtgesellschaftlich wirkte und die immerwährende Referenz unnötig machte. Vergleichbar methodisch kompliziert, jedoch anders gelagert, wird es bei der Suche nach »dem Zeitgeist«, dem Lorenz auf der Spur ist. Die 1918 gegründete und 1921 20.000 Mitglieder zählende »Liga zum Schutze der deutschen Kultur« wird hier als »Zeitgeist«-Vertreter dargestellt, ohne den politischen Kontext ihrer Politik richtig einzuordnen. Die Andeutung einer Zusammenarbeit mit dem Alldeutschen Verband und der Reichszentrale für Heimatdienst lässt Schlüsse auf die »antibolschewistische« Propaganda der Liga zu, die eben mehr war als bei den vorgestellten liberalen und sozialistischen Parteien. Die folgenden Kapitel bleiben auch aufgrund einer eher willkürlichen Literaturliste blass, obwohl man gerade für das Jugend-Kapitel die Folgen des Kriegsendes und des Friedensvertrags angesichts einer paramilitärischen Sozialisierung hätte spannend diskutieren können.

Das allseits zitierte Diktum, Weimar sei eine »Republik ohne Republikaner« gewesen und deshalb an einem fehlenden demokratischen Grundkonsens gescheitert, liegt im Grund-

34 Thomas Lorenz, »Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!« Der Versailler Vertrag in Diskurs und Zeitgeist der Weimarer Republik (Campus-Forschung, Bd. 914), Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2008, 489 S., kart., 49,90 €

de auch der These von Lorenz vom antidemokratischen »Zeitgeist« zugrunde. Jedoch ist eine genauere Einschätzung antidemokratischer Haltungen von spezifischen Akteuren und Organisationen erst noch zu leisten, gerade wenn man auf die ambivalente Konstruktion des »Vernunftrepublikanismus« stößt, die so manche Zeitgenossen, und allen voran Friedrich Meinecke, für ihre pragmatisch-rationale Haltung gegenüber der Republik gebrauchten. Andreas Wirsching und Jürgen Eder gehen mit ihrem Sammelband mit insgesamt 14 Beiträgen zum »Vernunftrepublikanismus« in Politik, Literatur und Wissenschaft dem analytischen und zeitgenössischen Gehalt dieser Selbst- und Fremdetikettierung nach.³⁵ So untersucht zum Beispiel Thomas Meyer Ernst Cassirer und den Kreis um Aby Warburg, geht Rüdiger Graf dem Utopismus des linken Sozialdemokraten Heinrich Ströbel nach und analysiert Mario Keßler Arthur Rosenberg als »linken Vernunftrepublikaner«. Christoph Gysi wiederum zeigt die Schwierigkeit des Begriffs für die Staatsrechtswissenschaft auf, während Matthias Wolfes für die protestantische Theologie auf die ambivalente Haltung zwischen protestantischem Menschenbild und Demokratisierung verweist und Horst Möller für eine äußerst differenzierte Sichtweise bei Thomas Mann, Friedrich Meinecke und Gustav Stresemann plädiert.

Andreas Wirsching weist einleitend auf die generationellen Prägungen der einzelnen Akteure hin und sieht vor allem für die Jahrgänge von ca. 1860 bis 1885 eine einfachere Anerkennung der Republik. Das Vernunftkonzept lasse sich auf Weimar umso leichter anwenden, je weiter der Einzelne aus dem Arbeitermilieu stammte und die Erfolgszeit des Aufstiegs der SPD miterlebt hatte. Wesentlich wirke sich bei allen »Vernunftrepublikanern«, unabhängig von sozialer Herkunft und politischer Prägung, aus, dass keine Rückgriffe auf klare weltanschauliche Konzepte zur Verfügung standen und der funktionale Charakter der eigenen Haltung betont wurde. Dies war bei dem liberalen Kreis der Zeitschrift »Hilfe« genauso der Fall, so Thomas Hertfelder, wie sich die katholische Zentrumsparterie zwischen Neutralität gegenüber Staats- und Regierungsformen einerseits und Gestaltungswillen, Gemeinschaftsutopie und einem naturrechtlich definierten Verständnis von Vernunft und Pragmatismus andererseits bewegte, so Elke Seefried. Daher trugen auch die »Vernunftrepublikaner« der Zentrumsparterie den Notverordnungskurs von Heinrich Brüning mit, den Seefried nicht mehr als »Vernunftrepublikaner« sehen möchte, wie es beispielsweise bei William L. Patchs Sicht auf die »missgeleiteten« Versuche Brünings zur Wiederherstellung von Demokratie nach dem Ende der ökonomischen Krisen 1930 bis 1932 noch anklingt.³⁶

Ähnliche interessengeleitete Definitionsschwierigkeiten erkennt Wolfram Pyta für einen »Vernunftrepublikanismus« des 1919 gegründeten »Reichsverbands der Deutschen Industrie« (RDI) an. Jedoch attestiert Pyta eine »prinzipielle Aufgeschlossenheit« (S. 91) von Wirtschaftsverbänden wie dem RDI für die Republik, welche die Staatsfunktion weiter ausbaute, eine stärkere Verbindung organisierter ökonomischer Interessen zur Exekutive sowie eine unitarische Verfassung bot, die wiederum deutliche Regeln für Kommunikationsprozesse ermöglichte. Pyta bescheinigt dem RDI ebenfalls eine aufgeschlossene Haltung gegenüber den Reparationszahlungen. Der Verband behielt vor allem die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Blick, während man ab Ende 1929 schließlich auch für einen entschiedenen Politikwechsel unter Ausschluss der SPD votierte. Die im Dezember diesen Jahres präsentierte Denkschrift »Aufstieg oder Niedergang?«, die für eine Senkung der Steuern auf Kapital- und Produktivvermögen plädierte, stand am Anfang einer restriktiveren finanzpolitischen Vorstellung der deutschen Wirtschaft zu Lasten der

35 *Andreas Wirsching/Jürgen Eder* (Hrsg.), *Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft* (Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Bd. 9), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2008, 330 S., geb., 33,00 €

36 *William L. Patch*, *Heinrich Brüning and the Dissolution of the Weimar Republic*, Cambridge University Press, Cambridge 2006 (zuerst 1998), 372 S., kart., 60,00 \$, hier: S. 330.

Sozialstaatsausgaben. Jedoch sei es nicht um einen grundlegenden Systemwechsel gegangen, so Pyta, sondern vielmehr um eine bürgerliche Regierung, die mit Brüning auch erfolgreich im Sinne des RDI arbeitete. Für die Spitzen des RDI, wie Carl Duisberg und Carl Friedrich von Siemens seit 1925, sei demnach der Begriff »vernunftrepublikanischen« Handelns und Denkens anzuwenden, so Pyta.

Gerade mit Duisberg ist auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik verwiesen, dem Margit Szöllösi-Janze für Albert Einstein, Fritz Haber und Max Planck nachgeht. Alle drei Wissenschaftler waren keine erklärten Gegner der Weimarer Republik, sondern vielmehr auch aufgrund ihrer Nobelpreisträgerschaft zentrale Stützen der Forschungsordination vor 1933. Grundsätzlich, so Szöllösi-Janze, bedeutete Wissenschaftsmanagement, dass »Ressourcenensembles« politisch »multivalent« waren und Allianzen, also auch »vernunftrepublikanische« in Weimar, bei Naturwissenschaftlern denk- und machbar waren (S. 232).³⁷ Die hohe Kontinuität von Wissenschaftlern über 1918 hinaus sowie die während der Weimar Republik verstärkt mit Steuergeldern finanzierte Wissenschaft brachten ein starkes Zusammenwirken von traditionellen Eliten und demokratischer Kontrolle. Generationell fallen Einstein, Haber und Planck in die von Wirsching angedeutete Prägungsphase einer erweiterten Generation der zwischen 1860 und 1885 Geborenen. Planck war national-konservativ und hoffte auf einen rechten Systemwechsel. Er selbst stand der DVP nahe, sein Sohn ging zur DNVP. Jedoch äußerte sich Planck im Grunde nie politisch in seinen Schriften, so Szöllösi-Janze. Vielmehr zog er sich in einen »politikfreien Raum« zurück und bemühte sich um »politisch korrektes Verhalten« (S. 238 f.). Auch bei Einstein sah ein vernünftiger Republikanismus ambivalent aus. Die politischen »Massen« waren ihm einerseits suspekt, er kritisierte westliche Verfassungen als partikuläre Interessenvertretungen und trat nur in Organisationen ein, sofern ihre politische Überparteilichkeit gesichert schien; andererseits war er ein entschiedener Gegner der Nationalsozialisten und votierte im Juli 1932 für eine gemeinsame Kandidatenliste von SPD und KPD, um bei den anstehenden Reichstagswahlen einen Erfolg der NSDAP zu blockieren. Haber wiederum erachtete ähnlich wie Planck eine Rückkehr zum deutschen Weltmachtstatus für notwendig, jedoch verharnte er nicht in isolierter Abgewandtheit, sondern erleichterte durch seine vielfältigen internationalen Kontakte die »Wiedereingliederung der deutschen in die internationale Wissenschaftsgemeinschaft« (S. 246). Verinnerlicht hatte Haber wohl auch den demokratischen Ansatz, den auf die Gremienarbeit der 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der 1920 gegründeten Notgemeinschaft/Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zu übertragen er immer wieder hinwirkte. Allerdings votierte Haber beim Gründungsauftrag der Deutschen Staatspartei 1930 für ein generelles Ende des bisherigen Parteiwesens, das für ihn die Bedrohungen von rechts wie links nicht einzudämmen in der Lage schien.

Die Kategorie des »Vernunftrepublikanismus« für eine analytische Belastbarkeit erheblich geöffnet zu haben, dafür steht dieser Band in gelungener Weise, während auf der anderen Seite auch die Grenzen des Konzepts durch nahezu alle Beiträge durchscheinen und offen angesprochen werden. Was jedoch bleibt von dem Ansatz eines geöffneten Begriffs ist die Betonung der Chancen, der Republik breitere Legitimation zukommen zu lassen, da »Vernunftrepublikanismus« generell auch demokratisch und republikbejahend wirken konnte und die entsprechenden Akteure nicht lediglich als »Vernunftrepublikaner« getarnt auf den letzten »Dolchstoß« von 1933 gewartet haben.

³⁷ Vgl. Margit Szöllösi-Janze, Fritz Haber 1868–1934. Eine Biographie, München 1998; Britta Schneider, Albert Einstein in der Weimarer Republik. Demokratisches und elitäres Denken im Widerspruch, in: VfZ 53, 2005, S. 381–419.

IV. PARLAMENTARISIERUNG UND PARLAMENTARISCHE KULTUR

Eine vergleichbar optimistische Interpretation zur Annahmefähigkeit und -willigkeit der politisch Verantwortlichen im Parlament der Republik liegt seit 2002 von Thomas Mergel vor. Die Zerrissenheit und Fragmentierung der sozial-moralischen Milieus, wie sie für Weimar attestiert werden³⁸, hinterfragt Mergel in seiner wegweisenden kultur- und sozialgeschichtlichen Untersuchung zum Ort des Parlaments in den Verständigungs- und Aushandlungsprozessen der Vertreter dieser Milieus im politischen Raum.³⁹ Nach einem »extrem gerechten Proportionalwahlrecht gewählt«, stellte der Reichstag die deutsche Gesellschaft gleichsam *en miniature* dar (S. 75). Dabei war er für die Forschung zur Weimarer Republik bisher weitgehend ausgeblendet; zu sehr überwog das Bild der schwierigen Gründung 1919 nach Kriegsniederlage, Revolution und Monarchenflucht sowie der Unterminierung des Parlaments durch außerparlamentarische Oppositionsverbände und der Schattenexistenz in der Zeit der Notstandsparagrafen seit 1930. Die überwiegende Zeit, so Mergel nun, war jedoch geprägt von Gestaltungswillen und Verständigungspolitik zwischen den Parteien. Der Reichstag als Ort von symbolischer Interaktion und kommunikativer Sozialisation interessiert Mergel, wo aus Interessenvertretung routiniertes und auch ritualisiertes Verhandeln wurde, ohne dass es in den Debatten immer nur harmonisch zuzuging. Diese Spannung zwischen Interessenvertretung und parlamentarischer Kommunikation führte auch zu einer Spannung zwischen Verhalten »drinnen« und Darstellung nach »außen«. Hinter der Annahme einer grundlegenden Verhandlungswilligkeit aller Parteien verbirgt sich der eigentliche Kern des Buchs: »Nur wer keine Hoffnung oder keinen Willen hat, irgendwann beteiligt zu werden, kann es sich leisten, sich sprachlich von allen zu isolieren«, so Mergel pointiert (S. 23). Das heißt, dass letztlich alle Parteien gestalten, regieren und beeinflussen wollten, von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen – zumindest bis 1930, als sich die Situation mit Notverordnungen und der NSDAP als neuem Machtfaktor grundlegend änderte.

Die Zusammensetzung des Reichstags veränderte sich nicht nur mit der Neuformierung der Parteien, sondern auch in soziografischer, kultureller und generationeller Ausrichtung, wie Mergel zeigen kann. Die Zahl der Abgeordneten stieg von knapp 400 während des Kaiserreichs auf 608 im Jahr 1932. Auch die Sozialstruktur veränderte sich zusehends wie beispielsweise in der Zentrumsfraktion: Adlige nahmen als politische Vertreter fast völlig ab, viermal mehr Verbandsvertreter zogen ein, die Zahl der Landwirte halbierte sich. Beamte, Geistliche und selbstständige Unternehmer waren ebenfalls weniger vertreten als noch im Kaiserreich. Rechtsanwälte und Journalisten stiegen in ihrer Anzahl auf. Das Durchschnittsalter sank auf 50 Jahre. Vor allem der Stimmenzuwachs ermöglichte die Gleichzeitigkeit von veränderter Fraktionszusammensetzung und unveränderter Elitenherrschaft der traditionellen Parlamentsführer. Insgesamt jedoch jünger, mit vielen Frauen als Abgeordnete nun auch weiblicher, aufgrund der neuen Wahlkreisverteilung städtischer im Hinblick auf die Abgeordneten, »staatsnah, organisationsnah, bildungsfern und von sozialen Aufsteigern geprägt« – so setzte sich der Reichstag Mergel zufolge als »Parlament der Berufspolitiker« nach 1918 zusammen (S. 103 und 109).

38 Vgl. Mario Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: *ders.*, Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen, Göttingen 1993, S. 25–50; Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1990.

39 Thomas Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 135), Droste Verlag, Düsseldorf 2002, 530 S., kart., 24,80 €

Die neue demokratische Verantwortung erleichterte einen Vertrauensvorschluss der Parlamentarier bis in die Reihen der DVP und DNVP, die genügsame Sachlichkeit in der Debatte anerkannten und eine »Kultur der Kooperation« zu entwickeln begannen (S. 50). Zuweilen fraktionsübergreifende Restaurantbesuche im Reichstag, gemeinsame Trinkabende oder die eine oder andere Begegnung im Turnsaal des Gebäudes – auf diese Weise verbanden sich die politischen Distanzen mit den sozialen Herausforderungen der direkten Begegnung außerhalb des Parlamentssaals und zeitigten so manch überraschende Gespräche. Was die grundsätzlichen weltanschaulichen Differenzen anging, so waren jedoch die Grenzen der Verständigung schnell erreicht: Kriegsschuld, Kriegsniederlage, Vergangenheitsbewältigung waren Themen der konfliktreichen Auseinandersetzung. Auch die Präferenz für eine monarchische Staatsform war der DNVP ins Programm geschrieben. Bei der Debatte um die Auflagen des Versailler Vertrags herrschte jedoch über die Parteigrenzen hinweg Konsens über die Ungerechtigkeit des Friedensschlusses. Ebenso stellte die Anschlussfrage mit Österreich einen Konsens über die Parteien von der SPD und DDP bis zur DNVP und DVP her. Bei den politischen Vergemeinschaftungen der Abgeordneten waren es aber vor allem die Fraktionen, die als Ort von Gemeinsamkeit ähnlich den Traditionen in Großbritannien oder den USA dominierten, so Mergel.

Die kommunikative Ritualität der Auseinandersetzung im Parlament wurde eingerahmt durch die respektvolle Wahrnehmung des parlamentarischen Raums durch die Abgeordneten in ihrer Sprache, durch die Lage des Reichstags inmitten ehemals monarchischer Gebäude Berlins, die Akzeptanz der Geschäftsordnung und der vereinbarten Geschlossenheit der Ausschusssitzungen. Grund für die praktische Gestaltungssuche der Parteien war nach Mergel die Einsicht, dass das grundlegende Wirtschafts- und Sozialsystem nicht zu ändern sei, Sozialpolitik gegen die Arbeiter ebenso wenig gemacht werden könne wie eine Politik uneingeschränkter Protektion der Landwirtschaft nicht mehr möglich sei und das »Volk« als »legitimierende Basis allen parlamentarischen Handelns« anerkannt werden müsse (S. 262). Symbolische Kämpfe wie im Flaggenstreit oder der Fürstenenteignung legten die verschiedenen Grundpositionen wiederum offen. Der Streit wurde trotz aller Interessengegensätze in der gegebenen Sache organisiert, geordnet und mit kommunikativ entsprechend gesetzten Regeln ausgetragen. Diese Verständigungsleistung entsprach jedoch weniger bestimmten politischen Teilöffentlichkeiten außerhalb des Parlaments, wo nach Entschiedenheit, Emotionalität, grundlegender Konfliktbereinigung und Harmonisierung der Klassengegensätze gerufen wurde. Dies führte zu einer »Erwartungsüberlastung« (S. 410), die, denkt man Mergel konsequent zu Ende, nur in depressiver Enttäuschung oder hysterischer Veränderungswut enden konnte.

Die Verständigung im Parlament wurde auch für Mergel sichtbar zwischen 1930 und 1933 gerade von den Flügelparteien unterhöhlt. Der parlamentarische Stil »verfiel« angesichts einer »schwindenden Bindekraft des Ordnungsdiskurses« (S. 428). Der Einzug der NSDAP-Fraktion in SA-Uniform 1930 war der symbolhafte Bruch der Integrations- und Sozialisationswirkung der parlamentarischen Kultur. Die Formierung der – in sich gespaltenen – »nationalen Opposition«, vor allem aus den Reichstagsparteien DNVP und NSDAP, wirkte nicht nur für eine außerparlamentarische Öffentlichkeit »draußen«, sondern auch auf die Wahrnehmung gerade der DNVP als Schattenpartei der Nationalsozialisten zurück (S. 452). Über das republikanisch-demokratische Potenzial der DNVP, das Mergel unterstellt, wird man weiterhin streiten müssen, ebenso ob es wirklich erst mit dem Parteivorsitz von Hugenberg 1928 zur Systemopposition gekommen ist.⁴⁰ Mit der Synthese von Grundopposition und außerparlamentarischen Aktionen wie der Anti-Young-Plan-Kampagne 1929 oder der »Harzburger Front« 1931 veränderte sich jedoch auch hörbar die Sprache im Reichstag, und die DNVP ging nun mit ihren Krankheitsmetaphern

40 Vgl. *Thomas Mergel*, Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus. Die Umformung der DNVP zu einer rechtsradikalen Partei 1928–1932, in: HZ Bd. 273, 2003, S. 323–368.

und Versagensvergleichen mit Bezug auf die Republik semantisch in das Lager der NSDAP über. Der »Konsens der Ordnung« wurde somit auch von der rechts-bürgerlichen Seite aufgekündigt und das Parlament wie der Parlamentarismus erlebten die verhängnisvolle Blockierung und Lähmung, die letztlich der NSDAP symbolisch wie wahltaktisch zugutekamen.

Wie sich die Parlamentarier gerade für die Anfangsjahre der Weimarer Republik auf die neue demokratische Situation von politischem Verhandeln einstellten, untersucht Heiko Bollmeyer in einem interessanten Längsschnitt politischer Demokratisierung von den Verfassungsreformdebatten 1916 bis zur Diskussion um das ›Republikenschutzgesetz‹ 1922.⁴¹ Die Dissertation entstand in Bielefeld im Umfeld des Sonderforschungsbereichs »Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte«. Entsprechend geht Bollmeyer auch begriffsgeschichtlich der offenen Situation der Parlamentarisierung von Weimar nach. Reinhart Koselleck dient zu Recht als wichtiger Ideengeber für den Autor.⁴² Sprache spielt hier als Kommunikationsbasis für die Herstellung von politischer Realität eine zentrale Rolle. Gemeint ist damit, dass die Verhandlungen zwischen den verschiedenen Parteien im Reichstag sowie die Auseinandersetzungen um die Verfassungsgebung als dynamischer »Transformationsprozess« verstanden und die ausgewerteten Parlamentsdebatten anhand von vier »demokratischen Topoi« analysiert werden (S. 14): 1. Anerkennung der pluralistischen Volkssouveränität, 2. Anerkennung intermediärer Instanzen wie Abgeordnete und Parteien, 3. Anerkennung der Notwendigkeit der Leitung des Staats, 4. Anerkennung des Staats als offene Organisation des Volks im politisch-repräsentativen Raum. Die Auswahl erscheint überzeugend, wenngleich auch diese vier Topoi die eigene Begrifflichkeit von »Demokratie« unter Auslassung anderer Bereiche umreißen, wie beispielsweise der expliziten und grundlegenden Anerkennung ritualisierter Verfahrensweisen und der sprachlichen Verständigung im Gegensatz zu Gewalt und Militärputsch. Der Verweis des Autors auf die zeitgenössische Definition von Demokratie als maßgebend für die eigenen Topoi ist zudem sicherlich nicht vollständig. Die »Satztypik«, die Bollmeyer diskursanalytisch anwendet, geht einerseits auf Begriffe wie »Volk«, »Volksvertreter«, »Regierung« oder »Staat« ein, erweitert das Spektrum jedoch andererseits um den fünften Typus »Demokratie«/»demokratisch«, um die verwendete Bedeutung von »Demokratie« als strategisches Kampfelement mit in den Blick zu bekommen. Damit ist auch der Aushandlungsprozess nach rechts außen markiert, wo Elemente der Gewalt und des Aufkündigens von grundlegenden Verfahrensweisen im politischen Handeln mit eingeschlossen waren.

Die offene diskursanalytische Herangehensweise erkennt den Entwicklungsprozess der Parlamentarier von kaiserreichlichen Traditionen und einer parlamentarischen Blockierung spätestens seit dem Wahlsieg der Sozialdemokraten 1912, über die »Selbstausschaltung« am 4. August 1914 (S. 73), hin zur grundlegenden Gestaltungsverfügung des Parlaments mit erweiterten verfassungsrechtlichen Handlungsspielräumen nach 1918. Gerade der ›Burgfrieden‹ von 1914 wirkte einem Meinungspluralismus entgegen und öffnete das Tor für Volksgemeinschaftskonzepte, die auf Seiten des Militärs und der außerparlamentarischen Rechten auf eine ethnisch-kulturelle Verpflichtung des Einzelnen zum unbedingten Kriegseinsatz abzielten. Mit den Verfassungsreformdebatten 1917/18 trat die »Volksmasse« wieder in den Vordergrund bei der sozialdemokratischen Agitation für eine Änderung des preußischen Dreiklassenwahlrechts. »Bürger« und »Wähler«, so Bollmeyer,

41 Heiko Bollmeyer, *Der steinige Weg zur Demokratie. Die Weimarer Nationalversammlung zwischen Kaiserreich und Demokratie* (Historische Politikforschung, Bd. 13), Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2007, 476 S., kart., 49,90 €

42 Vgl. Reinhart Koselleck, *Begriffsgeschichte. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*, Frankfurt am Main 2006; *ders.* (Hrsg.), *Historische Semantik und Begriffsgeschichte*, Stuttgart 1979.

waren Begriffe, die im Oktober 1918 erst wiederhergestellt werden mussten und gerade auch von den Liberalen mit vermittelt wurden. Das Individuum musste im parlamentarischen Raum bei allen vorherigen propagandistischen Anstrengungen von normativer ›Volksgemeinschaftlichkeit‹ ebenso begrifflich wiederbelebt werden, wie das Parlament selbst die eigene Sprache zurückfinden musste.

Die Ausdifferenzierung von Parteien und Regierung erfuhr im Herbst 1918 dann auch eine begriffliche Trennung, so Bollmeyer. »Volk« und »Reichstag« wurden in einem nächsten Schritt gerade von den Liberalen miteinander verbunden, während es vornehmlich die Mehrheitssozialdemokraten waren, die auch mit demokratischen Semantiken den politischen Umbruch unterstützend begleiteten. Erst als die Friedensverhandlungen einen demokratischen Umbruch notwendig machten, näherten sich die unterstützenden und ablehnenden Haltungen einander an. Die Novemberrevolution und die Einberufung der ersten Nationalversammlung lösten jedoch schnell diese ohnehin genauer zu hinterfragende Einsicht in die Notwendigkeit innerhalb der politischen Rechten wieder auf. Vor allem die neu gegründete DNVP reaktivierte semantisch politische Dichotomien, indem zwischen Parteien und Regierung wieder getrennt wurde und Parteien generell als »Opposition« zur Regierung verstanden wurden. Dies geschah, um sich selbst im Parteienstatus von der Regierung zu unterscheiden, aber auch, um der Regierung eine Unabhängigkeit vom Parteiwesen zu geben, wie sie zu Zeiten des Kaiserreichs gängig war. Es waren vor allem die SPD und die DDP, welche die Parteien als direkte Mittlerinstanzen zur Regierung anerkannt sehen wollten, da, so Bollmeyer, im November 1918 keine Partei mit einem »geschlossenen Verfassungsmodell« aufwarten konnte, bis schließlich Hugo Preuß von der DDP zur Ausarbeitung der Verfassung aufgerufen wurde (S. 368).⁴³ Es wundert daher nicht, dass gerade die Rolle des Reichspräsidenten zur grundsätzlichen »Frontlinie« zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten wurde (S. 305). Die Republik sollte bei aller vorübergehenden Alternativlosigkeit durch eine starke außerparlamentarische Entscheidungsinstanz gesteuert werden können.

So war die Faszinationskraft des »Reichs«-Begriffs bis in die Sozialdemokratie ausgeprägt und mit der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung im Juli 1919 waren die Auseinandersetzungen um die Staatsordnung noch lange nicht beigelegt. Nach der Ermordung des Außenministers Walter Rathenau 1922 und der nachfolgenden Debatte um das »Republikenschutzgesetz« erhielt der »Volks«-Begriff eine wiederholte antisemitische Wendung vor allem durch die politische Rechte. Der erneuerte Ruf nach der Monarchie durch die DNVP zwei Jahre zuvor stellte das politische Spektrum im Parlament vor sich verstärkend ausdifferenzierende politische Blöcke, die sich schließlich auch sprachlich zunehmend voneinander entfernten. Die politischen wie ideologischen Grundlagen der Republik wurden also weiterhin verhandelt. Allerdings, so deutet Bollmeyer an, waren bereits seit Beginn der 1920er Jahre die zukünftigen Diskussionen nicht mehr so offen über die Parteigrenzen hinweg verhandelbar, wie es Mergel herausstellt.⁴⁴

43 Siehe zum Kontext zuletzt *Marcus Llanque*, *Demokratisches Denken im Krieg*. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg, Berlin 2000; *Tina Pohl*, *Demokratisches Denken in der Weimarer Nationalversammlung*, Hamburg 2002; *Friedhelm Köster*, *Entstehungsgeschichte der Grundrechtsbestimmungen des zweiten Hauptteils der Weimarer Reichsverfassung in den Vorarbeiten der Reichsregierung und den Beratungen der Nationalversammlung*, Göttingen 2003; *Walter Pauly*, *Grundrechtslaboratorium Weimar. Zur Entstehung des zweiten Hauptteils der Reichsverfassung vom 14. August 1919*, Tübingen 2004; *Hans Mommsen*, *Ist die Weimarer Republik an Fehlkonstruktionen der Reichsverfassung gescheitert? Chancen und Scheitern der ersten deutschen Republik*, in: *Michael Schultheiß/Julia Roßberg* (Hrsg.), *Weimar und die Republik. Geburtsstunde eines demokratischen Deutschlands*, Weimarer Verlagsgesellschaft, Weimar 2009, 255 S., geb., 19,90 € S. 105–124.

44 Siehe dazu auch den Klassiker von *Kurt Sontheimer*, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus 1918 bis 1933*, München

V. DOLCHSTOßLEGENDE UND JURISTISCHE NACHKRIEGSVERARBEITUNG

Strukturell sich verfestigende politische Erzählmotive trennten gerade im Hinblick auf die Kriegsverarbeitung die politischen Lager zwischen rechts und links. Boris Barth verweist in seiner mentalitäts- und kulturhistorischen Studie zur ›Dolchstoß‹-Erzählung zwischen 1914 und 1933 auf den mythologischen Bedeutungsgehalt der symbolisch-politischen Deutungskämpfe um die Ursächlichkeit des verlorenen Kriegs und der als notwendig empfundenen Umkehr der Weimarer Republik in autoritäre Alternativvarianten von staatlicher Organisation.⁴⁵ Barth geht es in seiner detail- wie quellenreichen Studie weniger um die Enthüllung der politischen Instrumentalisierung der Dolchstoßlegende, sondern vielmehr um die diskursive Entstehung, Verbreitung und Durchsetzungskraft dieser hochwirksamen politischen Erzählung zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Aufstieg der Nationalsozialisten.⁴⁶ Es waren aber vor allem das konservative Bildungsbürgertum, das Militär, der national gesinnte Protestantismus, die Völkischen und die Freikorps-Paramilitärs, die mit dem symbolischen Bild der »Erdolchung«, vergleichbar der Siegfried-Sage, des für einen »Siegfried« kämpfenden Soldaten an der Front durch die revolutionären Umstürzler (hier vermeintlich Kommunisten und Juden) an der ›Heimatfront‹ spielten. Entstanden in ihren eigenen Diskursen innerhalb der Milieus und Lager, verbanden sich die verschiedenen Verschwörungserzählungen zu einem Grundkonsens, der 1933 zu einer einheitlichen Erzählung der politischen Rechten und Republik-Gegner wurde, so möchte man Barth folgen.

Die Nationalsozialisten bilden daher in der vorzustellenden Arbeit auch nur den historischen Fluchtpunkt. Barth geht von einer umfangreicheren Komplexität der Legende aus, möchte jedoch überraschenderweise auf psycho-historische Erklärungsansätze verzichten (S. 6f.). Ihm geht es vielmehr um die ideologische und diskursive Genese der Erzählung, die für ihn vor allem mit der Radikalisierung der Kriegsführung durch die Oberste Heeresleitung (OHL) 1916 und der einsetzenden Dichotomie zwischen militärischer und ›Heimatfront‹ begann. Es folgte dann 1917 eine unaufhaltsame Machterosion der staatlichen Institutionen aufgrund des zunehmenden Reformbedarfs und der schlechten Ernährungsversorgung. Die militärische Niederlage, die Revolution 1918 und die Flucht des Kaisers hinterließen ein Machtvakuum und eine grundlegende Skepsis gegenüber der Demokratie. Gerade das konservative Bildungsbürgertum hatte Schwierigkeiten, das Kriegsergebnis als bindend zu akzeptieren. Dass es bereits 1914 zu einem erzwungenen ›Burgfrieden‹ kam und die wirtschaftliche Mobilisierung 1916 die Fortdauer des Kriegs nicht hatte gewährleisten können, wurde in der Erzählung von der unverdienten Niederlage weitgehend ausgeblendet. Dass Erich Ludendorff bereits am 1. Oktober 1918 auch aufgrund der Streik- und Desertionswellen seit 1917 ebenfalls um einen Waffenstillstand als Ergebnis der festgefahrenen Fronten im Westen gebeten hatte, wurde von Seiten der OHL noch im gleichen Monat eifrig gegenüber den Medien bestritten, um der neuen Regierung des Prinzen Max von Baden die Verantwortung für die anstehenden Friedensverhandlungen zuzuschieben. Rechte nationalprotestantische Pfarrer wie der Mit-

1962, sowie den Versuch, Linkssozialismus, Anarchismus und »Linksradikalismus« als antiparlamentarische Gegenbewegung zur radikalen Rechten zu deuten, von *Riccardo Bavaj*, Von Links gegen Weimar. Linkes Antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik, Bonn 2005.

45 *Boris Barth*, Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage 1914–1933 (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 61), Droste Verlag, Düsseldorf 2003, 625 S., geb., 49,80 €

46 Vgl. *Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen*, »Dolchstoß«-Diskussion und »Dolchstoßlegende« im Wandel von vier Jahrzehnten, in: *Waldemar Besson/ders.* (Hrsg.), Geschichte und Gegenwartsbewusstsein, Göttingen 1963, S. 122–160; *Joachim Petzold*, Die Dolchstoßlegende. Eine Geschichtsfälschung im Dienst des deutschen Imperialismus und Militarismus, Berlin 1963.

initiator der 1917 gegründeten Deutschen Vaterlandspartei Gottfried Traub, zudem Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, verbreiteten in Rede und Schrift die gleichen Aufforderungen für einen bedingungslosen Kriegseinsatz. Für Barth spielten zu Recht gerade die Vertreter des »protestantisch-kirchlichen Milieus in Preußen« eine zentrale Bedeutung bei der Verbreitung der späteren Dolchstoßlegende (S. 171).

Barth verdeutlicht, dass Pläne für eine Militärdiktatur bereits bei Oberstleutnant Max Bauer ab 1917 bestanden. Aber erst die bürgerkriegsähnlichen Nachkriegskämpfe der Freikorpsseinheiten im Baltikum lieferten einen wichtigeren Hintergrund für die Brutalisierung hin zu einem »nihilistischen Paramilitarismus« (S. 540–552) als das eigentliche Fronterlebnis von 1914 bis 1918.⁴⁷ Der von der Regierung verordnete Rückzug aus dem Baltikum schien für die militärischen Eliten sowie für die kämpfenden Soldaten die Dolchstoßlegende erneut zu belegen. Die Legende wurde von Ludendorff und Paul von Hindenburg bereits im Untersuchungsausschuss des Reichstags am 18. November 1919 gleichsam offiziell verbreitet und erhielt mit dem Kapp-Putsch 1920 und den radikal-antisemitischen Ausschreitungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbunds seit seiner Gründung 1919 eine politische Bedeutung für die unmittelbaren politischen Deutungskämpfe im Nachkriegsdeutschland. Eine weitere Verschiebung vom »Staat« zum »Volk« mit einer ethnisch-kulturellen sowie geopolitischen Konnotation hatte in den 1920er Jahren eine große Anziehungskraft für »konservative professorale Kritiker der Weimarer Republik« (S. 433), wie Karl Haushofer, Paul Rohrbach, Wilhelm Stapel oder Hans Freyer.

Für Barth war das Fehlen einer symbolischen Repräsentation des Kriegs, die eine konsensfähige Erinnerung an das Kriegsende ermöglicht hätte, ein zusätzlicher Ursprung für legendenhafte Heldenmythen, die letztlich zur weiteren politischen Segmentierung der deutschen Gesellschaft führten. Die fortwährende Militarisierung des politischen wie zivilen Lebens mit Stahlhelm, Reichsbanner, Rotfrontkämpferbund, SA und Kriegervereinen ließ eine gesamtgesellschaftliche Verarbeitung der Kriegserlebnisse scheitern, die auf einem Erinnerungskonsens hätte aufbauen können.

Wie weit die Kriegsverarbeitung nach 1918 auch im Hinblick auf Kriegshandlungen und deren juristische Einschätzung nationalen Interessen folgte, hat Gerd Hankel am Beispiel der Leipziger Prozesse zwischen 1921 und 1927 gezeigt.⁴⁸ Die Alliierten planten zunächst einen internationalen Gerichtshof zur Aburteilung Wilhelms II. als vermeintlich Alleinverantwortlicher am Kriegsausbruch. Trotz der Festlegung einer solchen Gerichtsbarkeit im Versailler Vertrag (Art. 227) überließen die Alliierten die juristische Verurteilung jedoch schließlich den deutschen Behörden. Auf die Auslieferung von 890 wegen Kriegsverbrechen beschuldigter Soldaten wurde daher ebenfalls verzichtet. Unter ihnen waren der Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, Ludendorff, Hindenburg und Großadmiral Alfred von Tirpitz. Stimmen für einen Kriegsverbrecherprozess und die Übernahme entsprechender Verbotsnormen aus dem IV. Haager Abkommen »betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges« in nationales Recht waren bereits seit Ende 1914 in Großbritannien und Frankreich nach dem Einmarsch deutscher Truppen nach Belgien laut geworden (S. 23). Neben einer materiellen Wiedergutmachung in Form von Reparationen ging es mit dem Versailler Friedensschluss um eine juristische Schuldspiegelung sowie um eine völkerrechtliche Einhegung der inhärent als deutsch empfundenen Kriegsanfälligkeit durch entsprechende Verurteilungen der Hauptakteure.

47 Vgl. *Volker Berghahn*, *Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten*, Düsseldorf 1966; *Hagen Schulze*, *Freikorps und Republik 1918–1920*, Boppard 1969; *James Diehl*, *Paramilitary Politics in Weimar Germany*, Bloomington 1977; *Erwin Könnemann*, *Einwohnerwehren und Freiwilligenverbände*, Berlin 1971; *Hans-Joachim Mauch*, *Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik*, Frankfurt am Main 1982.

48 *Gerd Hankel*, *Die Leipziger Prozesse. Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburger Edition, Hamburg 2003, 550 S., geb., 30,00 €

Reichspräsident Ebert war sich der Unterstützung durch die Reichswehr sicher, als er die Auslieferung der beschuldigten Kriegsverbrecher 1920 verwarf und die Alliierten daraufhin auf die Eigenverantwortlichkeit der juristischen Aufarbeitung drängten. Schließlich war eine solche Rechtsinstitution bisher beispiellos und die Befürchtung einer Bürgerkriegssituation oder gar einer folgenden Linksrevolution in Deutschland mahnte die Alliierten zur Vorsicht. Mit dem Verzicht auf die Auslieferung, so Hankel, war ein erster Schritt zur Revision des Versailler Vertrags getan. Ein eigener Untersuchungsausschuss zur Schuldfrage des Ersten Weltkriegs wurde 1919 eingerichtet. Mit Blick auf die Alliierten hieß es in dem im Dezember 1919 verabschiedeten »Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen«, dass rücksichtslos alle Kriegsverbrechen verfolgt würden. Notwendige Ergänzungsgesetze wurden erst 1920 und 1921 erlassen, so dass zunächst erst drei Angeklagte im Januar 1921 wegen Plünderungen in Belgien zu Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Letztlich wurden zwischen Januar 1921 und November 1922 17 Beschuldigte in insgesamt zwölf Fällen angeklagt und zehn Verurteilungen sowie sieben Freisprüche ausgesprochen. Die Alliierten nahmen das Reichsgericht daher nicht ernst und die Prozessbeobachter zogen sich aus Leipzig zurück. Großbritannien enthielt sich weitgehend der juristischen Fremdverfolgung, während Frankreich und Belgien seit August 1923 Hunderte von Deutschen in Abwesenheit verurteilten (S. 495). Bis 1927 endeten durch staatsanwaltliche Verfügung oder durch Beschlüsse des Reichsgerichts 1.700 Fälle durch Einstellung (S. 103).

Hankel will nun die Leipziger Prozesse als Vorläufer-Diskurs zur Missachtung des Völkerrechts im Zweiten Weltkrieg interpretiert wissen (S. 479–517). Diese Interpretationslinie vom Kaiserreich über Weimar bis zum Nationalsozialismus zu denken, erscheint vielversprechend, blendet jedoch die Belastungen aus, denen sich auch Ebert nicht entziehen konnte. Revolutionsfurcht, Wirkungen der Kriegspropaganda und das Bewusstsein, einen rechtmäßigen Verteidigungskrieg geführt zu haben, sowie allgemeine Bemühungen um eine Revision der Versailler Friedensbestimmungen haben zur Urteilsfindung beigetragen. Eine detaillierte biografische und ideengeschichtliche Studie zu den einzelnen Akteuren im Verfahren könnte aufklären helfen, ob hier dezidiert juristische Dispositionen vorgelegen haben, die auch weltanschaulich zu einer Rechtsbeugung geführt haben könnten. Auf jeden Fall handelt es sich um ein schwieriges Unterfangen, denn Begriffe des Völkerrechts wie »Kriegsverbrechen« wurden auf dieser breiten Grundlage nicht mehr nur in Ministerien und im Reichstag, sondern erstmals öffentlich vor Gericht verhandelt. Zu einer eindeutigeren Ausarbeitung völkerrechtlicher Grundsätze zusätzlich zu den Friedenskonferenzen von Den Haag 1899 und 1907 kam es erst in der Zwischenkriegszeit, aber vor allem erst nach 1945, so dass eine eindeutige Ächtung des Kriegs als diplomatisches Mittel souveräner Staaten zur Konfliktlösung in eine neue diplomatische Kultur eingebettet werden konnte.⁴⁹

VI. REGIONALGESCHICHTE UND LOKALE ÖFFENTLICHKEITEN

Außenpolitische Folgen des Kriegs hatten ihre sozial- und kulturhistorischen Rückwirkungen gerade auch bei der Ruhrbesetzung durch französische, amerikanische, britische

49 Vgl. *Jean Quataert*, *Advocating Dignity. Human Rights Mobilization in Global Politics*, Philadelphia 2009; *Mark Mazower*, *No Enchanted Palace. The End of Empire and the Ideological Origins of the United Nations*, Princeton, NJ 2009; *Martti Koskeniemi*, *The Gentle Civilizer. The Rise and Fall of International Law 1870–1960*, Cambridge 2002; *John Horne/Alan Kramer*, *German Atrocities 1914. A History of Denial*, New Haven 2001; *James Willis*, *Prologue to Nuremberg. The Punishment of War Criminals of the First World War*, Westport 1982; *Walter Schwengler*, *Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20*, Stuttgart 1982.

und belgische Truppen, die am 11. Januar 1923 aufgrund der Reparationsverzögerungen Deutschlands einsetzte und bis zum Abzug der letzten Truppen 1930 andauerte. Gerd Krumeich und Joachim Schröder legen mit ihrem 18 Aufsätze umfassenden Sammelband zur Ruhrbesetzung eine Gesamtschau vor, die sich in fünf Kapitel unterteilt: »Ruhrbesetzung als historischer Ort«, »Absichten und Wahrnehmung«, »Aktion und Reaktion« sowie »Gewalt« und »Folgen«.⁵⁰ Krumeich verdeutlicht die Bedeutung des Ruhrkampfes als »Bruchpunkt der internationalen Beziehungen der unmittelbaren Nachkriegszeit« (S. 9), da es sich um eine »regelrechte Kriegsbesetzung« gehandelt habe (S. 16). Die französischen und belgischen Erfahrungen der Kriegsbesetzung Belgiens und Nordfrankreichs durch deutsche Truppen boten hier eine Grundlage für entsprechendes Durchgreifen mit Kriegs- und Feldgerichten und der Ausweisung von 130.000 bis 140.000 Personen bis zum Oktober 1923, so Stanislas Jeannesson in seinem Beitrag.⁵¹ Conan Fischer verweist auf die ernährungspolitischen Folgen der Unterversorgung vor Ort, der auch durch Kinderlandverschickung und Hilfsprogramme nicht zeitgerecht begegnet werden konnte.⁵² Christoph Cornelißen stellt den Ruhrkampf in den Zusammenhang revisionistischer Tendenzen bei Historikern wie Friedrich Meinecke und Erich Marcks und macht auf die seit 1918 entstehenden Institute zur »Westforschung« aufmerksam, vor allem auf das von Hermann Aubin begründete Institut für Geschichtliche Landeskunde in Bonn.⁵³ Ebenso wie die Geschichtswissenschaft in der unmittelbaren Folgezeit der Besetzung »aufgeregte« Ruhrkampfliteratur produzierte (S. 35), so wenig war zunächst innerhalb der Literatur eine Verarbeitung zu spüren, die über eine generelle Betonung des Mythischen des Rheins hinausging, so Gertrude Cepl-Kaufmann in ihrem Beitrag.

Die kulturpolitische und symbolisch umkämpfte Bedeutung des Rheins und des Rheinlands hatte schon seit den Karolingern einen zentralen Platz in der deutsch-französischen Geschichte. Der von Dieter Breuer und Gertrude Cepl-Kaufmann herausgegebene Sammelband zu »symbolischen Kämpfen um das Rheinland« geht dieser umkämpften Region für die Zeit der Weimarer Republik nach.⁵⁴ Einleitend verweisen die Herausgeber auf die neuere Geschichte des Rheinlands, die mit der französischen Besetzung 1792, dann mit der preußischen Inbesitznahme 1815 und der waffenindustriellen Bedeutung von Rhein und Ruhr im Kaiserreich zusätzlichen Konfliktstoff für die Auseinandersetzungen der Nachkriegsjahre seit 1918 barg. Im Zentrum des Bandes stehen die Ruhrbesetzung und die nationalistische Propaganda um die Wiedergewinnung der deutschen Souveränität. Die insgesamt zehn Beiträge beschäftigen sich unter anderem mit der Bautätigkeit und

50 Gerd Krumeich/Joachim Schröder (Hrsg.), *Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923* (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 69), Klartext Verlag, Essen 2004, 363 S., geb., 24,90 €

51 Vgl. Stanislas Jeannesson, *Poincaré, la France et la Ruhr 1922–1924. Histoire d'une occupation*, Straßburg 1998.

52 Vgl. Conan Fischer, *The Ruhr Crisis 1923–1924*, Oxford/New York 2003.

53 Vgl. Willi Oberkrome, *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945*, Göttingen 1993; Ingo Haar, *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der »Volkstumskampf« im Osten*, Göttingen 2000; Burkhard Dietz/Helmut Gabel/Ulrich Tiedau (Hrsg.), *Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwestdeutschen Raum*, 2 Bde., Münster 2003.

54 Dieter Breuer/Gertrude Cepl-Kaufmann (Hrsg.), *Deutscher Rhein – fremder Rosse Tränke. Symbolische Kämpfe um das Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg* (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 70), Klartext Verlag, Essen 2005, 261 S., 24,90 €, vgl. Dieter Breuer/Gertrude Cepl-Kaufmann (Hrsg.), *Das Rheinland und die europäische Moderne. Kulturelle Austauschprozesse in Westeuropa 1900–1950*, Essen 2008; Dieter Breuer/Gertrude Cepl-Kaufmann (Hrsg.), *Jahrtausendfeiern. Das Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg*, Essen 2009.

repräsentativen Architektur als Zeichen moderner deutscher Kulturträgerschaft und Auf-
erstehungssymbolik in der Region (Manfred Speidel und Frank Pohle). Verschiedene
diskursive Kämpfe um die Deutungshoheit im Rheinland, etwa anhand der symbolischen
Politisierung des Kölner Doms im Zuge einer »Gotik-Renaissance« der 1920er Jahre oder
der künstlerischen Propaganda gegen die französischen Truppen mit Soldaten aus den
Kolonien, untersuchen Hans-Georg Lippert, Bernd Ernsting und Landry Charrier.

Christoph Steegmans eröffnet den Band mit einer konzisen Zusammenschau der poli-
tischen, sozialen und vor allem finanzpolitischen Auswirkungen der Rheinlandbesetzung
nicht nur für die praktische Verwaltung der Region, sondern auch für die politische Kul-
tur in Deutschland hinsichtlich der Verarbeitung von Kriegsniederlage und Nachkriegs-
besetzung.⁵⁵ Die Besetzung, die durch das Inkrafttreten des Versailler Vertrags am 10. Ja-
nuar 1920 mit den vier Besatzungsmächten im Rheinlandabkommen geregelt wurde, hat-
te weitreichende Folgen für die Radikalisierung der politischen Rechten. Die Größe des
Besatzungsheeres 1918 ging bis 1929 zwar von 950.000 auf letztlich 35.000 stetig zurück.
Die militärische Präsenz verfehlte jedoch nicht ihren symbolischen Zweck. Die Verwal-
tung des Reichskommissariats für die besetzten Rheinischen Gebiete, so Steegmans, war
schließlich einer Politisierung ausgesetzt, die ihren Niederschlag in der Besetzung des
Amts mit dem Kölner Regierungspräsidenten Karl von Stark, dem Diplomaten Fürst Paul
Hermann von Hatzfeld-Wildenbruch und dem ehemaligen deutschen Botschafter in Spa-
nien, Ernst Freiherr Langwerth von Simmern, fand.

Okkupationsleistungen durch die deutsche Gesellschaft führten zu oftmals langwierigen
und strittigen Fällen, mit denen sich das Reichswirtschaftsgericht 1921 bereits über
5.600 Mal auseinandersetzen hatte. Der Fiskus reagierte vergleichsweise spät auf die
Besatzungsfolgen gerade während des Ruhrkampfes. Die wirtschaftlichen Schäden konn-
ten jedoch nicht beseitigt werden, allein wegen des ausgefallenen Tourismus in der Re-
gion. Die Polizeistatistik lässt auf oftmals bürgerkriegsähnliche Zustände deuten, wenn
während des Ruhrkampfes 15.000 Verurteilungen wegen Beleidigung, Sabotage oder einer
weit ausgelegten Verletzung der Aufsichtspflicht von Angehörigen der öffentlichen Ver-
waltung ausgesprochen wurden, die bis 1923 auch massenweise ausgewiesen werden
konnten.

Der Propagandakampf, so Steegmans, erreichte 1923 einen Höhepunkt, gerade auch
hinsichtlich des Etats für kulturelle Zwecke, der nun eine Million Reichsmark für das
Rheinland umfasste.⁵⁶ Konrad Adenauer bat 1924 als Oberbürgermeister um Gelder für
eine geplante kulturhistorische Ausstellung in Köln und sein Aachener Amtskollege er-
suchte um Zuwendungen für die geplante Kaiserkrönungs-Ausstellung, nicht ohne anzu-
merken, dass seine Stadt »allzeit ein Bollwerk« zur »Stärkung des Deutschtums« gewesen
sei (S. 42). Die Besatzungszensur reagierte mit Zeitungsverboten und strengen Auflagen
für patriotische und nationalistische Feiern. Die neuartige Verbreitung von Rundfunk-
sendungen mit der »Westdeutschen Funkstunde« zu den Rheinlandfeiern 1925/26 wirkte
hier grenzüberschreitend und rückbindend an das unbesetzte Deutschland, so Renate
Mohl in ihrem Beitrag. Nach dem Rückzug 1930 wurde unter Anwesenheit von Hinden-
burg eine Befreiungsfeier abgehalten, und der Stahlhelm feierte im Oktober 1930 mit ei-
nem Umzug von 100.000 Mann den »Reichsfrontsoldatentag«. Die Erinnerung an die Be-

55 Siehe auch *Christoph Steegmans*, Die finanziellen Folgen der Rheinland- und Ruhrbesetzung 1918–1930, Stuttgart 1999.

56 Vgl. *Klaus Wippermann*, Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatschutz in der Weimarer Republik, Köln 1976; *Franziska Wein*, Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919–1930, Düsseldorf 1991; *Willi Oberkrome*, »Deutsche Heimat«. Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen 1900–1960, Paderborn/München etc. 2004, S. 23–29.

freierung verblasste jedoch angesichts der politischen Entwicklungen schnell und die Besetzung markierte einen weit gewichtigeren Einschnitt gerade für die Politik der politischen Rechten.

Regionalgeschichtlich dem Verhältnis von Krieg, Revolution und Republik auf der Spur sind ebenso die Herausgeber Hermann Niebuhr und Andreas Ruppert, die in Zusammenarbeit mit dem »Naturwissenschaftlichen und Historischen Verein für das Land Lippe« Politik und Alltagsgeschichte in Detmold zwischen 1914 und 1933 in 19 Beiträgen untersuchen.⁵⁷ Detmold hatte die Wirkungen der Republikanisierung 1918 mit einem veränderten Stadtstatus zu tragen: Aus der Residenzstadt eines Fürstentums wurde die Hauptstadt eines demokratischen Freistaats. Der Übergang vom fürstlichen Regiment Leopolds V. zum Volks- und Soldatenrat vollzog sich zum 12. November 1918 ohne Schwierigkeiten und ein militärischer Putschversuch blieb Episode. Kriegsbegeisterung war anfänglich in Detmold weit verbreitet, nicht nur beim Vaterländischen Frauenverein, so Gesine Niebuhr, sondern auch bei den sozialdemokratischen Frauenorganisationen. Die unmittelbare Kriegserfahrung der Stadt war auf die Kriegshandlungen an der Westfront beschränkt. Die Kriegswirkungen für die Stadt blieben mit dem Kriegswinter des Mangels von 1916/17 jedoch nicht aus. Politik in Detmold mit seinen knapp 20.000 Einwohnern zu Beginn der Weimarer Republik korrespondierte im Grunde mit reichsweiten Stimmungen: Hohe Wahlbeteiligungen nach 1918, Generalstreik beim Kapp-Putsch 1920, die Große Koalition im Reich 1921 hatte ihr Pendant in der Zusammenarbeit von MSPD, DDP und DVP, der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund wurde nach dem Rathenau-Mord und dem »Republikenschutzgesetz« im Jahr 1923 auch in Detmold aufgelöst, die anti-republikanische Rechte formierte sich in Detmold und Lippe mit Deutschvölkischer Freiheitspartei (1922) und Nationalsozialisten (1925), Gewerkschaften, USPD und Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sprengten antisemitische Versammlungen und die NSDAP rückte 1930 hinter der SPD zur zweitstärksten Partei auf.

Die politische Radikalisierung mit kommunistischer Einheitsfront-Propaganda und nationalsozialistischem Anti-Parlamentarismus spiegelte sich gerade während der wirtschaftlichen Depression wider. Bei den Kommunalwahlen 1932 erreichte die NSDAP in nahezu allen Städten mit großem Medienaufwand sowie Saal- und Straßenschlachten die ersten Ränge. Dieser »rasante Aufstieg«, so Wolfgang Bender (S. 323), begann bereits 1930. Das Klima für einen nationalistischen Politikwechsel war in Detmold vielleicht auch aufgrund der Nähe zum Hermannsdenkmal günstiger als anderswo.⁵⁸ Der politischen Rezeption des Hermannsdenkmals seit der Einweihung 1837 geht Dirk Mellies nach und macht vor allem im Bürgertum eine aggressivere Deutung der Schlacht im Teutoburger Wald als gewendeter Freiheitskampf nun insbesondere gegen Frankreich als dem »Erbfeind« deutlich.⁵⁹ Vor allem Alld deutscher Verband, Cheruskerbund, Jungdeutscher Orden, Stahlhelm, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, der Verein für das Deutschtum im Ausland, die Kyffhäuser-Jugend, der Königin-Luise-Bund, Kolonialvereine, Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, DNVP, NSDAP und DVP fanden in den 1920er Jahren verstärkt am Denkmal zusammen und erhoben das Denkmal zum »Symbol der politischen

57 Hermann Niebuhr/Andreas Ruppert (Hrsg.), Krieg – Revolution – Republik. Detmold 1914–1933. Dokumentation eines stadthistorischen Projekts, Aisthesis Verlag, Bielefeld 2007, 579 S., geb., 24,80 €

58 Vgl. Andreas Dörner, Politischer Mythos und symbolische Politik. Sinnstiftung durch symbolische Formen am Beispiel des Hermannsmythos, Opladen 1995.

59 Siehe zur Deutung der Nation im Bürgertum zwischen Weltkrieg und Nationalsozialismus sowie des Kriegskults aus der »Kultur der Niederlage« Moritz Föllmer, Die Verteidigung der bürgerlichen Nation. Industrielle und hohe Beamte in Deutschland und Frankreich 1900 bis 1930, Göttingen 2002, und Wolfgang Schivelbusch, Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865; Frankreich 1871; Deutschland 1918, Berlin 2001.

Rechten« (S. 345). Jürgen Hartmann verweist auf die langjährigen Aktivitäten nationalistischer Vereine vor Ort. Das national-protestantische Milieu war bereits vor 1918 gut strukturiert und aktiv. »Alte Kräfte« des nationalistischen Lagers wanderten zunehmend zur NSDAP ab, so Hartmann (S. 283–287).

Vergleichbare Beobachtungen zur Anpassungsfähigkeit der NS-Bewegung an die jeweiligen Milieus und Interessengruppen in der Region legten zuletzt auch Mechthild Hempe für das traditionell von der Forschung vernachlässigte Mecklenburg, Steffen Raßloff in seiner wichtigen Studie für das Bürgertum in Erfurt und Hans-Walter Schmuhl für Halle an der Saale vor.⁶⁰ Regionalgeschichtliche Studien sind für eine genauere Ausdifferenzierung von Resistenzen einerseits und Anschluss an die NS-Bewegung andererseits weiterhin unabdingbar, da, wie Benjamin Lapp wiederum für Sachsen gezeigt hat, die jeweiligen konkreten politischen Rahmenbedingungen eine zentrale Rolle spielten, wie beispielsweise der anhaltende Kampf zwischen Bürgertum und politischer Linke. Diese Auseinandersetzungen im hochindustrialisierten und urbanisierten Sachsen bestimmten bereits vor 1918 lokale Politik und trugen in der Weimarer Republik verstärkt zur politischen Polarisierung bei, von der die NSDAP letztlich profitieren konnte.⁶¹

VII. POLITISIERUNG DER FRAUEN UND RECHTE FRAUENBEWEGUNG

Gerade das Verhältnis von Frauen zur nationalistischen Rechten und zur NS-Bewegung birgt weitere Differenzierungen bei der Einschätzung von konkreter politischer Mobilisierung. Die politischen Einstellungen und Organisationsformen von Frauen wurden lange Jahre eher abseitig behandelt und die Etablierung der Kategorie »Geschlecht« erhält im Grunde erst seit den 1990er Jahren mit entsprechenden Einzelstudien den gebührenden Platz innerhalb der Kultur- und Politikgeschichte. Der Frage, wie die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts 1919 auf die politische Kultur der Parteien in ihrem Werben um weibliche Wählerstimmen und Mitglieder wirkte, geht Julia Sneeringer in ihrer Studie zur Propaganda und Politik in der Weimarer Republik nach.⁶² Ihr geht es ganz im Sinne ihres akademischen Lehrers Thomas Childers darum, die politische Sprache innerhalb des Diskurses um Wählerstimmen und politische Partizipation von Frauen zu dekodieren und sowohl zur Grundlage der Herausarbeitung klassenspezifischer Werbung um Frauen als auch zu einer allgemeinen Analyse politischer Wahlkampfkultur zu machen.⁶³ Für Sneeringer war die Einführung des Frauenwahlrechts genauso mit revolutionären Wirkungen verbunden wie die Proklamation der Republik selbst. Berlin stellt hier, wie bei Weitz, das Zentrum der Analyse dar, denn Sneeringer geht methodisch davon aus, dass Berlin als Medienhauptstadt »central to the process of image creation for the entire nation« war (S. 15).

Das Werben um die politische Frau war außerhalb der politischen Linken neu und brachte entsprechende Lernprozesse und Diskussionen über die Strategie, aber auch um die generelle Rolle der Frau in Gesellschaft und Wirtschaft mit sich. Die SPD konnte sich

60 *Mechthild Hempe*, *Ländliche Gesellschaft in der Krise. Mecklenburg in der Weimarer Republik*, Köln/Weimar etc. 2002; *Steffen Raßloff*, *Flucht in die nationale Volksgemeinschaft. Das Erfurter Bürgertum zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur*, Köln/Weimar etc. 2003; *Hans-Walter Schmuhl*, *Halle in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus*, Halle/Saale 2007.

61 *Benjamin Lapp*, *Revolution from the Right. Politics, Class, and the Rise of Nazism in Saxony 1919–1933*, Boston 1997.

62 *Julia Sneeringer*, *Winning Women's Votes. Propaganda and Politics in Weimar Germany*, The University of North Carolina Press, Chapel Hill/London 2001, XI + 365 S., geb., 75,00 \$.

63 Siehe unter anderem *Thomas Childers*, *The Social Language of Politics in Germany. The Sociology of Political Discourse in the Weimar Republic*, in: *AHR* 95, 1990, S. 331–357.

entsprechend ihrer längeren politischen Tradition mit Bezug auf die Betonung der geschlechterspezifischen Gleichstellung leichter in die neue Situation einfügen und zeigte sich auch gegenüber weiblichen Wählern in dieser Tradition. Auch das katholische Zentrum tat sich nicht allzu schwer. Klasse und Religion, so Sneeringer, wirkten bei Männern wie bei Frauen als entscheidende Identitätsmerkmale, die sich auch im politischen Votum widerspiegelten. Trotzdem waren die Wahlentscheidungen von Frauen mitunter überraschend, was wiederum die männlichen Parteifunktionäre über die Zuverlässigkeit weiblicher Überzeugungen rätseln ließ. Alle Parteien jedoch bemühten sich, frauenspezifische Themen beziehungsweise Themen, die für »frauenspezifisch« gehalten wurden, anzusprechen. Einig war man sich im Mutterschutz und in der Forderung nach dem Ausbau des Wohlfahrtsstaats für die Familien, so Sneeringer. Die DDP sah in der Frau weiterhin die Bewahrerin des Haushalts und forderte demokratische Sachlichkeit, das Zentrum agierte mit Idealen von Christlichkeit, Familie und Moral, die DNVP bemühte das Bild der ordnungsliebenden sentimental Frau, während die Unabhängigen Sozialdemokraten und auch die KPD die permanenten Vokabeln von Kampf, bürgerlicher Unterdrückung und wirtschaftlicher Revolutionierung zum ökonomischen Wohl der Familie nicht allzu erfolgreich in weibliche Wählerstimmen umsetzen konnten. Die DVP schaffte es nicht, sich eindeutig gegenüber den Frauen zu positionieren, und vertrat keine spezifische Frauenpolitik. Das war vermutlich auch eine Ursache dafür, warum die Partei in ihren Wahlergebnissen langfristig keine gewichtigen Erfolge erzielen konnte.

Beim Zentrum hingegen führte die Frauenpolitik zu einem mehrheitlich weiblichen Wähleranteil. Auch die DNVP hatte einen sehr hohen weiblichen Wähleranteil zu verzeichnen und ergänzte das Familienideal sehr früh mit dem Konzept der ›Volksgemeinschaft‹ und des ›Volkskörpers‹, gepaart mit einer entsprechenden semantischen Erweiterung durch Antisemitismus und rassistische Reinheitspropaganda. Am auffälligsten ist jedoch die NSDAP, in deren Propaganda die Rolle der Frau vor allem eine biologisch-mütterliche und im Haushalt sinnstiftende war. Mit modernem Geschlechterverständnis hatte dies nicht viel zu tun. Die NSDAP bemühte sich sehr spät um die Frauen und erst in den Wahlen 1932, so Sneeringer, wirkte sich das auch auf das Wahlergebnis aus. Die Charakterisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse als Bürgerkrieg und die eindeutige Selbstdarstellung als aus den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen erlösende Kraft brachten den Nationalsozialisten entsprechende Wahlerfolge. Die Erfolge der NSDAP blieben für Sneeringer – den Studien von Childers folgend – jedoch klassen- und religionspezifisch auf protestantische Frauen beschränkt, die nicht mehrheitlich aus dem Arbeiterlager stammten.⁶⁴

Politische Mobilisierung von Frauen im Zeichen eines protestantisch-konservativen Nationalismus fand im Kaiserreich über karitative Bemühungen außerhalb der Parteien in Verbänden und kirchlichen Institutionen statt. Andrea Süchting-Hänger hat sich in ihrer Dissertation des schwierigen Verhältnisses von politischem Engagement konservativer Frauen zwischen Jahrhundertwende und 1937 angenommen und beschreibt die weltanschaulichen Gemeinsamkeiten zwischen konservativen Parteien und konservativen Frauenorganisationen. Es geht ihr aber auch um die organisatorischen Kompetenzstreitigkeiten und Auseinandersetzungen um Zugangschancen von Frauen vor allem in der Weimarer Republik.⁶⁵ Arbeiten zu diesem Themenfeld sind in den letzten Jahren verstärkt vorgelegt worden, vor allem Christiane Streubel hat für die Weimarer Republik eine wichtige Studie verfasst, die zwischen ›neuer Ideengeschichte‹ und Geschlechtergeschichte vermittelt.

64 Vgl. ders., *The Nazi Voter. The Social Foundations of Fascism in Germany 1919–1933*, Chapel Hill 1983.

65 Andrea Süchting-Hänger, *Das »Gewissen der Nation«*. Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen 1900–1937 (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 59), Droste Verlag, Düsseldorf 2002, 440 S., geb., 39,90 €

Mit diesem Ansatz zeichnet sie den Eintritt von Frauen in das rechte Lager als »Neulinge« mit vielfältigen Diskurs- und Weltanschauungsbeständen sowie »diversen Loyalitätsbeständen« aus dem Kaiserreich beeindruckend nach.⁶⁶

Streubel konzentriert sich in ihren personen- und institutionsbezogenen Abschnitten auf den »Ring nationaler Frauen«, den Ring-Kreis, deutschnationale Politikerinnen und den »völkischen Flügel« der DNVP, aber auch auf die Diskussionen in der alldeutsch geprägten »Deutschen Zeitung« und der »Deutschen Frau«. In ihrer Studie bezieht sich Süchting-Hänger indessen vor allem auf die konservativen Frauenorganisationen, die sich politisch bei der DNVP beheimatet fühlten. Sie beschreibt die politisch aktiven Frauen sozialgeschichtlich vornehmlich als Angehörige der protestantischen, bürgerlichen Mittel- und Oberschichten sowie des Adels, geboren zwischen den 1850er und 1890er Jahren und mit regionaler Herkunft vornehmlich aus Preußen, Thüringen, Sachsen und den norddeutschen Bundesstaaten. Die Definition des Konservatismus wird hier in Abgrenzung zum Parteibegriff benutzt (S. 5), jedoch bleibt die einleitende Theoriediskussion etwas ungenau, wenn gleichzeitig »die schematische Trennung von einem alten konservativen und einem neuen völkischen oder revolutionären Nationalismus« dabei hinterfragt werden soll (S. 7), um »das Nebeneinander von traditionellen und neuen Ideen in der Politik konservativer Frauen« herauszuarbeiten. Die Autorin möchte ihre Studie zudem als Beitrag zur Diskussion um die politische Kultur der Weimarer Republik als »Zusammenspiel fragmentierter Teilkulturen« verstanden wissen (S. 4).⁶⁷

Süchting-Hänger geht es um den langen Entwicklungsprozess konservativen Engagements im Kaiserreich im Diskursgefüge von »Frauenfrage« und »Fundamentalpolitisierung« anhand der großen Frauenorganisationen wie des Vaterländischen Frauenvereins, des Deutsch-Evangelischen Frauenbunds und der Frauenhilfe. Die organisatorischen Wurzeln des Engagements lagen tief im 19. Jahrhundert, als sich die ersten Vereine wie der »Frauenverein zum Wohl des Vaterlands« 1813 gründeten und aus Traditionen des Patriotismus während der Befreiungskriege und der Fürsorgehilfe des Roten Kreuzes schöpften.

Die Nationalliberale Partei tat sich mit der Integration der Frauen auch nach dem liberalisierenden Reichsvereinsgesetz von 1908 schwer, und es waren vor allem die außerparlamentarischen nationalistischen Vereine, die leichter die Frauen organisierten. Unterstützt von Nationalliberalen und Deutsch-Konservativen, fanden sich Frauen 1909 zum Deutschen Frauenbund zusammen, der sich, entsprechend dem Nestor und Vorstandsmitglied des Alldeutschen Verbands, Eduard von Liebert, der Flottenverstärkung und dem Wehrausbau verschrieb. Die Emanzipationsfrage der Frauenintegration in die konservativen Parteien ging einher, so Süchting-Hänger, mit der Radikalisierung der politischen Auseinandersetzungen, die mit dem Wahlsieg der Sozialdemokraten 1912 auch bei den Deutsch-Konservativen Vorbehalte aufbrach und schließlich 1913 zur Gründung der Vereinigung Konservativer Frauen führte. Der Erste Weltkrieg wirkte nicht minder als »Katalysator der Politisierung« (S. 90). Versorgung der verwundeten Soldaten, freiwilliges Einbeziehen in die Hilfsdienstgesetzgebung und der Einsatz von Krankenschwestern in

66 Vgl. Ulla Baumann, *Protestantismus und Frauenemanzipation 1850–1920*, Frankfurt am Main 1992; Ute Planert (Hrsg.), *Nation, Politik und Geschlecht. Frauenbewegungen und Nationalismus in der Moderne*, Frankfurt am Main/New York 2000; Lora Wildenthal, *German Women for Empire 1884–1942*, Durham/London 2001; Christiane Streubel, *Radikale Nationalistinnen. Agitation und Programmatik rechter Frauen in der Weimarer Republik*, Frankfurt am Main 2006.

67 Vgl. Detlev Lehnert/Klaus Megerle, *Identitäts- und Konsensprobleme in einer fragmentierten Gesellschaft. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik*, in: Dirk Berg-Schlosser/Joachim Schissler (Hrsg.), *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven*, Opladen 1987, S. 80–95.

der Etappe ermöglichten Süchting-Hänger zufolge einen größeren Rahmen für öffentliches Engagement, das auch durch die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei 1917 im Lager der Befürworter eines ›Siegfriedens‹ Frauen explizit mit einband.

Diese Politisierung der Frauen und ihrer Organisationen ging nach 1918 in die Richtung der DNVP, die als Sammlungspartei der restaurativen Kräfte des Kaiserreichs auch die konservativen Frauenvereine weltanschaulich an sich binden konnte. Die Frauen und die Arbeiterschaft waren die sozialen Rekrutierungsfelder, auf die nun auch die Konservativen zugehen mussten, um nicht gänzlich in der Geschichte verharren zu müssen. Der Ausgang dieser Diskussionen ist im Nachhinein klar zu erkennen: Man entschied sich eher für die Frauen als für die Arbeiter. Antisemitismus und Diskurselemente der »Unbesiegbarkeit« Deutschlands, aber auch des monarchischen Gedankens erlaubten eine weltanschauliche Radikalisierung, die auch die organisierten konservativen Frauen erfasste. Das neue Frauenwahlrecht traf die konservativen Frauen unvorbereitet, nicht zuletzt weil man sich erst Wochen zuvor dagegen ausgesprochen hatte. Der schnell anstehende Wahlkampf für die erste Nationalversammlung im Januar 1919 verhalf der DNVP mit den Frauenvereinen zu einer »gewaltigen Mobilisierungsarbeit« (S. 134) zusammen mit der protestantischen Kirche, indem man sich auf monarchische Ordnung, Wehrpflicht und autoritären Staat berief.

Der Vaterländische Frauenverein, in dem die ehemalige Kronprinzessin Cecilie, beraten von dem DNVP-Vorsitzenden Oskar Hergt, eine wachsende Rolle spielte, verfügte bereits 1920 über mehr als 770.000 Mitglieder. Das Spektrum des Frauenkonservatismus veränderte sich beständig, als 1923 der Königin-Luise-Bund als Verein des monarchistischen Stahlhelms über ein »Netz persönlicher Beziehungen« (S. 166) gegründet wurde. Der Einfluss von Frauen innerhalb der DNVP blieb limitiert, obwohl bereits 1922 zehn Prozent der eine Million zählenden Mitglieder Frauen waren.

Trotz der Organisationsleistung zum Beginn der Republik und der Gewogenheit gegenüber der DNVP profitierten die organisierten Frauen keineswegs von günstigen Listenplätzen bei den entscheidenden Parlamentswahlen. Die schleichende Frustration gegenüber männlicher Dominanz bei der Verteilung politischer Verantwortlichkeit innerhalb der DNVP entwich mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Hugenberg 1928, der den Frauen mehr Verantwortung zutraute. Vorbild für den neuen »pragmatische[n] Umgang« (S. 327) mit den Frauen war auch die Dynamik der NS-Bewegung, die sich auf die Jugend und die Frauen gezielt zubewegte. In das Jahr 1933 ging man dann im konservativen Lager auch zunächst mit Zuversicht, so Süchting-Hänger, jedoch mussten DNVP-Politiker konservative Vereinigungen wie den Reichsfrauenausschuss von der Akzeptanz des neuen Hitler-Kabinetts unter Hinzuziehung von Hugenberg zunächst noch überzeugen. Der organisierten Auflösung der Parteien im ersten Halbjahr 1933 folgten auch die nun von zunehmender Konkurrenz und Organisationsmängeln gezeichneten konservativen Frauenorganisationen. Während sich der Königin-Luise-Bund bereits im Mai 1933 freiwillig dem »Schutz« Adolf Hitlers unterstellte, fanden sich nach und nach die meisten Vereine in der NS-Frauenschaft wieder; das Rote Kreuz blieb jedoch ein »polykratisches Gebilde« (S. 374), und auch die protestantischen Vereine kehrten unter das Dach der Kirche zurück. In den neuen NS-Organisationen wie der NS-Volkswohlfahrt regierten jetzt die Töchter der einst in der rechten Frauenbewegung unbeachteten kleinbürgerlichen Klassen, so Süchting-Hänger.

Das Ergebnis fällt, wie könnte es auch anders sein, eher ambivalent aus, schaut man sich die Gesamtbilanz der Mobilisierung von Frauen im Umfeld der DNVP an. Die Partei habe scheitern müssen, so Süchting-Hänger, da sie nie Integrations-, sondern immer nur Honoratiorenpartei gewesen sei. Andererseits bedürfe es der Autorin zufolge einer Revision des herrschenden DNVP-Bilds, da Frauen nicht allein nur Wählerinnen für die Partei waren, sondern sowohl die Parteiprogrammatik entscheidend mitgestaltet als auch wäh-

rend des Parteivorsitzes von Hugenberg (1928–1933) immer mehr Einfluss erlangt hatten.

Dieses Bild zeichnet Raffael Scheck noch deutlicher in seiner Studie zu führenden Frauen und Strukturen von Frauenorganisationen in der DNVP und der DVP.⁶⁸ Er betont die Bereitschaft von konservativen Frauen, die verstärkte politische Mobilisierung nach 1918 mitgestalten zu wollen und sich nicht nur auf ›klassische‹ Frauenthemen wie Emanzipation oder Hausfrauenschutz reduzieren zu lassen. Das Konzept der ›Volksgemeinschaft‹ bedeutete für Frauen in der DNVP und der DVP mehr als nur ein erweitertes Familienkonzept. Es diente als weltanschauliche Grundlage zur erhofften, wenngleich hierarchisch definierten, Befriedung sozialer Konflikte. Eine höhere Moral zur Erkenntnis dieser Notwendigkeit innerhalb der Gesellschaft sei bei den konservativen Frauen ein zentrales Element ihres Wirkens gewesen, so Scheck. Christliche Wertvorstellungen und ein besorgter Blick auf die Geburtenraten strukturierten die Themen innerhalb beider Parteien, von denen sich schließlich die unterschiedlichen Konzepte für Alltagsfragen ableiteten. Generelle Unterschiedlichkeiten zwischen Mann und Frau wurden keineswegs angezweifelt, jedoch in gewisser Weise emanzipatorisch zur Grundlage der politischen Verständigung mit den Männern gebraucht, die nur allzu oft mit Schweigen, Ignoranz und Häme auf die politischen Aktivitäten der Frauen innerhalb der Partei reagierten. »Spiritual Motherhood«, so Scheck, brachte die Frauen in beiden Parteien zusammen, und mit dem Konzept von ›Volksgemeinschaft‹ wurden Anliegen und Methode einer »restrictive integration of maternalism« zur Basis weiblichen Wirkens (S. 3).

Frauen als Wähler konnten und wollten von beiden Parteien keineswegs ignoriert werden. Die Einladung zur Mitarbeit in den Parteien wurde gleich zu Beginn der Weimarer Republik an die Frauen ausgesprochen und sie entsprachen vielfach dem Aufruf. Es folgte ein Miteinander der Gewöhnung und eines »spirit of adventure, danger, and excited improvisation« (S. 24). Vor allem Bildungsbürgerinnen, auch Hausfrauen, aber vor allem Lehrerinnen stellten die wesentlichen sozialen Schichten derjenigen Frauen, die weitestgehend zwischen 1859 und 1881 geboren worden waren und somit zur Wilhelminischen und Gründerzeitgeneration gehörten, so Scheck. Der 1918 gegründete Reichsfrauenausschuss organisierte die Aktivitäten der Frauenbewegungen innerhalb der DVP und der DNVP. Eine eigene Zeitung, eigene Landes-, Kreis- und Ortsausschüsse sowie ein eigener Landesverband erlaubten eine Professionalisierung der Arbeit, die konstant ausgeweitet wurde. Die Verbindung zu mindestens einer Partei war gegeben, da die Vorsitzende der DNVP-Frauen im Reichsfrauenausschuss immer auch einen Sitz im DNVP-Ausschuss sicher hatte.

Politisch zwang das Alltagsgeschäft zur Standortbestimmung und zu interessanten, wenngleich zuweilen ambivalenten Kompromissen in dem Thema »Familie und Kinder« – den zentralen Beratungsfeldern der Frauenorganisationen für beide Parteien. Zur Frauenarbeit verhielt man sich positiv, jedoch sollte diese möglichst nicht in Konkurrenz zum Mann erreicht werden. Innerhalb der DVP gingen die Aktivistinnen bei der Frage um uneheliche Kinder davon aus, dass eine staatliche Sozialabsicherung gewährleistet sein sollte, jedoch die ehelichen Kinder ihnen gegenüber als aufgewertet betrachtet werden sollten. Religion, Moral und Moderne fanden in diesen Themen zu neuen Synthesen und öffneten langsam auch bei konservativen Frauen neue Sichtweisen. Außenpolitisch war man sich auf DNVP- und DVP-Seite in der Ablehnung von Versailles einig, pflegte fürsorgliche und organisatorische Kontakte zu »Grenzlanddeutschen«, propagierte gegen Reparationen, Ruhrbesetzung und Kriegsschuldparagrafen. Innerhalb der DNVP ging man jedoch, im Unterschied zur DVP, so Scheck, früh rassistische Wege in der Politik. ›Volksgemeinschaft‹ war hier mehr als nur soziale Befriedungsutopie, sondern bedeutete symbolisch

68 Raffael Scheck, *Mothers of the Nation. Right-Wing Women in Weimar Germany*, Oxford 2004.

vielmehr nationale Familie auf ethnischer Grundlage. Diskussionen um Volksvermehrung, Wehrhaftigkeit, Mischeheverbote, wirtschaftliche Autarkie sowie moralische Forderungen nach Antialkoholismus, Gesundheitspolitik und Jugendfürsorge sowie striktere Trennung zwischen den Geschlechtern in der Schule führten zu restriktiven Gesetzesinitiativen.

Auf lokaler Ebene spielten charismatische Frauen beim Erfolg der Ortsgruppengründung, der Netzwerkorganisation und der Mobilisierung eine große Rolle. Traditionelle Bilder vom Kuchenessen und Teetrinken sollten hier keineswegs unterschätzt werden, da solche Geselligkeitsformen nicht nur bei Frauen kleinbürgerliche Idylle widerspiegeln, sondern Vergemeinschaftungsgrundlage für politische Diskussionen setzten, die bei ihren männlichen Kollegen in Parteien und Verbänden ähnlich über Bier und Zigarette strukturiert waren. Diese »maternal roles« spielten eine zentrale Rolle bei der Verbindung von politischer Meinung der einzelnen Frauen sowie ihrer sozialer Mobilisierung und gesellschaftlichen Akzeptanz in Partei und Gesellschaft. Die Bindung an die eigene Partei blieb länger relevant, verglichen mit den Männern, so Scheck, wenngleich ab 1930 auch die Fragmentierung der konservativen Frauenverbände einsetzte und viele Frauen zu den NSDAP-Organisationen überliefen.

Scheck widerspricht aber trotzdem implizit der These von Richard Evans, nach der vor allem die bürgerlichen Mitglieder des Bunds Deutscher Frauen seit Beginn der Republik beständig dem radikalen Lager der späteren NS-Bewegung zugearbeitet und schließlich mehr als bereitwillig die Fronten gewechselt hätten.⁶⁹ Vielmehr hätte, so Scheck, innerhalb der DVP vor allem Solidarität zur offiziellen Parteilinie, sich an die NSDAP anzunähern, dazu geführt, dass öffentliche Kritik nicht geäußert wurde. Das Frauenbild der Nationalsozialisten wurde als anti-emanzipatorisch und unterdrückend wahrgenommen, und die Frauen der DVP teilten auch den eliminatorischen NS-Rassismus weit weniger. Nicht zuletzt war der säkular-propagandistische Zugang zu den »Massen« aufgrund religiöser Vorstellungen von individuellem Zugang zu Gott für die DVP-Frauen unverständlich. Innerhalb der DNVP war der Zustrom zur NSDAP größer und das Ende der Weimarer Republik 1933 wurde zunächst bejubelt. Aber spätestens nach den Märzahlen desselben Jahres wurde man sich der Radikalität der NS-Bewegung klar, als sich auch Hugenberg endgültig von seinen Überlegungen einer Zählung verabschiedete und schließlich das Kabinett verließ. Konservative Frauen, so Scheck, haben Hitler also insgesamt ebenso unterschätzt wie ihre männlichen Parteikollegen (S. 174).

VIII. BIOGRAFIEN UND GENERATIONALITÄT

Das langfristige Zusammenwirken von sozialen Dispositionen, weltanschaulichen Überzeugungen, sinnstiftendem Handeln und politischem Wirken wird auch im Genre der Biografie für die Zeit der Weimarer Republik analysiert, das seit der Wiederentdeckung von Individualität in den 1970er Jahren und nach dem »cultural turn« seit den 1980er Jahren erfolgreich seinen methodischen Platz im Kanon der Geschichtswissenschaft behauptet hat.⁷⁰

69 Vgl. *Richard J. Evans*, *The Feminist Movement in Germany 1894–1933*, London/Beverly Hills 1976.

70 Vgl. *Peter Jelavich*, »Die Welt würde die Bücher nicht fassen, die zu schreiben wären«. Geschichte zwischen Logos und Logorrhoe, in: *Martin Baumeister/Moritz Föllmer/Phillip Müller* (Hrsg.), *Die Kunst der Geschichte. Historiographie, Ästhetik, Geschichte*, Göttingen 2009, S. 13–28; *Thomas Etzemüller*, Die Form »Biographie« als Modus der Geschichtsschreibung. Überlegungen zum Thema Biographie im Nationalsozialismus, in: *Michael Ruck/Karl Heinrich Pohl* (Hrsg.), *Regionen im Nationalsozialismus*, Bielefeld 2003, S. 71–90; *Marcus Funck/Stephan Malinowski*, *Geschichte von oben. Autobiographien als Quelle einer Sozial- und Kultur-*

Stefan Frech hat mit seiner beeindruckend quellennahen Biografie des Mitgründers des Alldeutschen Verbands, Verlegers und nationalsozialistischen Oberbürgermeisters von Essen, Theodor Reismann-Grone (1863–1949), einen gewichtigen Beitrag zur anhaltenden Diskussion geleistet, inwieweit die radikalen Nationalisten des Kaiserreichs nicht nur weltanschaulich, sondern auch politisch den Nationalsozialismus mitzugestalten suchten und somit »Wegbereiter Hitlers« waren.⁷¹ Die politische Nähe zur Oppositionsrolle der NSDAP seitens der DNVP, des Stahlhelms, des Alldeutschen Verbands oder auch der anderen agrarischen sowie kolonial- und auslandsdeutschen Vereine verzerrte lange Jahre das ambivalente Bild der alten Eliten, die sich oftmals zwischen eifriger Anpassung, politischem Radikalismus, aber auch Skepsis und Abscheu gegenüber politischen Zielen und vor allem Mitteln der NS-Bewegung bewegten. Der Fall Reismann-Grone lässt ebenfalls ein berechtigtes Fragezeichen im Titel »Wegbereiter Hitlers?« zu, jedoch hier vor allem aufgrund der »ablehnenden Unterstützung« durch das NS-Regime, die zu einer ambivalenten Karriere Reismann-Grones nach 1933 führte. Die neueren Ansätze zur Generationsforschung, aber auch die Gegenkritik zur »Sonderwegs«-These mit der Betonung von historischer Offenheit legen den Grundstein für die Studie von Frech.

Aus katholisch-liberalem Hause mit Eltern aus dem Wirtschaftsbürgertum stammend, gehörte Reismann-Grone zu jenen Vertretern der »wilhelminischen Generation«, die durch den Politisierungsschub der Reichseinigung von 1871 geprägt waren. Ähnlich wie bei den beiden führenden Alldeutschen Heinrich Claß (1868–1953) und Alfred Hugenberg (1865–1951) bestimmte ein verändertes national-liberales Politikverständnis die jüngere Gründergeneration des Alldeutschen Verbands, die sich zunehmend den Lehren Heinrich von Treitschkes zuwandte und die Gestaltbarkeit von Politik mit Bismarcks Blut-und-Eisen-Rhetorik verband. Die Reichseinigung war auch für Reismann-Grone der Beginn und nicht das saturierte Ende deutscher Nationalstaatsgründung, die eben auch koloniale und mitteleuropäische Reichsbildung sein sollte. Während der frühen biografischen Erfahrung des Kulturkampfes zu Schulzeiten legte Reismann-Grone seinen katholischen Glauben weitgehend ab, gab seine Konfession zuweilen mit »evangelisch« an und trat schließlich 1929 aus der katholischen Kirche aus. Nach dem Studium von Staatsrecht, Geschichte und Italienisch in Berlin, an der Sorbonne und an der University of London intensivierten Kontakte zu Wirtschaftsgrößen wie Emil Kirdorf oder Friedrich Alfred Krupp sein Interesse an der nationalen und protektionistischen Verbindung von Wirtschaft und Politik, was seine Ablehnung von Sozialdemokratie, Juden, Jesuiten und katholischem Zentrum verstärkte.

In den Anfangsjahren des Alldeutschen Verbands zielte Reismann-Grone mit alldeutschen Vertretern des »abgesplitterten Deutschtums« (S. 98), so Frech, auf ein mitteleuropäisches Großreich, dessen Durchsetzung durch Pressebeeinflussung und Meinungslenkung auf die Zusammenführung mit Deutschschweizern, Flamen und Niederländern gerichtet war. Die politische Nähe zu den Arbeitern wollte Reismann-Grone durch vielfältig

geschichte des deutschen Adels in Kaiserreich und Weimarer Republik, in: *Historische Anthropologie* 7, 1999, S. 236–270; Ulrike Jureit/Michael Wildt (Hrsg.), *Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs*, Hamburg 2005; Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert*, München 2003; Volker Berghahn/Simone Lässig (Hrsg.), *Biography between Structure and Agency. Central European Lives in International Historiography*, New York 2009; Simone Lässig, *Die historische Biographie auf neuen Wegen?*, in: *GWU* 60, 2009, S. 540–553; Larry E. Jones, *Generational Conflict and the Problem of Political Mobilization in the Weimar Republic*, in: *ders./James Retallack* (Hrsg.), *Elections, Mass Politics, and Social Change in Modern Germany. New Perspectives*, Cambridge, MA 1992, S. 347–370.

71 Stefan Frech, *Wegbereiter Hitlers? Theodor Reismann-Grone. Ein völkischer Nationalist (1863–1949)*, Ferdinand Schoeningh Verlag, Paderborn/München etc. 2009, 463 S., geb., 58,00 €

von ihm angestoßene Ortsgruppen Gründungen des Alldeutschen Verbands im Ruhrgebiet umgesetzt sehen, der schließlich zu einem »Volksverein« werden sollte. »Volk« hieß hier jedoch explizit »Rassegemeinschaft« unter Ausschluss von Juden und im Rahmen einer »Diktatur des Bürgertums«. Sozialdarwinistische Grundüberzeugungen verbreitete Reismann-Grone in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung (RWZ), die er seit 1895 als Chefredakteur leitete.

Frech macht deutlich, dass Reismann-Grone mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs begann, seine politischen Aktivitäten dezidiert umzusetzen. Persönliche Auseinandersetzungen mit Claß über die Bedeutung des Vielvölkerstaats Österreich-Ungarn, dessen Zusammenbruch Reismann-Grone als notwendig kommen sah, führten 1915 zu seinem Austritt aus dem Alldeutschen Verband. Der Untergang des Kaiserreichs stellte für ihn einen notwendigen Schnitt dar, den er zunächst als einen Lernprozess für das gebildete Bürgertum begriff. Die als unrühmlich wahrgenommene Flucht des Kaisers ins Exil nach Doorn machte für ihn die monarchische Staatsform für die Nachkriegszeit unmöglich.⁷² Trotzdem griff Reismann-Grone mit den in seinen Pressediensten zusammengeschlossenen Tageszeitungen die Republik frontal an und hoffte auf einen neuen nationalen Aufstieg aus dem Geist des Kriegs. Mit dem Putsch vom November 1923 schwenkte Reismann-Grone in seiner Unterstützung zur NSDAP um. Er sah in einem politischen Zusammengehen von NSDAP und DNVP den Ausweg aus der nationalen Krise. Nach einem persönlichen Treffen mit Hitler 1930 zog Reismann-Grone aus dem Eindruck von Hitlers begrenztem Intellekt die folgenreiche und irrierte Schlussfolgerung, dass man den NSDAP-Führer erziehen und somit lenken könne.

Die Machtübernahme 1933 begrüßte man in der RWZ entsprechend, und Reismann-Grone bewies wie viele andere »alte« Nationalisten aus dem Kaiserreich durch frühe fördernde Mitgliedschaft der SS sympathisierende Nähe. Im April 1933 wurde ihm das Amt des Oberbürgermeisters von Essen angetragen. Langjährige Schärfungen der eigenen Weltanschauung wurden jetzt in praktische Politik umgesetzt. Noch kompromissloser als die verabschiedeten Rassegesetze des NS-Regimes entfernte Reismann-Grone Juden aus öffentlichen Ämtern. Parteigünstlinge und Emporkömmlinge ließ er allerdings bei Ämtervergaben außen vor, was ihn vermutlich auch seine Stellung kostete: Eine undurchsichtige Steueraffäre aufgrund eines Teiltransfers von Verkaufsgeldern seiner Firma 1929 in die Niederlande konnte 1937 nur durch höchste Interventionen bei Hitler, Hermann Göring und Goebbels gegen den Preis der Amtsaufgabe eingestellt werden. Reismann-Grone biederte sich nach der Besetzung der Niederlande und des Angriffs auf Belgien vergeblich als beratender Politiker an. In der Folgezeit bemühte er sich um die Rehabilitation seines Rufs, dichtete Heldenepen und kam schließlich unbehelligt im Nachkriegsdeutschland an, als er 1947 durch das Entnazifizierungsverfahren freigesprochen wurde.

Den Fall Reismann-Grone verortet Frech abschließend in einer gedankenreichen Zusammenführung von ähnlichen politischen Lebenswegen, wie denen der alldeutschen Verleger Walter Bacmeister und Julius F. Lehmann, des alldeutschen Kolonialenthusiasten Eduard von Liebert, des ehemals alldeutschen Publizisten Graf Ernst zu Reventlow oder des Ruhrindustriellen Kirdorf, die einen frühen Weg zur NSDAP fanden. Im Grunde erlebten fast alle von ihnen eine Zurücksetzung ihres Einflusses, als eine jüngere nationalsozialistische »Frontgeneration« den Staat radikaler umzubauen versuchte. Auch Claß wurde 1936 mit Konzentrationslager gedroht, Hugenberg zwar finanziell gut entschädigt, aber von seinem UfA-Unternehmen entmachtet. Letztlich, so Frech, war Reismann-Grone einer der wenigen ehemals alldeutschen Politiker, die aufgrund der frühen Sympathie zur NS-Bewegung nach 1933 zunächst mitgestalten konnten.

⁷² Vgl. auch *Martin Kohlrausch*, *Der Monarch im Skandal. Die Logik der Massenmedien und die Transformation der wilhelminischen Monarchie*, Berlin 2005.

Bei dem Mitglied des Alldeutschen Verbands und engen Vertrauten Hugenbergs, Otto Schmidt(-Hannover) (1888–1971), sahen die Einflussmöglichkeiten nicht wesentlich anders aus. In seiner Dissertation bringt Maximilian Terhalle auf breiter Quellengrundlage Licht in diese politische Biografie.⁷³ Nach einer knappen Einleitung zur frühen Biografie Schmidt(-Hannovers) vom Pastorenhaus über die Kriegsakademie und Offizierslaufbahn bis zur Verwendung beim Oberbefehlshaber Ost im Ersten Weltkrieg konzentriert sich Terhalle auf den politischen Fortgang des Lebenswegs von Schmidt(-Hannover) vor allem für die Zeit von 1924/25 bis 1933. Als Angehöriger der sogenannten »Frontgeneration« erfasste Schmidt(-Hannover) die antirepublikanische Politisierung bereits in den letzten Zügen des Ersten Weltkriegs hautnah, als er wegen militärischer Verhandlungen um den Friedensschluss von Brest-Litowsk die Wirkungen der Revolution in Moskau miterlebte. Nach der Novemberrevolution in Deutschland war Schmidt(-Hannover) seit Anfang 1919 für die DNVP, den Stahlhelm und andere vaterländische Verbände tätig. Die außerparlamentarischen nationalistischen Verbände waren für ihn die »eigentlichen Quellen staatlicher Legitimation«, so Terhalle, weil die soziale Bindekraft über sozioökonomische Klassenlagen hinaus wirke (S. 74). Die DNVP blieb hier als politisches Instrument im Parlament für die republikfeindliche Verbandslandschaft der politischen Rechte gedacht. Schmidt(-Hannover) erstritt sich sein Reichtagsmandat 1924. Er wollte eine starke deutschnationale Oppositionspartei, die seine weltanschaulichen Programmpunkte vertreten sollte: scharfe außenpolitische Opposition gegen Frankreich, Forderung nach der vollständigen Wiederherstellung der deutschen Wehrhaftigkeit, Amnestie für politische Gefangene im Hinblick auf den Kapp-Putsch von 1920, Ablehnung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, des Dawes- und des Young-Plans zur Reparationszahlung durch Deutschland sowie Bekenntnis zu einer Judenfeindschaft, die Terhalle jedoch als »zeitübliche Form des bürgerlichen Antisemitismus« umschreibt (S. 155).

Trotz dieser antirepublikanischen, antisemitischen und revisionistischen Politik blieb Schmidt(-Hannover) nationalistischer Realpolitiker. Die »ungleiche Partnerschaft« (S. 264) zwischen DNVP, Stahlhelm und NSDAP wurde durch informelle Gespräche mit Hitler auf Hugenbergs Gut in Rohbraken und mit Hilfe von Schmidt(-Hannover) geschaffen. Das Zusammengehen wurde zu einem »völligen Desaster« (S. 283), so Terhalle. Die Praxis der Machtausübung von DNVP und NSDAP nach der Regierungsbildung 1933 und die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 5. März 1933, die eine parlamentarische Mehrheit der NSDAP brachte, machten auch dem letzten Deutschnationalen klar, dass das gemeinsame Kabinett keine langfristige Zukunft hatte. Nachdem Schmidt(-Hannover) für die Reichstagsbrandverordnung gestimmt hatte, dachte er gleichzeitig an eine Verhinderung einer geheimen Staatspolizei unter Beibehaltung der freien Meinungsäußerung. Was für Schmidt(-Hannover) während des NS-Regimes nicht mehr hinnehmbar war, galt auch für andere, sukzessive in ihrem Einfluss beschnittene, deutschnationale und national-konservative Zeitgenossen: Er ging im Mai 1933 in Kur, da er schon geraume Zeit aufgrund eines Herznervenleidens geschwächt war. Gesundheitliche Gründe, so Terhalle, ließen ihn schließlich 1941 nach Sylt umziehen, wo er in der frühen Bundesrepublik wieder aktiv wurde, die Konservative Partei 1946 mitgründete, für den Bundestag kandidierte und als Bürgervorsteher in Westerland wirkte.

Für einen der wichtigsten Konservativen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, Kuno Graf von Westarp (1864–1945), gestaltete sich die eigene politische Biografie aufgrund generationeller Prägungen anders. Das Verhältnis zwischen »preußischem Konservatismus« und deutschnationalen Annäherungen an den Nationalsozialismus war bei Westarp von einer eigentümlichen Hingabe an klassische Stilelemente des Konservatis-

73 Maximilian Terhalle, *Deutschnational in Weimar. Die politische Biographie des Reichstagsabgeordneten Otto Schmidt(-Hannover) 1888–1971*, Böhlau Verlag, Köln/Weimar etc. 2009, 449 S., kart., 49,90 €

mus geprägt. Der nach einer Stuttgarter Tagung im Jahr 2004 durch Larry Eugene Jones und Wolfram Pyta edierte Sammelband zum Politikverständnis von Westarp hat den Anspruch, das Selbstverständnis des wohl »einflußreichste[n] konservative[n] Parteipolitiker[s] in Deutschland im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts« (S. 1) zu untersuchen, das sich in seinem Ausspruch »Ich bin der letzte Preuße« wirksam zu bündeln schien.⁷⁴

Westarp ist als Fraktionsvorsitzender der Deutsch-Konservativen Partei (1913–1918) und als Partei- und Fraktionsvorsitzender der DNVP (1919–1928/29) einer der politischen Akteure, die ein Interesse an der Anpassungsfähigkeit des organisierten Parteienkonservatismus beim Übergang vom Kaiserreich zum Ende der Weimarer Republik mehr als rechtfertigen. Die politischen Herausforderungen wogen schwer, genauso wie der 1938 vor Südafrika aus dem Meer gefischte Quastenflosser, den Stephan Malinowski idealtypisch als metaphorisches Vergleichsobjekt für Westarp anführt. Demnach sei der Konservative ähnlich wie sein animalisches Gegenbild für die Evolutionsbiologie als »missing link« innerhalb der politischen Adelforschung zu verstehen: »eine etwas schwerfällige Gruppe, die weiterhin in konservativen Gewässern schwamm, sich jedoch trotz Knochenplattenbildung den nationalsozialistischen Landmassen fernhielt, ein Adel, der dem Leviathan nah bleibt und sich daran beteiligt, den Behemoth in Schach zu halten« (S. 11). Westarp war also eine Ausnahme innerhalb des deutschen Adels, der sich trotz Sympathien seines sozialen Stands zum Nationalsozialismus aufgrund seiner Juristenausbildung, seiner Leidenschaft für politisches Verhandeln und eines unerschütterlichen Hohenzollern-Monarchismus eine größere Distanz bewahrte, ohne gänzlich frei von antisemitischer Weltanschauung und einiger Bewunderung für das politisch Erreichte der NS-Bewegung nach 1933 zu sein.

James Retallack zeichnet anhand des Briefwechsels zwischen Westarp und Ernst von Heydebrand und der Lasa die politischen Unterschiede der beiden konservativen Politiker in seinem Beitrag nach, die auch durch generationelle Prägungen zu erklären sind: Zwischen dem Geburtsjahr beider Politiker lagen dreizehn Jahre. Konnte sich Westarp letztlich auch nicht mit einer weiteren Öffnung der DNVP für Jugendbewegung und Frauenorganisationen anfreunden, was vor allem Kirsten Heinsohn in ihrem Beitrag zur konservativen Frauenbewegung deutlich macht, so ging Westarp doch sichtlich offenere Wege im Vergleich zu Heydebrand. Die Erfahrung eines politischen »Zweifronten-Krieges« (S. 45), in dem sich die Deutsch-Konservativen gegen die Regierung Bethmann Hollweg, aber auch gegen den radikalen Annexionismus des Alldeutschen Verbands befanden, schien das selbstbewusste und unabhängige Wirken Westarps zu begründen, während es Heydebrand mit all seinen Reservierungen gegenüber neuen Formen politischen Handelns daran noch mangelte.

Larry Jones stellt Westarps Wirken und Scheitern innerhalb der DNVP in den weiteren Zusammenhang einer »Krise des deutschen Konservatismus in der Weimarer Republik« (S. 109). Mit dem Zusammenbruch des Kaiserreichs, so Jones, begann eine Phase der Verbannung Westarps aus den ersten Reihen der konservativen Führung. Konflikte um Form und Inhalt des DNVP-Parteiprogramms zogen sich bis 1920 hin, jedoch konnte Westarp »die Ideen und Werte des preußischen Konservatismus« (S. 115) bindend verankern helfen. Trotz seiner unerbittlichen Bekämpfung jeglicher Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten blieb der Bruch mit dem völkischen Flügel der Partei 1922 nicht aus, als sich die Deutschvölkische Freiheitspartei als Abspaltung gründete. Die Regierungsbeteiligungen der DNVP brachten nach Einschätzung von Jones gerade mit dem vierten Kabinett Marx von 1927 bis 1928 den »Höhepunkt der parlamentarischen Karriere Westarps« (S. 127 f.). Jedoch führte das enttäuschende Wahlergebnis 1928 zu erneuten Flügelkämpfen, bis Hugenberg vom alldeutsch-radikalen Flügel zum Parteivorsitzenden gewählt wur-

74 Larry E. Jones/Wolfram Pyta (Hrsg.), »Ich bin der letzte Preuße«. Der politische Lebensweg des konservativen Politikers Kuno Graf von Westarp (1864–1945) (Stuttgarter historische Forschungen, Bd. 3), Böhlau Verlag, Köln/Weimar etc. 2006, 221 S., geb., 29,90 €

de. Jones beschreibt nachdrücklich, wie Westarp zwar Fraktionsvorsitzender der DNVP blieb und eine anfänglich wohlwollende Kooperation mit Hugenberg im Zuge der Anti-Young-Plan-Kampagne noch zwischen beiden vermitteln konnte, es jedoch letztlich zum Bruch über taktische Meinungsverschiedenheiten kam, die Hugenbergs Radikalismus für Westarp nicht mehr tragbar machten. 1930 trat Westarp mit 30 Mitgliedern aus der DNVP aus und gründete die Konservative Volkspartei (KVP), die jedoch »ein kaum zu verschleiender Mißerfolg« (S. 141) gewesen sei, so Jones. Westarps Ende als Berufspolitiker wurde 1932 besiegelt durch das schwache Wahlresultat der KVP und sein Scheitern beim Versuch, in den preußischen Landtag gewählt zu werden. Dieses Scheitern steht daher für ausgereizte Anpassungsfähigkeit und Integrationskraft des politischen Konservatismus. Barry Jackisch verweist in seinem Beitrag auf die internen Auseinandersetzungen und die folgende »Parteikrise« im Zuge der Diskussionen um die Außenpolitik Stresemanns vor allem während des Locarno-Abkommens, das für die Regierungspartei DNVP »die höchste Hürde« (S. 153) war, die man zu nehmen hatte, und zu Oppositionskämpfen auf radikaler Seite und schließlich zum Nachgeben gegenüber der Rechten führte.

Westarp hatte sich aber nicht nur internen Parteiauseinandersetzungen zu stellen. Wolfram Pyta erklärt das Verhältnis zu dem 17 Jahre älteren Hindenburg. Hier, so Pyta, wird deutlich, wie sich die Enttäuschung Westarps über Hindenburgs Politik generell in der »bitteren Erkenntnis« preußischer Konservativer niederschlug, »dass Hindenburg nicht der politische Seelenverwandte gewesen ist, als den man ihn 1914 mit offenen Armen empfangen« hatte (S. 164). Vor allem Westarps Ansatz des Erblegitimus der preußischen Hohenzollern-Monarchie deckte sich keineswegs mit dem von Pyta in Anlehnung an Max Webers Unterscheidung von Machttypen betonten charismatischen Führungsstil, den Hindenburg in aller »Volkstümlichkeit« auf das Konzept der »Volksgemeinschaft« hin ausgeübt habe.⁷⁵

Der folgende NS-Staat, so Karl J. Mayer, schloss in Westarps Augen als »Drittes Reich« nicht an das Zweite an. Zu sehr stand der revolutionäre Charakter der NS-Bewegung dem organischen Gesamtheitsmodell preußischer Erbmonarchie entgegen, blieb Westarp die Einbeziehung der Arbeiter, der Frauen und der Jugend suspekt, war die Gewalt auf der Straße nicht mit seinem Politikstil vereinbar. Widerstand verbat sich jedoch aufgrund seiner staatsloyalen Haltung, so Mayer.

Die politischen Strömungen des Konservatismus und Liberalismus sind gerade beim Übergang vom 19. Jahrhundert in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts vielfältigen Umbrüchen, Anpassungsleistungen und Herausforderungen durch Nationalismus und Sozialismus unterworfen gewesen. Axel Kellmann stellt mit seiner Dissertation Anton Erkelenz (1878–1945) in einer wichtigen Biografie vor, um den wechselvollen Weg dieses liberalen Gewerkschaftsfunktionärs aus dem Kaiserreich hin zum politischen Liberalismus der Weimarer Republik und schließlich in die Reihen der Sozialdemokratie nachzuzeichnen.⁷⁶

Kellmann bietet eine ereignisreiche und lesenswerte Biografie zu einem der interessantesten Gewerkschaftsfunktionäre des Kaiserreichs, den das kontinuierliche Bemühen um Versöhnung von Staat, Arbeitgeber und Arbeiterschaft über viele politische Stationen führte. Somit kann die Biografie auch als Studie zum politischen Wandel des Liberalis-

75 Vgl. Wolfram Pyta, *Hindenburg. Zwischen Hohenzollern und Hitler*, München 2007; vgl. *Jesko von Hoegen*, *Der Held von Tannenberg. Genese und Funktion des Hindenburg-Mythos*, Köln/Weimar etc. 2007; vgl. die zuletzt erschienene Studie, die Hindenburg umfassend in seiner symbolischen Ikonografie seit dem Ersten Weltkrieg untersucht und die Mobilisierung des Generalfeldmarschalls der ehemaligen Obersten Heeresleitung als rechtskonservativen Mythos gerade im Hinblick auf die Machtübernahme der Nationalsozialisten sehr gut aufbereitet: *Anna von der Goltz*, *Hindenburg. Power, Myth and the Rise of the Nazis*, Oxford 2009.

76 *Axel Kellmann*, *Anton Erkelenz. Ein Sozialliberaler im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, LIT Verlag, Münster 2007, 245 S., kart., 24,90 €

mus zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus gelesen werden, der im Fall von Erkelenz vom Sozialliberalismus hin zur Sozialdemokratie führte. Der politische Anfangspunkt von Erkelenz' Lebensweg schien wiederum andere Erwartungshaltungen in sich zu bergen, sofern man dem sozial-moralischen Milieuansatz von M. Rainer Lepsius folgt, so Kellmann.⁷⁷ Denn eigentlich hätte Erkelenz Zentrumsolitiker werden müssen, da er in eine katholische Handwerkerfamilie in Neuss hineingeboren wurde. Doch nach Volksschule und Schlosserlehre ging er in eine Düsseldorfer Maschinenfabrik und trat 1897 in den Gewerkverein der deutschen Maschinenbauer und Metallarbeiter ein, die größte Einzelorganisation des Verbands der Deutschen Gewerkvereine.

Für Erkelenz waren die Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Arbeitern keine grundlegenden Konfliktkonstellationen, sondern vielmehr Interessengegensätze, die durch Gewerkvereine in Kompromissen vermittelt werden könnten. Mit seinem Eintritt in die Freisinnige Vereinigung 1904 intensivierte Erkelenz seine Zusammenarbeit mit Friedrich Naumann und Theodor Barth. Damit verband sich der Glaube an die Reformierbarkeit des Kaiserreichs auf der Grundlage einer sozialreformerischen Synthese von Liberalismus, Individuum und Staat. Erkelenz wollte jedoch nicht nur die Distanz zur Arbeiterschaft verkürzen, so Kellmann, sondern auch den Liberalismus durch die Einbeziehung der Arbeiter erneuern. Seine Funktion als Arbeitersekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine (1907–1912) bestärkte ihn in seinem Anliegen für den Aufbau einer liberalen Arbeiterbewegung. Liberalismus fungierte hier als Fortschrittsideologie, die sich selbst von der Vertretung des neuen aufstrebenden vierten Stands, unter Berücksichtigung der älteren benachteiligten Schichten, nicht ausnehmen könne. »Hurra-Patriotismus« schien Erkelenz nicht zu beeindrucken und die Bezugsgröße »Nation« verstand er als integratives Modell, das alle sozialen Klassen und kulturellen Milieus einschloss. Die Institution des Militärs für den Einsatz zur Landesverteidigung kritisierte er jedoch ebenso wenig, wie er die kaiserreichliche Ordnung aufgrund der sozialstaatlichen Impulse insgesamt für reformfähig und weiter demokratisierbar hielt.

Der Zusammenschluss der Freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei zur Fortschrittlichen Volkspartei im Jahr 1910 ließ Erkelenz auf eine größere Wirksamkeit unter den Arbeitern hoffen, die er verstärkt als Parlamentskandidaten gewinnen wollte. Er selbst unterlag als Wahlkandidat bei den Reichstagswahlen 1912 und forderte organisatorische Reformen innerhalb des organisierten Liberalismus. Als Beispiel für eine verhaltene Reformfähigkeit des »Fortschritts« führt Kellmann den im selben Jahr gegründeten »Reichsverein« als Vermittlungsinstanz für liberale Arbeiter an, die den Weg in die Partei noch nicht gingen, jedoch eine verbindlichere Organisationsform suchten. Kellmann erwähnt den beschränkten Mobilisierungserfolg von 5.000 Mitgliedern um 1912 und führt als Erklärungsmoment »Mechanismen der liberalen Honoratiorenpolitik« an (S. 64). Damit betritt der Autor jedoch ein Terrain, das im Hinblick auf vergleichbare Thesen der Reformunfähigkeit und der »Manipulation von oben« von sich neu formierenden außerparlamentarischen Vereinen (vor allem Alldeutscher Verband, Deutscher Flottenverein, organisierte Kolonialbewegung, Bund der Landwirte, Ostmarkenverein) durch traditionelle Machteliten der konservativen und national-liberalen Parteien im Kaiserreich umstritten diskutiert wurde.⁷⁸ Hier hätte ein zentrales

77 Vgl. Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur; vgl. für die Erweiterung um ein national-protestantisches Lager Karl Rohe, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992, S. 19–29 und 98–121; zur generellen Einschätzung des Milieu-Ansatzes siehe zuletzt Kolb, Die Weimarer Republik, S. 187–189; sowie auch Ewald Frie, Das Deutsche Kaiserreich, Darmstadt 2004, S. 94–108.

78 Siehe dazu stellvertretend Geoff Eley, Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck, 2. Aufl., Ann Arbor 1991 (zuerst 1980); Roger Chickering,

Erklärungsmoment für Erkelenz' Enttäuschung liegen können, dass eine »freiheitlich-nationale Mitte als innovative Kraft in der Reichspolitik« nicht erreicht wurde (S. 65), sofern die These von der starren Honoratiorenpolitik für die Liberalen stimmen sollte. Dies wird aber nicht näher ausgeführt. Vielmehr verweist Kellmann auf die schwierige Integrationskraft des Liberalismus für die verschiedenen ideologischen Lager und auf zuweilen persönliche Rivalitäten und Machtkämpfe, die gerade auch in der Weimarer Republik zutage traten.

Kellmann betont, dass diese Entwicklung bereits während des Ersten Weltkriegs stattfand, als sich ab 1917 die Linksliberalen verstärkt für die Abschaffung beziehungsweise Reform des preußischen Herrenhauses aussprachen. Erkelenz folgte in diesen Auseinandersetzungen einem »pragmatischen Politikverständnis« (S. 70), sprach sich gegen die Abschaffung der Monarchie aus und warnte vor überhöhten Reformervorgängen, ohne jedoch den republikanischen Gedanken gänzlich aufzugeben. Nach der Novemberrevolution wollte sich die DDP zunächst vor allem gegen die Linke abgrenzen. Nachdem Erkelenz bei der Gründung der Partei in Düsseldorf wesentlich beteiligt gewesen war, ging er 1919 für seinen Wahlkreis in die Weimarer Nationalversammlung und versuchte auf der Grundlage der Regierungsbeteiligung der DDP zusammen mit dem Zentrum und der SPD, linksliberale Politik gegenüber revolutionär-sozialistischer Politik durchzusetzen. Die Unterzeichnung des Versailler Vertrags, die Rätebewegung oder Umsturzversuche wie der Kapp-Putsch 1920 belasteten die Regierungspolitik und führten zu Richtungskämpfen und ideologischen Auseinandersetzungen. Aufgrund der Ablehnung des Friedensvertrags verließ die DDP im Mai 1919 die Regierung, war aber vom Oktober 1919 an bis zu den Präsidialkabinetten seit 1932 mit Ausnahme des Kabinetts von Marx 1927/28 durchgängig in der Regierung vertreten.

Die grundlegenden Spannungen zwischen linkem und rechtem Flügel der DDP blieben weiterhin bestehen und mit dem Parteivorsitz (1921–1929) fiel Erkelenz die Aufgabe der Integration beider Flügel zu. Seit 1920 verlor die DDP Wähler aus dem liberalen Lager an die DVP Gustav Stresemanns, seit 1924 auch an die DNVP und ab 1928 an die Wirtschaftspartei. Wie genau jedoch Erkelenz dem sichtlichen Erfolgsverlust der Partei in den Jahren der »Normalisierung« von 1923 bis 1928 entgegenzutreten gedachte, wird bei Kellmann nicht immer deutlich. Die erneute Wahlniederlage 1928 und parteiinterne Auseinandersetzungen um eine Straffung der Parteileitung, wie sie Erich Koch-Weser forderte, führten schließlich zu der Entmachtung von Erkelenz. Er trat in die SPD ein, nachdem kurz nach der Reichstagsauflösung im Juli 1930 Koch-Weser und Hermann Dietrich zusammen mit anderen Mitgliedern der DDP und der Volksnationalen Reichsvereinigung um Artur Mahraun vom Jungdeutschen Orden die Deutsche Staatspartei gegründet hatten. Gremienpolitisch hielt sich Erkelenz nun zurück und kommentierte als Journalist das Geschehen. Für den Wahlkampf im Juni 1932 trat er für ein Zusammengehen von SPD und KPD und somit für den »Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront« ein.

Was von Erkelenz bleibt, betrachtet Kellmann abschließend nüchtern: Die Wirkungskraft des Sozialliberalismus sei bereits vor dem Ersten Weltkrieg für die Gewinnung der Arbeitermassen nicht ausreichend gewesen und auch nach der Novemberrevolution hätten sozialliberale Positionen nur bis 1920 als »Überlebensversicherung gegen eine sozialistische Revolution« für das Bürgertum dienen können (S. 217). Die »Agonie des Libe-

We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League 1884–1914, Boston 1984; *James Retallack*, *Notables of the Right. The Conservative Party and Political Mobilization in Germany 1867–1918*, London/Sydney etc. 1988; *Wolfgang Mock*, »Manipulation von oben« oder »Selbstorganisation an der Basis«? Einige neuere Aufsätze der englischen Historiographie zur Geschichte des deutschen Kaiserreichs, in: *HZ* Bd. 232, 1981, S. 358–375; *Axel Griesmer*, *Massenverbände und Massenparteien im wilhelminischen Reich. Zum Wandel der Wahlkultur 1903–1912*, Düsseldorf 2000.

ralismus« sei seit der Übernahme des Parteivorsitzes von Erkelenz ohnehin unaufhaltsam gewesen, letztlich sei ihm die Einflussmöglichkeit während seines Vorsitzes schlichtweg versagt geblieben.

Festzuhalten bleibt, dass das grundlegende Konzept des Sozialliberalismus, zwischen Individualismus und Freiheit sowie sozialem Ausgleich und kollektivistischer Interessenorganisation zu vermitteln, gerade im Zeichen verstärkter politischer Radikalisierung der Politikentwürfe zwischen 1918 und 1933 aufgerieben wurde. Kellmann erwähnt, wie beispielsweise Erkelenz' Ansatz einer Entstaatlichung der Sozialpolitik seit den 1920er Jahren einen »Konfrontationskurs zum Zeitgeist« bedeutete (S. 182). Eine Gesamteinschätzung im Vergleich zu konkurrierenden Politikentwürfen hätte jedoch vorausgesetzt, dass man den »Sozialliberalismus« in einen weiteren kultur- und ideengeschichtlichen Zusammenhang von Politik in der Weimarer Republik gestellt hätte. Dann wäre der Unterschied zu Friedrich Naumann beispielsweise anders ausgefallen, und Kellmann hätte nicht zu sehr auf die sozialliberale Seite von Naumann, sondern vielmehr auf die liberale Position unter Einschluss der Sozialdemokratie verweisen müssen.

Eine biografisch-ideengeschichtliche Einordnung ist für den Liberalen Theodor Heuss (1884–1963) mit der mehrbändigen »Stuttgarter Ausgabe« seiner Briefe, Reden, Schriften und Gespräche beabsichtigt. Die von Michael Dorrman gründlich und detailreich kommentierte Edition von 229 der 1.100 überlieferten, zumeist unveröffentlichten Heuss-Briefen aus der Zeit der Weimarer Republik bietet in ihrer Zusammenschau eine fragmentarische Biografie: Sie beschreibt Heuss' Mitarbeit in der Geschäftsstelle des Deutschen Werkbunds, seine Schriftleitertätigkeit bei der »Deutschen Politik«, seine erste politische Arbeit für die DDP 1918, seine Herausgeberschaft der »Hilfe«, die erneute Wahl in den Reichstag für die Deutsche Staatspartei (DStP) und schließlich die Aberkennung der Dozentur an der Deutschen Hochschule für Politik 1933.⁷⁹ Für Dorrman ist die Biografie von Heuss vornehmlich durch seine politische Bürgerlichkeit und seine Sensibilisierung für die »soziale Frage« um die Integration der Arbeiterschaft gekennzeichnet. Die Netzwerke und Kontakte aus dieser Zeit ermöglichten ihm einen beruflichen Wechsel von der Chefredaktion der »Neckar-Zeitung« in Heilbronn nach Berlin; und somit nach einer erfolglosen Kandidatur für den württembergischen Landtag noch 1912 in das politische Leben der Hauptstadt. Politik als Berufung, so Dorrman, war bei Heuss die entscheidende Motivation: Er wollte agieren und aufgrund seines breiten Bildungshintergrunds als »Generalist« aufgestellt und in die parteipolitische Auseinandersetzung geschickt werden (S. 34).

Überrascht von der Novemberrevolution verstand Heuss die neuen politischen Wirkungsmöglichkeiten in der Demokratie als Chance, die er mit seinem journalistischen, akademischen und politischen Engagement zu nutzen gedachte. Die zur Herausbildung einer liberaldemokratischen Elite eingerichtete private Deutsche Hochschule für Politik wollte er als »Staatsbürgerschule« verstanden wissen. Auch für Heuss war der parteipolitische Weg mit Hindernissen und Umwegen gepflastert. Nach zunächst erfolglosen Kandidaturen für die Verfassungsgebende Nationalversammlung 1919 und für den ersten Reichstag 1920 gelangte er schließlich 1924 für die DDP in das Parlament. Die weitere Kandidatur für den Reichstag 1928 blieb jedoch erneut erfolglos. Nach der Wahl zum Vorstandsmitglied der DDP im Oktober 1929 zog Heuss 1930 für die DStP abermals in das Parlament ein. Dorrman weist hier auf die mangelnde Unterstützung für Heuss in seinem württembergischen Landesverband der DDP hin, wo er wie andernorts als wenig »ministrabel« gehandelt wurde (S. 32). Das politische Wirken blieb Heuss auch in der Weimarer Republik nach dem Tod seines »geistigen Vaters« Naumann, der im August 1919 starb, zentrales Anliegen, das er als »Weiterführung« von Naumanns liberalem Werk

79 Michael Dorrman (Hrsg.), Theodor Heuss. Bürger der Weimarer Republik. Briefe 1918–1933 (Stuttgarter Ausgabe, Briefe, Bd. 2), Saur Verlag, München 2008, 631 S., geb., 39,80 €

sehen wollte, wie er seinem Doktorvater Lujo Brentano 1919 schrieb (S. 130). Die Demokratie sei jedoch erst in ihren Anfangsjahren, so Heuss noch 1930.

Die Einschätzung der politischen Rechten war wie bei vielen Liberalen durch Verken- nung und falsche Hoffnungen getrübt. Heuss unterschätzte zwar nicht die antirepublika- nische Strömung innerhalb der DNVP, die mit dem Parteivorsitz von Hugenberg 1928 auch offiziell zur radikalen Leitlinie erhoben wurde. Er bewertete jedoch, wie so manche seiner Zeitgenossen, die Bedingungslosigkeit der NS-Bewegung falsch, als er mit der Wahl im Juli 1932 der NSDAP eine Machtübernahme nicht mehr zutraute. Der Aufstieg Hitlers machte ihm zwar »schon Angst wegen des Stils«. Allerdings erhoffte auch Heuss in den letzten Jahren der Republik eine »Lähmung« Hitlers durch das Kabinett Kurt von Schleichers, und dass sich die »Hitlerei« Ende 1932 »nicht mehr erholen« werde.⁸⁰ 1936 trat Heuss von der Herausgeberschaft der »Hilfe« zurück und konnte 1937 sein lang ver- folgtes Projekt einer Biografie über Friedrich Naumann beenden und den Band veröffent- lichen.⁸¹

IX. SOZIOPOLITISCHE EXKLUSIONSIDEOLOGIEN UND VÖLKISCHE RADIKALISIERUNG

Die oben besprochenen Biografien über Theodor Reismann-Grone und Otto Schmitt(-Han- nover) haben bereits aufgezeigt, dass das Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und alldeutschen Bewegungen aus der Zeit des Kaiserreichs von der Geschichtswissenschaft zu oft in verkürzter Perspektive betrachtet wurde; häufig gelten die in Augenschein zu nehmenden Organisationen noch immer als direkte Vorläufer zur NS-Bewegung und als eindeutige Profiteure der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933. Das Ver- hältnis zwischen beiden Bewegungen scheint jedoch komplexer und auch ambivalenter gewesen zu sein und ein ideen- und kulturgeschichtliches Herangehen erlaubt vor allem die Herausarbeitung generationeller Unterschiede, die für gegenseitige Konkurrenz und auch Ablehnung entscheidend waren.

Der Begriff »völkische Bewegung« wurde in den letzten Jahren verstärkt nicht nur von der Geschichtswissenschaft analytisch zu fassen versucht. Auch soziologische Ansätze zur Begriffsklärung liegen zur Diskussion vor, die vor allem Stefan Breuer ausgearbeitet hat.⁸² Mit seiner neuesten Synthese zu »den Völkischen« im Kaiserreich und in der Wei- marer Republik legt Breuer eine Ergänzung seiner Überlegungen vor.⁸³ Er konzentriert sich bei seiner ideengeschichtlichen Analyse auf Vereine, Verbände und Parteien wie den Alldeutschen Verband, den Deutschbund, den Bund der Landwirte, den Reichs-Hammer- bund, die Antisemitismusparteien des frühen Kaiserreichs, die Bodenreformbewegungen, den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, die Deutschvölkische Freiheitspartei, die DNVP und die NSDAP. Diese Organisationen dienen jedoch bei Breuer oftmals nur als institutionelle Ausdrucksformen für völkische Strömungen, die dort Eingang gefunden haben.

Breuer stellt einleitend heraus, dass man bei einer Gesamtdarstellung zu »den Völki- schen« nur mit einer klaren Zielvorgabe agieren könne, und die liege im Fluchtpunkt der

80 Zitate ebd.: Heuss an Elly Heuss-Knapp, 28.9.1930, S. 388, und Heuss an Albert Hopf, 17.12. 1932, S. 532.

81 *Theodor Heuss*, Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, Stuttgart/Berlin 1937; vgl. *Ulrich Baumgärtner*, Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, Stuttgart 2001.

82 Siehe vor allem *Stefan Breuer*, Grundpositionen der deutschen Rechten 1871–1945, Tübingen 1999; *ders.*, Ordnungen der Ungleichheit – Die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871– 1945, Darmstadt 2001.

83 *Stefan Breuer*, Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik, Wissen- schaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2008, 294 S., geb., 49,90 €

Erklärung begründet, dass jede völkische Denktradition sich auf den Nationalsozialismus beziehen müsse (S. 7). Eine solch klare Ausgangsposition wirkt zunächst beeindruckend, engt aber mehr ein, als dass man aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive uneingeschränkt zustimmen möchte. Einerseits wirkt das ambitionierte Kategorienraster von Breuer gerade für »die Völkischen« im Kaiserreich als der Inkubationszeit für Vereine eines kulturellen Nationalismus und völkisch-rassischer Denkströmungen sehr ideenreich. Allerdings bindet der soziologische Blick andererseits die hohe Interpretationsoffenheit aller Kategorien einer möglichen völkischen Weltanschauung, wie ethnische Zugehörigkeit, kulturelle Homogenisierung oder »Schicksals- und Stammesgemeinschaft«, nicht immer überzeugend in die Zukunftsentwürfe der Völkischen ein, obwohl sich der Autor eben jener Offenheit der Diskurse bewusst ist. Er verwirft überraschenderweise auch jeglichen Ansatz, der die Völkischen aus der Perspektive von Religion und sogar von Weltanschauung verstehen lernen will. Somit schreibt er einen Gegenentwurf zu Uwe Puschners gelangener Synthese zu den Völkischen, die Puschner, wie auch Breuer, als »völkische Bewegung« benannt sehen will, um die ideologische Vielfältigkeit und organisatorische Dynamik der Strömungen zu kennzeichnen.⁸⁴ Hatte Puschner Sprache, Rasse und Religion als wesentliche ideologische Gravitationszentren einer »völkischen Bewegung« herausgestellt, so möchte Breuer die verschiedenen Organisationen »differential-analytisch« ordnen.

Was dies genau heißt, bleibt nicht so sehr durch Breuers Strukturierung der Kapitel im Verborgenen. Hier ist für das Kaiserreich unter anderem von drei interessanten »Interferenzen« (Kolonialbewegung und Alldeutsche, Kultur- und Lebensreform, Rassenhygiene-Bewegung) die Rede und man lernt weitere Unterscheidungen völkischer Ideologie wie »Proletaroider Existentialismus« und »Völkischer Existentialismus«. Vielmehr scheint das Bemühen, streng soziologisch zu argumentieren und sich unter anderem auf Ulrich Becks Ansatz der »reflexiven Moderne« und Max Webers Konzept der »Gesinnungsgemeinschaft« zu beziehen, für Breuers Unternehmen zuweilen widersprüchliche Argumente bereitzuhalten.⁸⁵ Breuer möchte darauf aufmerksam machen, dass »die Völkischen« keineswegs mit dem Begriff des »Kulturpessimismus« allein zu greifen seien, sondern vielmehr die Folgen sowie die Chancen der Bewältigung der »zweiten Modernisierung« ambivalent beurteilten. Diese Einsicht ist nun weniger überraschend als die Anwendung von Becks Ansatz der »reflexiven Modernisierung« der »Postmoderne« auf das Kaiserreich. Breuer geht von einem Niedergang der bürgerlichen Lebensform aus und betont neue »analytisch-kombinatorische« anstelle »synthetisch-harmonisierender« Denkfiguren bei den völkisch denkenden Vertretern des Bürgertums. Hier stellt Breuer nun infolge sozioökonomischer und kultureller Umbrüche eine »Mittelstandsbewegung« in das Zentrum. Er benennt jedoch den »neuen Mittelstand« ebenso wie Kapitalbesitzer als Gewinner der globalisierten Modernisierung der Wirtschaft, schließt daher den »neuen Mittelstand« sowie die Arbeiterschaft weitgehend als Klientel »der Völkischen« aus. Vielmehr konstatiert er eine gestalterische Zuversicht innerhalb des Mittelstands, die sich in organischen Auffassungen von Staat und Gesellschaft ausdrückte (S. 13–17). Sozialhistorisch lässt sich die Mitgliedschaft in nationalistischen Verbänden wie dem Alldeutschen Verband aber sehr wohl für die Mitglieder des »neuen Mittelstands« und der neuen freien Berufe (etwa Apotheker, Juristen, Architekten) neben dem Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum belegen. Da Breuer den Alldeutschen Verband als Auffangbecken für Völkische anführt (S. 61–67), bleibt die These von der Attraktivitätsresistenz des Mittelstands in Bezug auf völkische Organisationen unvermittelt stehen.

84 Uwe Puschner, *Sprache – Rasse – Religion. Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich*, Darmstadt 2001.

85 Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, hrsg. von Johannes Winckelmann, 5., rev. Aufl., Tübingen 1976; Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main 1986.

Des Weiteren geht Breuer von einem erfolgten Zusammenschluss »der Völkischen« zu »Gesinnungsgemeinschaften« aus, die in Anlehnung an Weber bestimmt seien durch einen »bewußten Glauben an den – ethischen, ästhetischen, religiösen oder wie auch immer sonst zu deutenden – unbedingten Eigenwert eines bestimmten Sichverhaltens rein als solchen und unabhängig vom Erfolg« (S. 20). Inwiefern vor diesem Hintergrund Breuers These von der »gescheiterten Milieubindung« (S. 140–144) für »die Völkischen« trägt, scheint zumindest überdenkenswert, wenn sie nicht sogar widersprüchlich ist. Nur weil das völkische Ideenkonglomerat kurzfristige Anleihen bei den Konservativen und den Liberalen nahm, schließt das keine Einbettung völkischer und nationalistischer Organisationen in längere Traditionen politischer Strömungen aus. Führende Mitglieder des Alldeutschen Verbands beispielsweise stellten sich ganz bewusst in den Traditionszusammenhang eines nationalen Liberalismus, wie die beiden Vorsitzenden Ernst Hasse und Heinrich Claß sowie der Mitgründer des Verbands Hugenberg.

Die analytische Herausforderung sollte daher weniger im Konstatieren des ewigen Scheiterns liegen – angesichts einer vielfältigen Auffächerung jener Bewegung und eines vermeintlichen Überholtwerdens durch eine radikalere, jüngere und entschiedener wirkende nationalsozialistische Bewegung. Vielmehr gilt es genau herauszuarbeiten, inwiefern »völkisch« im Kaiserreich bereits auf »nationalsozialistisch« in Weimar verwies und in welcher Hinsicht eben nicht. Breuer wagt dahingehend in dem äußerst spannenden Kapitel zum »Proletaroiden Existentialismus« einen personenzentrierten Ansatz, indem er für ausgewählte völkische Intellektuelle wie Ludwig Schemann, Houston Stewart Chamberlain, Adolf Bartels, Otto Glagau oder Bernhard Förster das oftmalige biografische Scheitern auf akademischen Karrierewegen, deren räumliche Außenseiterstellung in der kleinstädtischen und ländlichen Provinz sowie die vereinzelte Flucht in exotische Ersatzwelten wie Südamerika oder Afrika herausstellt. Diese sozialen Dispositionen und geistigen Werthaltungen lassen sich sicherlich nicht bei allen Vertretern der völkischen Bewegung finden. Ein systematischer Vergleich zu ähnlich gelagerten Existenzängsten, Berufsversagen und Aufstiegsansprüchen unter den Vordenkern der nationalsozialistischen Bewegung hätte jedoch so manche Parallelen hervorgebracht. Stattdessen endet Breuer mit der abrupten Feststellung, dass jener »eigentümliche Überschuß über ihre mittelstandsideologische und sozialprotektionistische Basisprogrammatik« lediglich ein »Unruhemoment in die völkische Bewegung« gebracht habe (S. 131). Inwieweit solche Unruhe jedoch gerade den Kern der völkischen Suche nach kultureller und sozialer Synthese ausmache, bleibt im Verborgenen.

Wenn sich also »die Völkischen« nur auf die Machtübernahme der Nationalsozialisten definieren lassen sollen, kann man ohne genaue Analysen von Überschneidungen oder Ablehnungen hinsichtlich politischem Stil und generationellem Habitus sowie ideologischer und praktischer Einbeziehung der ›Massen‹ in eine oftmals verschiedenartig imaginierte ›Volksgemeinschaft‹ nicht auskommen. Es bleibt also fraglich, wie die völkische Bewegung nach Breuer weder milieubindend erfolgreich sein konnte, noch ideologisch originär habe denken können, und doch schließlich entscheidend mit dem nationalsozialistischen Aufstieg in Beziehung gesetzt werden kann.

Insofern steht Breuers Buch zu »den Völkischen« hinter seinen vorherigen Publikationen gleichsam etwas zurück, als er beispielsweise noch 2001 das Ordnungskonzept der Ungleichheiten für die gesamte Rechte von 1871 bis 1945 als grundsätzlich verbindende Weltanschauungsidee anführte. Mit sicherer Hand hatte Breuer dieses Ordnungskonzept der Ungleichheiten auch auf die Handlungsfelder innere und äußere politische Herrschaft, Wirtschaft und Soziales, Bevölkerung und Familie, Kultur und Zivilisation sowie auf die Diskurselemente Antisemitismus, Blut und Boden, Volk/Nation und Kultur angewendet.⁸⁶

86 Breuer, Ordnungen der Ungleichheit.

Ein solch stringenter Analyserahmen versprach überzeugendere Erklärungsansätze als die nun vorliegende und um eine eher chronologische Erzählung bemühte Darstellung. In jedem Fall stehen Breuers methodische Überlegungen jedoch im Zentrum der Debatten um die Auseinandersetzung mit der völkischen Bewegung, die durch seine Darstellungen zweifelsohne bereichert werden und an denen man nicht vorbeigehen dürfen wird.

Alexandra Gerstner versucht in ihrer ambitionierten wie gelungenen Dissertation⁸⁷ eine Ideenanalyse der beiden Begriffe »Adel« und »Aristokratie«, die zwischen Jahrhundertwende und Nationalsozialismus sowohl gesellschaftliche Ordnungsdiskurse wie auch Selbstbilder von »kulturellen Eliten« bestimmten. Den Vorstellungen von völkischer Neuordnung im Hinblick auf kulturelle, moralische und rassistische Erneuerungs- und Züchtungsmodelle nach aristokratischen Leitlinien widmete sich auch bereits Breuer. Jedoch hat Gerstner eine genauere Fallstudie zur Vergleichbarkeit von Aristokratie- und Adelskonzepten vorgelegt, die sich auf fünf Personen bezieht, um somit die »sozio-politische Relevanz« der Adelskonzepte im Rahmen der als »neue Ideengeschichte« verhandelten Geschichtsanalyse zu untersuchen.

Gerstner konzentriert sich erstens auf die vielfältigen Elitekonzeptionen des national-liberalen und deutschdemokratischen Unternehmers Walter Rathenau (1867–1922), zweitens auf den völkischen Genealogen und antisemitischen Rassisten Bernhard Koerner (1875–1952), drittens auf den pazifistischen und sozialistischen Publizisten Kurt Hiller (1885–1972), viertens auf den »konservativen Revolutionär« und antisemitischen Redenschreiber Franz von Papens, Edgar Julius Jung (1894–1934), und fünftens auf den christlich-sozialen Gründer der Paneuropa-Bewegung als Abwehrgemeinschaft zu Amerika, Ostasien und Russland, Richard N. Coudenhove-Kalergi (1894–1972). Gerstners Darstellung beginnt mit einer einführenden historischen Diskussion um Adel und Führungserwartungen von Houston Stewart Chamberlain, Ludwig Schemann und Arthur Comte de Gobineau, reicht also bis in das 18. Jahrhundert zurück und geht somit über den angekündigten Titel hinaus. Mit der Auswahl der fünf Protagonisten hat Gerstner unterschiedliche weltanschauliche Lager vereint und auch verschiedene generationelle Jahrgänge von 1867 bis 1894 erfasst. Zudem geht sie mit der Konzentration auf Adelsvorstellungen über Studien zu Zivilisations- und Modernisierungskritik um die Jahrhundertwende hinaus, wie sie beispielsweise von Thomas Rohkrämer auch unter Einbezug Rathenaus vorliegen.⁸⁸ Damit reiht Gerstner sich mit der Untersuchung zur Adelssemantik in die Reihe derjenigen ein, welche die zeitgenössischen bürgerlichen Krisenvorstellungen auch als Überwindungsbemühen in eine »andere Moderne« interpretieren.

Wie sehr sich »aristokratische Modelle« gerade für die Umbruchszeit um 1900 in bürgerlichen Kreisen als Anspruchsformulierung von traditioneller Macht zu eignen scheinen und somit Adels- vor allem Bürgerlichkeitsdiskurse waren, weist Gerstner für die kaiserreichliche Erfahrung beschleunigter Veränderungen nach. Der Ruf nach einem Führer wurde mit der Kriegserfahrung und dem Wegfall traditioneller Herrschaftsstrukturen seit 1918 lauter. Die immer wiederkehrenden Diskursmotive tatkräftigen Gestaltungswillens, zweckgerichteten Lebens, männlichen Heroismus' und radikaler Neuordnung durch gezieltes Schaffen sowie des Willens zur Macht beschrieben vornehmlich eine Kritik am zeitgenössischen Adel, der sich angesichts vermeintlicher moralischer oder genetischer Degeneration nur noch durch ein aufzuweckendes Bürgertum retten oder neu schaffen lasse. »Adel« meinte vor allem zunächst geistige Führung von »Massen«, gegen die es sich abzugrenzen gelte und die auch politisch durch Elitenauslese statt demokratischer Mitbe-

87 *Alexandra Gerstner*, Neuer Adel. Aristokratische Elitekonzeptionen zwischen Jahrhundertwende und Nationalsozialismus, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2008, 590 S., geb., 79,90 €

88 *Thomas Rohkrämer*, Eine andere Moderne? Zivilisationskritik, Natur und Technik in Deutschland 1880–1930, Paderborn/München etc. 1999.

stimmung eingegrenzt werden müssten. Die Suggestivität von Adelszugehörigkeit als »Seinsbegriff« stand immer im Gegensatz zum bürgerlichen »Leistungsbegriff« (S. 33). Dieser Gegensatz sollte wiederholt infrage gestellt und weiterentwickelt werden. Daher werden nach ausführlichen biografischen Vorstellungen der fünf Hauptakteure thematische Kapitel angeboten, die sich mit den Konzepten »Rassenadel«, »Der Neu-Adlige als Tatmensch« sowie mit politischen Modellen von adliger Herrschaft auseinandersetzen bis hin zu wiederum genauen Einzelstudien der fünf Weltanschauungen von Rathenau bis Coudenhove-Kalergi.

Gerstner führt überzeugend die gemeinsamen Grundstrukturen der fünf Adelsdiskurse zusammen. Sie betont die grundlegende utopische Struktur der Entwürfe, die weltanschauliche Teilung entlang Ordnungen sozialer, sittlicher, rassenbiologischer Ungleichheit und das Streben nach gesellschaftlicher Harmonie durch soziale Hierarchie. Gemeinsam war allen Adelsdiskursen eine biologistische und eine geistig-moralische Komponente, so Gerstner, während die Argumentationsführung bei den Vordenkern des Adelsdiskurses im Hinblick auf das Ersetzen oder das Ergänzen des Adels durch das Bürgertum uneindeutiger wird. Einig hingegen schien man sich bei der Ablehnung des letzten Kaisers gewesen zu sein. Hier erledigte sich das Konzept der Erbmonarchie bei allen spätestens nach der Kaiserflucht 1918 oder mündete in eine Synthese von »Volkskaisertum« und Monarchiekritik. Eine gänzliche Demokratisierung fand ähnlich skeptische und ablehnende Haltungen, sei es wie bei Rathenau durch die Befürwortung von Räten oder Fachparlamenten oder, wie bei Jung, durch ein System indirekter Wahlen für einen ständestaatlichen Aufbau, der in der Weimarer Republik mit der Einrichtung einer Aristokratischen Kammer erreicht werden sollte. Der antidemokratische und antiparteiliche Effekt dieser Adelsdiskutanten war nach Gerstner ein »Symptom für die Krisenerfahrung des frühen 20. Jahrhunderts und als diskursives Experimentierfeld für die gesellschaftliche Verortung der modernen Sozialfigur des Intellektuellen« zu verstehen (S. 539).⁸⁹

Wie der eigentliche Adel auf den Nationalsozialismus und dessen Vorläufertraditionen reagierte und diese selbst hervorbrachte, dem geht Stefan Malinowski in seiner bereits zum Standardwerk avancierten Untersuchung zum sozialen Niedergang und zur politischen Radikalisierung des Adels zwischen Kaiserreich und »Drittem Reich« nach.⁹⁰ Die verzerrte Wahrnehmung des zeitgenössischen Adels, der mit Franz von Papen und Kurt von Schleicher einerseits Hitler 1933 an die Macht brachte und andererseits schließlich im 20. Juli 1944 die Welt vom Nationalsozialismus befreien wollte, entspricht kaum den langfristigen völkisch-elitären Diktaturvorstellungen des deutschen Adels. Die eigene »selektive Erinnerung« der Adligen tat ihr Übriges. Malinowskis Darstellung ist der klassischen Bielefelder »Strukturgeschichte« entgegengestellt und orientiert sich nach Selbstauskunft an den Überlegungen der »neuen Kulturgeschichte«, die mit anthropologischem Blick »soziale Praxis« als dynamisches Handeln von Akteuren und somit als strukturbildend begreift und nicht umgekehrt (S. 28 f.). Daher agiert Malinowski in Anlehnung an die Kultursoziologie mit dem Habitus-Modell von Pierre Bourdieu, um weltanschauliche Einstellungen, soziokulturelle Sozialisationen und politisches Handeln der Akteure zu bündeln und auf die Radikalisierung hin zur NS-Bewegung zu hinterfragen.⁹¹ Der Habitus-

89 Vgl. *Vanessa Conze*, Richard Coudenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas, Gleichen/Zürich 2004; *dies.*, Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung 1920–1970, München 2007.

90 Vgl. *Stephan Malinowski*, Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat, Berlin 2003, 660 S., kart., 59,80 €

91 Vgl. *Pierre Bourdieu*, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main 2008 (zuerst frz. 1979); *ders.*, Zur Soziologie der symbolischen Formen, Frankfurt

Begriff erweist sich – natürlich als unpräziser Idealtypus – gerade für den Adel als hilfreiches Methodengerüst, da diese soziale Formation über Jahrhunderte auf Haltung, Ansehen und Wirkung geeicht war. Um dieses »adlige Kulturmodell« auf »spezifische Handlungsmotive« zu testen (S. 15), widmet sich Malinowski mit großem, aber notwendigem Arbeitsaufwand vor allem den Adelsfamilien und -verbänden, von denen die 1874 gegründete »Deutsche Adelsgenossenschaft« im Zentrum steht.

Die einleitende Definition von »Radikalisierung« überzeugt und weist einen hilfreichen Weg für weitere Studien über andere Sozialmilieus. Malinowski verweist auf die Veränderung im Denken und Handeln nach grundlegenden Systemumbrüchen, die zu einer Reduktion von komplexen sozialen Zusammenhängen führen, vereinfachte Freund-Feind-Schemata zur Weltanschauung erheben und schließlich in eine brutalisierte Sprache, emotionalisierte und gewalttätige Mittlererwägung des Handelns leiten konnten. Die damit verbundene Abnahme der »Steuerungsfähigkeit« des eigenen Handelns öffnet die Tür für eine »Selbsterstörung« der Akteure und ihrer Weltanschauungen und Lebenswelten (S. 19). Malinowski geht von einer solchen Selbsterstörung des Adels aus, der seine gewalttätige Mittlererwägung in der Nähe zum Nationalsozialismus und in der Mitgliedschaft in der NS-Bewegung bewies und nach dem Verlust der Steuerungsfähigkeit versuchte, der endgültigen Selbsterstörung 1944 teilweise noch entgegenzuwirken.

Die Vielfalt der Quellen erlaubt Malinowski eine genauere Aufschlüsselung der Fragestellung in regionale, konfessionelle, generationelle, professionelle und auf Reputation sowie Herrschaftsstand ausgerichtete Unterschiede im Hinblick auf Resistenz und Anfälligkeit der 60.000 bis 100.000 Adligen in den 1920er Jahren. Die Annäherung des Adels an das Großbürgertum und die damit vermutete Adaption radikaler Politikeinstellungen auch in Bezug zu der um die Jahrhundertwende aufkommenden völkischen Rechten wirkten hier entscheidend. In Malinowskis gelungener Beschreibung der eigenen als »natürlich« begriffenen Führungsrolle des Adels, der zunehmend seit 1900 vorgetragenen »anti-modernistischen Neuinterpretation« von »archaisch-vitalistischen« Grundmotiven wie Naturverbundenheit und Urbanitätskritik sowie der sich selbst zugeschriebenen exklusiven »rassenbiologischen Bedeutung« (S. 68 und 83) wird die Abkehr von bürgerlichen Wertidealen durch den Adel deutlich.

Haltung und Tatkraft bildeten den habituellen Grundstock für einen politischen Stil der vermeintlichen »Sachlichkeit«, der sich in seiner radikalen Durchsetzungskraft des unterschiedenen Ordners im Antisozialismus und im Antisemitismus ausdrückte. Dementsprechend hatte in den politischen Erwartungen des Adels, so Malinowski, ein durchsetzungskräftiges Führertum zu stehen. Dass mit der Flexibilität der monarchischen Institution unter dem sprunghaften Wilhelm II. eine solche Führererwartung nicht ausgefüllt werden konnte, blieb auch dem Adel spätestens seit den öffentlichen Skandalen um des Kaisers Führungskompetenz 1908 nicht verborgen. Diese Monarchenkritik wurde jedoch besonders aus bürgerlichen Kreisen öffentlich vorgetragen und aufgrund des Leistungsprinzips vom Adel nur mit skeptischem Wohlwollen rezipiert, da sich die Kritik jeder Zeit ebenso auf den Adel selbst beziehen konnte. Nationalistische Verbände wie der Ostmarkenverein, die Deutsche Kolonialgesellschaft, der Bund der Landwirte oder der Deutsche Flottenverein wirkten hier als politische Institutionen, die außerparlamentarisch Opposition üben konnten, ohne ihren Führungsanspruch in nationalistischen Diskursen zu verwerfen. Diese Verbände waren für viele Adlige oppositionelle Sozialisationsinstanzen jenseits von Parlament, Landtag und Gutsverwaltung, wo man im Kleinen Großes politisierte und sich in der politischen Verhandlung mit dem politischen Bürgertum und dem Mittelstand übte.

Die Revolution von 1918, das Ende der Monarchien in den deutschen Staaten, die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, die Begrenzung des Militärs durch den Versailler

am Main 2007 (zuerst frz. 1970); *ders.*, Die Männliche Herrschaft, Frankfurt am Main 2006 (zuerst frz. 1998).

Vertrag, der wirtschaftliche Abstieg des Kleinadels, die sozialen Folgen für die Angehörigen von knapp 4.500 gefallenen adligen Kriegsteilnehmern und die Initiierung eines Volksentscheids zur Fürstenabfindung 1926 stehen stellvertretend für den Status- und Bedeutungsverlust des Adels in der Weimarer Republik. Die Reaktionen, so Malinowski, fielen letztlich immer individuell aus. Aber Angst, Verunsicherung und Trauer öffneten den Adel für außeradlige Debatten, wie sie Gerstner zusammengefasst hat. Die Deutsche Adelsgenossenschaft, die 1925 mit 17.000 Mitgliedern als »völkische Avantgarde« innerhalb des organisierten Adels (S. 338) galt, nahm 1920 einen »Arierparagrafen« unter anderem nach Interventionen der Alldutschen Gertzlaff von Hertzberg und Leopold Freiherr von Vietinghoff auf. Eine »bayerisch-südwestdeutsche Linie« innerhalb des katholischen Lagers wandte sich jedoch gegen eine »rheinisch-westfälische Linie« innerhalb der Adelsgenossenschaft, wobei letztere Antisemitismus und eine einheitlich-geschlossene »Rechtsfront« vertrat (S. 360 und 373).

Der Übergang vom »König zum Führer« erfolgte jedoch über die neuen paramilitärischen Verbände, Freikorps, den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund und die NS-Organisationen, die Führeranspruch, militärischen Stil des Ersten Weltkriegs und entschiedenes Handeln nach 1918 für viele Adlige vereinten. Die Nationalen Clubs in den einzelnen Regionen galten als Vermittlungs- und Debattierstellen für adlige und bürgerliche Rechte, die wie beim Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund auch auf die späteren Führungskader der NS-Bewegung trafen.⁹² Die Vermittlung zwischen Hitler und Adel wurde früh durch Adlige sowie Bürgerliche in Salons und privaten Hinterzimmern hergestellt, der Weg von 1930 bis 1932 belegt die Bedeutung dieser Treffen. Die politische Zweckgemeinschaft von Elite und »Masse« blieb für den Adel weiterhin ambivalent. Ähnlich erging es ihm im NS-Regime, in dem auch die Adelsorganisationen misstrauisch überwacht und gerade deren Anpassungen an das System als opportunistisch abgewertet wurden. Malinowski spricht von »Konfliktmustern« und »realen Grenzen der Annäherung« (S. 543). Bereits seit 1930 wurde auch innerhalb der NS-Organisationen die Ablehnung gegenüber adligen Mitgliedern laut. Gerade die als neue Führungselite propagierte SS sollte hier entschieden trennen. Hitler bat daher auch den sich anbietenden Prinzen August Wilhelm, nicht der SS, sondern der SA beizutreten.

Insgesamt, so Malinowski, strebten seit den späten 1920er Jahren mit dem Adel und der NS-Bewegung zwei zuvor getrennte Lebenswelten aufeinander zu. Es war vor allem der katholische Adel aus Bayern, der sich auffällig resistent gegenüber dem NS-Regime verhielt. Am Ende ging jedoch die Mehrheit in das nationalsozialistische Lager über, auch da ein »Tory-Konservatismus« nach englischem Vorbild weitgehend fehlte, der als »kollektiv getragene Gegenlinie zum Faschismus« hätte wirken können (S. 605). Antidemokratische und nach Führung strebende Weltanschauungen, die sich bereits während des Kaiserreichs entschieden politisiert hatten, wirkten bis in die Weimarer Republik. Diese Denkstile bedingten wenn nicht in erster Linie einen Perspektivwechsel, so doch einen radikalisierten Politikstil in der Erwägung der Mittel und Allianzen.

Wie bei Rüdiger Graf bereits gesehen, hatte die Weimarer Republik begriffsgeschichtlich ihre eigenen mythischen Erzählungen, politischen Vergemeinschaftungsutopien und zeitgenössischen Deutungsangebote, deren genauere Untersuchung auf ihre jeweiligen Wirkungen auch heute noch zentrale Bedeutung hat. Das Konzept der »Volksgemeinschaft« wurde bereits in unterschiedlichen Erzählungen vor der Jahrhundertwende, aber dann vor allem seit dem Ersten Weltkrieg von der völkischen Rechten politisch und symbolisch verwendet. Die Nationalsozialisten wiederum griffen das Bild einer rassistisch, so-

92 Vgl. *Uwe Lohalm*, *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919–1923*, Lübeck 1970; *Gerhard Schulz*, *Der »Nationale Klub von 1919«* zu Berlin. Zum politischen Zerfall einer Gesellschaft, in: *ders.*, *Das Zeitalter der Gesellschaft. Aufsätze zur politischen Sozialgeschichte der Neuzeit*, München 1969, S. 299–322.

zial, wirtschaftlich und kulturell gleichen Gemeinschaftsordnung auf und wendeten es je nach politischer Situation propagandistisch vor unterschiedlichen sozialen Gruppen variabel an. Michael Wildt ist vor diesem Hintergrund bestrebt, die Bedeutungsgeschichte des Begriffs ›Volksgemeinschaft‹ auf die unmittelbare Nachkriegszeit seit 1919 zurückzuführen und schließlich den Antisemitismus als zentrale Komponente des Konzepts mit seinen praktischen Verfolgungsmechanismen vor allem in der »Provinz« bis 1939 zu untersuchen.⁹³

Methodisch orientiert sich Wildt an dem von Martin Broszat am Institut für Zeitgeschichte geleiteten und 1977 abgeschlossenen Forschungsprojekt »Widerstand und Verfolgung in Bayern«, in dem regional- und alltagsgeschichtlich vor allem von vielfältigen »Resistenzen« gegenüber dem NS-System ausgegangen wurde, welches von Zeitgenossen gerade in Bezug auf Gewalt und brutale Ausgrenzung oftmals als von außen in das Leben einwirkend betrachtet wurde. Wildt geht jedoch von einem Konsens in Bezug zur NS-Gewalt aus, wie dies auch schon in einem Oral History-Projekt von Lutz Niethammer betont wurde.⁹⁴ Hinsichtlich der frühen Durchsetzungskraft antisemitischer Exklusionen hatte bereits Frank Bajohr den sogenannten »Bäder-Antisemitismus« in ausgewählten Kurorten der Ost- und Nordsee um 1900 analysiert. Dabei hat er vor allem die sozialen wie symbolischen Ausschlussmechanismen gegenüber Juden ›vor Ort‹ in der Provinz und somit Traditionslinien eines weitverbreiteten antisemitischen Konsens' in der deutschen Gesellschaft nach 1933 herausgearbeitet.⁹⁵

Wildt betont zu Recht den propagandistischen Gehalt der Volksgemeinschaftssemantik. Jedoch möchte er die Gleichzeitigkeit von nationalsozialistischem Terror und Zwang auf der einen Seite und Wegschauen, Zuschauen, aber eben auch praktischer Selbstermächtigung auf der anderen Seite als spezifische Dynamik des Nationalsozialismus herausstellen.⁹⁶ Folgt man Wildt, so war ›Volksgemeinschaft‹ eine Zielutopie der Nationalsozialisten, die als ein fortwährender Aushandlungsprozess verstanden werden sollte, in der Tat weitgehend zu einigen half und somit den ›Rassenkrieg‹ erst ermöglichte. Denn ›Volksgemeinschaft‹ verweise auf eine gespaltene Gesellschaft, auf deren praktische wie auch emotional aufgeladene Überwindung die Propagandisten dieser Utopie hofften (S. 18). Wieweit die semantische Verfügbarkeit auch über politische Lagergrenzen hinweg zurückreicht, betont Wildt, indem er auf die Anziehungskraft des Begriffs bei unterschiedlichen Theoretikern wie Friedrich Schleiermacher, Carl von Savigny, Johann Plenge, Friedrich Naumann, aber auch bei Hugo Preuß hinweist und die »Vorstellung einer außerkonstitutionellen Einheit des Volkes« hervorhebt (S. 53). Trotz alledem war für die Liberalen ›Volksgemeinschaft‹ immer auch mit Demokratie verbunden, während auf der Seite der radikalen und revisionistischen Rechten die Bedeutung von parlamentarischer Demokratie und republikanischer Verfassung im Grundsatz bezweifelt und bekämpft wur-

93 Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919–1939*, Hamburger Edition, Hamburg 2007, 423 S., geb., 28,00 €

94 Martin Broszat/Elke Fröhlich (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit*, 6 Bde, München 1977–1983; Lutz Niethammer (Hrsg.), *Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930–1960*, 3 Bde., Bonn/Berlin 1983–1985; vgl. Michael Wildt, *Geschichte des Nationalsozialismus*, Göttingen 2008, S. 7–16.

95 Frank Bajohr, »Unser Hotel ist judenfrei«. Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2003; vgl. ders., »Arisierung« in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–1945, Hamburg 2003; ders./Dieter Pohl (Hrsg.), *Massenmord und schlechtes Gewissen. Die deutsche Bevölkerung, die NS-Regierung und der Holocaust*, Frankfurt am Main 2008; Michael Wildt/ders. (Hrsg.), *Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Geschichte des Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 2009.

96 Vgl. Raul Hilberg, *The Destruction of the European Jews*, Chicago 1961; ders., *Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der europäischen Juden 1933–1945*, Frankfurt am Main 1992.

de. ›Volksgemeinschaft‹ war somit eine kulturelle und ethnische Antithese zum universalistischen Ansatz von Demokratie und Chancengleichheit.

Wildt geht es vor allem um den nationalsozialistischen Antisemitismus als rassistischen Exklusionsmechanismus, der längere Traditionslinien aufweist. Wildt lässt diese historischen Entwicklungslinien vor allem mit der sogenannten »Juden­zählung« im Heer 1916 beginnen und verfolgt sie über die antisemitische Propaganda gegen jüdische Politiker der sozialistischen Linken, die Politik des alldeutschen Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbunds von 1919 bis 1922/23 und die ersten Ausschreitungen gegenüber die sogenannten »Ostjuden« 1923 weiter. Ab 1927 konzentrierte sich die NS-Bewegung auf die Provinz und mit den Reichstagswahlerfolgen 1930 überzog die SA mittlere und kleinere Städte mit Gewalt und Auseinandersetzungen mit politischen Gegnerorganisationen. Antisemitische Übergriffe nahmen ebenso zu und wurden von dem 1893 gegründeten »Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens« dokumentiert.

Für Wildt war die Gewalttätigkeit der Nationalsozialisten vor allem durch eine konsensuale Gewaltakzeptanz auf lokaler Ebene bei den Einwohnern möglich, die in der Weimarer Republik durch die Niederlage des Ersten Weltkriegs und eine sehnliche Führererwartung gleichsam ›von unten‹ und nicht ›von oben‹ nach 1933 Antisemitismus und Rassismus im Alltag der Gesellschaft verankerten.⁹⁷ Der »Druck von unten« (S. 120) sowie von SA und SS beförderte die antisemitischen Ausschreitungen und Boykotte, welche die Gewaltaktionen im NS-Doppelstaat als Mittel für konkretes Ordnungsdenken von klarer rassistischer Inklusion und Exklusion für die folgenden Jahre möglich machten (S. 133–137).⁹⁸ Jene Boykottaktionen von 1933 und 1938 hatten ihre Vorläufer in der Provinz vor allem zwischen 1930 und 1933. Regionale Schwerpunkte lagen hier eher in Norddeutschland als beispielsweise in Baden oder im Ruhrgebiet, so Wildt. Ob in Sandersleben in Anhalt, Schlüchtern und Gelnhausen in Hessen oder anderen Kleinstädten in Pommern und Schlesien: Für die gewalttätige Teilnahme von Bewohnern an den Ausschreitungen waren laut Wildt die Motive unterschiedlich, sie konnten von Judenfeindschaft über Ängste und Hass bis zu Neid und Habgier reichen (S. 373). Wildt betont die Praxis und nicht die Intention zur antisemitischen Tat und wirft im Grunde somit erneut die Frage auf, ob das Verhältnis von Intentionalismus und Funktionalismus im Antisemitismus des NS-Regimes klar zu bestimmen ist oder ob die Debatten sich überhaupt noch lohnen.

Die Durchsetzung der Rassengesetze, die Verdrängung von Juden aus dem Wirtschaftsleben sowie die Vernichtungspolitik verweisen einerseits auf eine radikale Umsetzung exklusiver ›Volksgemeinschaftlichkeit‹, die mit Euthanasie, Sterilisation und Krankenmord schließlich auch in ihrer biologistischen Exklusivität wirkte.⁹⁹ Andererseits bleiben die angedeutete ökonomische Verbesserung des Lebensstandards für die Industriearbeiter als Teil der ›Volksgemeinschaft‹ oder auch das Aufbrechen traditioneller Erwerbsstrukturen in der Landwirtschaft weiterhin umstritten, und daher wird die politische Wirksamkeit von Volksgemeinschaftsansätzen gerade für den Zweiten Weltkrieg in letzter Zeit erneut

97 Vgl. *Panikos Panayi*, *Life and Death in a German Town. Osnabrück from the Weimar Republic to World War II and Beyond*, London/New York 2007, und zuletzt mit gegenteiligem Ansatz *Peter Longerich*, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München 1998.

98 Vgl. *Ernst Fraenkel*, *Der Doppelstaat*, Hamburg 2001 (zuerst 1940); *Lutz Raphael*, *Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft*, in: GG 27, 2001, S. 5–40.

99 *Marie-Luise Recker*, *Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg*, München 1985; *Gisela Bock*, *Gleichheit und Differenz in der nationalsozialistischen Rassenpolitik*, in: GG 19, 1993, S. 277–310; *Winfried Süß*, *Der »Volkskörper« im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939–1945*, München 2003.

diskutiert.¹⁰⁰ Wildt hat jedoch mit seiner Studie zur Praxis antisemitischer Gewalt als »Selbstermächtigung« jenseits offizieller Politik einen grundlegenden Beitrag geleistet, der die Perspektive konsequent auf die eigentlichen Akteure vor Ort lenkt und Anregungen für weitere Mikrostudien liefert. Der Einfluss von Gewalt als politisches Konzept zur Austragung von weltanschaulichen Konflikten auf die Denkstile und Werthaltungen breiterer sozialer Schichten bleibt unzweifelhaft ein Signum der Zwischenkriegszeit, die sich durch die Erwartung eines erlösenden Führers und ein antidemokratisches Politikverständnis auf der radikalen Linken wie der radikalen Rechten beschreiben lässt.¹⁰¹

X. DIE WEIMARER REPUBLIK IM POLITISCHEN SYSTEM- UND GESELLSCHAFTSVERGLEICH

Dass die Weimarer Republik trotz aller Belastungen Chancen besaß und mehr war als nur ein »Transitorium zwischen Kaiserreich und Diktatur« (S. 233), so Werner Müller, wird in dem von Andreas Wirsching herausgegebenen Sammelband zur europäisch vergleichenden Geschichte Weimars diskutiert.¹⁰² Mit Blick auf Westeuropa (Italien, Großbritannien und Frankreich) werden die Alternativen von Weimar ausgelotet und mit Entwicklungen in diesen Ländern verglichen.

Hans Mommsen verweist zunächst jedoch auf die Schwierigkeit, in Zentral- und Osteuropa einen demokratischen Grundkonsens angesichts neuer nationalstaatlicher Verhältnisse herzustellen. Er betont, dass der Versuch des Völkerbunds, Nationalitätenkonflikte durch Zwangsumsiedlungen zu lösen und somit das »westeuropäische Konzept des homogenen Nationalstaats auf die ostmitteleuropäische Völkermischzone zu übertragen« (S. 25), scheitern musste beziehungsweise neue Konflikte heraufbeschwor.¹⁰³ Der Vertrauensverlust der liberalen Parteien in Deutschland sei demnach im europäischen Kontext gesehen keineswegs überraschend, denn nahezu alle ost- und südeuropäischen Nationen waren spätestens seit den 1930er Jahren autoritär verfasst.¹⁰⁴ Für Italien konstatiert Sven Reichardt ein ähnliches Bild wie Thomas Mergel für Deutschland: Eine fragmen-

100 Jörg Echternkamp, Im Kampf an der inneren und äußeren Front. Grundzüge der deutschen Gesellschaft im Zweiten Weltkrieg, in: *ders.* (Hrsg.), Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. Politisierung – Vernichtung – Überleben (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/1), München 2004, S. 1–92; Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2005; Norbert Frei, Volksgemeinschaft. Erfahrungsgeschichte und Lebenswirklichkeit, in: *ders.*, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 107–128; Adam Tooze, The Wages of Destruction. The Making and Breaking of the Nazi Economy, London 2006.

101 Vgl. zuletzt Claus-Christian W. Szejnmann, Nazis in Central Germany. The Brownshirts in »Red Saxony«, Oxford/New York 1998; Hans Mommsen (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik, Köln/Weimar etc. 2000; Dirk Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001; Reichardt, Faschistische Kampfbünde; Pamela E. Swett, Neighbors and Enemies. The Culture of Radicalism in Berlin 1929–1933, Cambridge 2004; Dirk Blasius, Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930–1933, Göttingen 2005; Tim Brown, Weimar Radicals. Nazis and Communists between Authenticity and Performance, Oxford/New York 2009.

102 Andreas Wirsching (Hrsg.), Herausforderungen der parlamentarischen Demokratie. Die Weimarer Republik im europäischen Vergleich (Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 13), Oldenbourg Verlag, München 2007, 247 S., geb., 24,80 €

103 Vgl. Mommsen, Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung; Michael Mann, The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing, Cambridge 2005; Jack Snyder, From Voting to Violence. Democratization and Nationalist Conflict, New York 2000; Norman Naimark, Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe, Harvard 2001.

104 Vgl. Michael Mann, Fascists, Cambridge 2005.

tierte politische Kultur hatte in beiden Ländern nach 1918 ein Machtvakuum sowie einen hohen Erwartungsdruck hinterlassen, die in Italien zusätzlich durch »klientelistischen Parlamentarismus und die eklatante Schwäche des staatlichen Gewaltmonopols« bis zur faschistischen Machtübernahme im Oktober 1922 charakterisiert waren (S. 86). Thomas Raithel sieht im parlamentarischen System Frankreichs mit einer schwachen Stellung des Staatspräsidenten gegenüber dem Parlament, einer starken Stellung der zweiten Kammer und einer schwächeren Ausprägung der Parteien einen Vorteil gegenüber dem deutschen System.¹⁰⁵ Dahingehend hat auch Michael Hoffmann zuletzt umfassend dargelegt, wie sich die liberal-konservativen Strömungen Frankreichs zwischen 1919 und 1928 zu einer »französischen Tory-Party« entwickelten und auch als gemäßigte parlamentarische Rechte trotz Ordnungsvorstellungen von Anti-Etatismus, Agrarromantik, »Famillialismus« und Nationalismus weiterhin republikanisch wirkten.¹⁰⁶ Stefan Grüner attestiert Frankreich ebenso eine erstaunliche Stabilität für die Zwischenkriegszeit, wo häufige Regierungswechsel eben nicht zwangsläufig Krise und grundlegenden Zusammenbruch bedeuten mussten. Das Westminster-Modell Großbritanniens mit einem starken Zweiparteiensystem und relativem Mehrheitswahlrechtssystem erprobte sich, so Grüner, in langer Tradition, die grundlegende Konflikte nicht aussparte und entsprechend der *majority rule* auch nur die Mehrheit regieren ließ. Die frühe Herausbildung der Parteien seit 1832 und die Wahlrechtsreformen 1867 und 1884 legten einen frühen Grundstein für einen demokratischen Grundkonsens, den es gerade in der Öffentlichkeit der Weimarer Republik nicht gab.

Die Weimarer Republik scheiterte an ihren hohen integrativen Ansprüchen, schien jedoch in der Ausgestaltung gerade der Sozialpolitik an eigener Überforderung schuld. Das Versprechen eines »Volksstaats« mit sozialstaatlicher Integration überforderte die Republik, wie Werner Plumpe für die Politik des Reichsverbands der Deutschen Industrie herausstellt. Gabriele Metzler verweist auf die »systematische Expansion von Sozialstaatlichkeit« (S. 220), die sich ungeachtet Bismarckscher Traditionen als volkswirtschaftliche Hypothek erwies.¹⁰⁷ Eine politisierte und radikale Arbeiterschaft sei der Grund für eine pazifizierende Sozialpolitik gewesen, die nicht nur die sozial- und rentenpolitischen Folgekosten des Ersten Weltkriegs zu tragen hatte, sondern eben auch mehr sein wollte als eine lediglich auf Armutsvermeidung zielende Sozialpolitik. Dies stellt für Großbritannien Matthias Reiß fest, der jedoch für Deutschland die Leistungen über weite Strecken für unzureichend hält. Sozialstaat und Demokratie spiegelten sich in Weimar auf Dauer nicht wider, und die Loyalitätslücke zwischen Arbeiterschaft und Republik wurde angesichts der brüchigen sozialpolitischen Versprechungen gerade in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 immer größer.

Insgesamt bleibt jedoch das Scheitern Weimars 1933 in vergleichender Perspektive aufgrund der vielfältigen politischen Diktaturen in Osteuropa während der Zwischenkriegszeit nicht unbedingt singulär. Gerade ein weiterer Blick nach Osteuropa würde den Pfaden des »Sonderwegs« neue Schneisen schlagen, wie dies der von Michael Geyer und

105 Siehe ausführlicher *Thomas Raithel*, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus. Deutscher Reichstag und französische Chambre de Députés in den Inflationskrisen der 1920er Jahre, München 2005; *ders.*, Funktionsstörungen des Weimarer Parlamentarismus, in: *Föllmer/Graf*, Die »Krise« der Weimarer Republik, S. 243–266; sowie auch *Horst Möller/Manfred Kittel* (Hrsg.), Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918–1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich, München 2002.

106 *Michael Hoffmann*, Ordnung, Familie, Vaterland. Wahrnehmung und Wirkung des Ersten Weltkrieges auf die parlamentarische Rechte im Frankreich der 1920er Jahre (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 76), Oldenbourg Verlag, München 2008, 545 S., geb., 74,80 €

107 Vgl. *Young-Sun Hong*, Welfare, Modernity, and the Weimar State 1919–1933, Princeton, NJ 1998; *David Crew*, Germans on Welfare. From Weimar to Hitler, Oxford 1998; *Deborah Cohen*, The War Come Home. Disabled Veterans in Britain and Germany 1914–1939, Berkeley 2001; *Elizabeth Harvey*, Youth and the Welfare State in Weimar Germany, Oxford 1993.

Sheila Fitzpatrick herausgegebene Sammelband zum strukturellen Vergleich der Herrschaftsformen und -praktiken im Nationalsozialismus und in der stalinistischen Sowjetunion versucht und zu Recht einen differenzierteren Umgang mit den gängigen Totalitarismuskonzepten anmahnt.¹⁰⁸ Auch der Vergleich von Gewaltstrukturen, radikalen Ordnungsentwürfen und weitreichenden gesellschaftlichen Umstrukturierungskonzepten verweist auf Entwicklungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die beispielsweise mit frühen Euthanasie-Debatten, Utopien der Bevölkerungshomogenisierung und funktionalen Infrastrukturplanungen nicht nur in Deutschland wirkten. Wie genau solche Denkstile und Planungseuphorien in praktische Politik mündeten und welche Strukturbedingungen für die Gewalttaten in Deutschland wirkten, wird auch weiterhin ein zentraler Forschungsgegenstand bleiben.

Dahingehend hat Thomas Etzemüller einleitend zu dem von ihm herausgegebenen Sammelband zu biopolitischen und raumplanerischen Neuordnungsmodellen betont, dass moderne Regulierungs- und Rationalisierungsplanungen nicht immer unbedingt zur physischen Vernichtung führen mussten.¹⁰⁹ Ein weiter gefasster und stärker globalisierter Blick von Deutschland nach Schweden, Großbritannien, den USA, China und der Sowjetunion verdeutlicht in dem vorliegenden Band für das 20. Jahrhundert die grundlegenden Spannungen zwischen den staatlichen Ansprüchen des Ordners, Planens, Regulierens, Erfassens und auch der biopolitischen Exklusion. Teleologische Modernisierungstheorien, die diese Aspekte lediglich als Teile einer defizitären Moderne deuten und auf normative Konzepte von Demokratisierung und umfassender Wohlfahrtsstaatlichkeit verweisen, werden somit infrage gestellt. In einem eigenen Sonderforschungsbereich an der Universität Oldenburg »Ordnungsdanken und *social engineering* als Reaktion auf die Moderne« wird für die Zeit zwischen 1920 und 1970 in Einzelstudien untersucht, wie in verschiedenen staatlichen und kulturellen Kontexten Nordwesteuropas der »ambivalenten Moderne« mit erodierenden traditionellen Sozialbeziehungen und neuem technokratischen Gestaltungswissen durch neue Ordnungsentwürfe zu begegnen versucht wurde. Das Projekt der Moderne wird dann vermutlich als ein variantenreiches und widersprüchliches Unternehmen erscheinen und die weiterhin aktuelle Frage, ob man nicht von mehreren »modernities« sprechen sollte, entsprechend herausgestellt werden.

XI. WEIMARS DISKURSIVES ERBE

Den Fragen, was Weimar für die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft zwischen 1945 und 1959 bedeutete und welche Aneignungsdiskurse und Abwehrstrategien die Erinnerung an die Republik in den politischen und kulturellen Debatten auslöste, ist Sebastian Ullrich in seiner Dissertation zum sogenannten »Weimar-Komplex« nachgegangen.¹¹⁰ Gemeint ist ein kollektives unbewältigtes Trauma in der Erinnerung der Deutschen, das auf Scheitern, Verdrängung und radikale Überwindung in der Vergangenheit hindeutet. Das Bemühen des Bildes von »Weimarer Verhältnissen« zur Bezeichnung politischer, sozialer oder ökonomischer Instabilität hat lange Tradition in Deutschland, und auch der Beliebtheitsgrad der ersten deutschen Demokratie, so Ullrich, sei im Grunde bereits seit dem Verlust der parlamentarischen Mehrheit der »Weimarer Koalition« 1920 stetig im Schwinden gewesen.

108 Michael Geyer/Sheila Fitzpatrick (Hrsg.), *Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared*, Cambridge University Press, Cambridge 2009, 536 S., geb., 90,00 \$.

109 Thomas Etzemüller (Hrsg.), *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert* (Histoire, Bd. 9), transcript, Bielefeld 2009, 366 S., kart., 24,90 €

110 Sebastian Ullrich, *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959* (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 45), Wallstein Verlag, Göttingen 2009, 679 S., geb., 48,00 €

Weimar war viel gebrauchtes historisches Argument für oder gegen die politischen Diskussionen der frühen Bundesrepublik und politische und moralische Absetzung zum Nationalsozialismus.¹¹¹ Die Verzerrung der nationalsozialistischen Propaganda wirkte auch nach 1945 fort. Metaphern der Wehrlosigkeit, der kommunistischen Herrschaft und der Inbesitznahme durch fremde Mächte machten auch weiterhin ihre Runde. Das Klima des Kalten Kriegs mit den politischen Demokratievorstellungen der West-Alliierten und der antikommunistischen Abwehrstellung gegen die DDR wirkte unmittelbar auf die Nachkriegsdiskussionen um die Weimarer Republik. Bei der Verfassungsgestaltung war man sich jedoch einig, dass ein starkes Parlament als hauptsächlicher Ort politischer Regierungsbildung fungieren sollte und Bundesrichter mögliche Sanktionsmaßnahmen erlassen sollten, um eine einseitige politische Justiz wie in Weimar zu verhindern. Direkte Demokratie wie bei den Reichspräsidentenwahlen wurde verworfen und die Fünf-Prozent-Klausel eingeführt, um stabile Mehrheiten im Parlament zu sichern. Ein generationeller Umschwung hin zur politischen Gestaltungskraft der »45er«, so Ullrich, begünstigte die Ausgestaltung der neuen Demokratie.

Auch symbolisch wachte Weimar über die frühe politische Kultur Westdeutschlands. Die Einigung in der Diskussion um eine schwarz-rot-goldene Flagge unter Ausschluss etwaiger Handelsflaggenregelungen wie in Weimar erfolgte relativ komplikationslos. Das parteiabhängige unterschiedliche Gedenken an Friedrich Ebert als ersten Reichspräsidenten der Republik und an Gustav Stresemann als erfolgreichen Außenpolitiker wirkte auch nach 1945 entsprechend den Parteilinien und konnte weder in die eine noch in die andere Richtung als parteiübergreifende Erinnerungskultur fungieren. Insgesamt, so Ullrich, sollte man nicht in die Interpretationsfalle geraten, die Gesamtgeschichte der Bundesrepublik allzu geradlinig als einzigartige Erfolgsgeschichte zu interpretieren. Eine »Stunde Null« an den Anfang zu setzen, so der Autor, hieße wiederum die Geschichte nach 1945 zu mythologisieren und die vielfältigen Lernprozesse wie auch die politischen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien zu verschleiern. Vielmehr kann man wohl Ullrichs Studie auch als historisches Lehrbeispiel für Systemübergänge in Deutschland sowie die begleitenden politischen und kulturellen Referenzdebatten lesen.

XII. BILANZ

Bei der verstärkten kulturgeschichtlichen Wendung innerhalb der Weimar-Forschung der letzten Jahre bleibt die Frage nach den Chancen und Belastungen der Weimarer Republik weiterhin von Bedeutung. Der methodische Fokus verändert sich jedoch und hält neue Erklärungen für die Entwicklung der Weimarer Republik offen, wie viele der hier vorgestellten Publikationen zeigen. Was sich insgesamt abzeichnet, ist eine weitere Synthese aus Kultur- und Sozialgeschichte, die neue Blicke erlaubt und alte methodische Grabenkämpfe zwischen Kultur- und Sozialhistorikern selbstbewusst zu überwinden sucht. Die Analyse des Politischen gewinnt somit eine entsprechend umfassendere Fundierung, wie Hardtwig zuletzt mit großer Überzeugungskraft im Hinblick auf die Ansätze zu einer »politischen Kulturgeschichte« der Zwischenkriegszeit eingefordert hat.

111 Vgl. *Heinrich August Winkler*, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der Ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 595–616; *Hans Mommsen*, Der lange Schatten der untergehenden Republik. Zur Kontinuität politischer Denkhaltungen von der späten Weimarer Republik zur frühen Bundesrepublik, in: *Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen* (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, 2. Aufl., Bonn 1988 (zuerst 1987), S. 552–586; darüber hinaus *Friedrich Balke/Benno Wagner* (Hrsg.), Vom Nutzen und Nachteil historischer Vergleiche. Der Fall Bonn – Weimar, Frankfurt am Main/New York 1997.

Dass es hier nicht um nur methodische Fragen geht, belegen die vorgestellten Studien, die wie diejenige von Stefan Malinowski zum Verhältnis von Adel und Nationalsozialismus oder von Thomas Mergel zur parlamentarischen Kultur in der Weimarer Republik zu neuen Standardwerken ihres Themas geworden sind und entscheidende neue interpretative Akzente gesetzt haben. Auch die Geschlechterforschung ist in Weimar angekommen und hat gerade für die Analyse rechter Frauenbewegungen neue Studien vorgelegt, die die inhärenten politischen Interessen von Frauen in ihren jeweiligen Milieukontexten ernst nehmen. Vor allem die politischen Generationenkonflikte in der Weimarer Republik bleiben ein weites Feld, jedoch erweisen sich die vorgestellten Biografien als wichtige Bausteine für eine Soziografie der generationellen Prägung politischen Handelns. Die kulturgeschichtliche Wendung innerhalb der biografischen Forschung, wie sie seit Beginn der 1990er Jahre zunehmend vertreten wird, bleibt auch weiterhin ein Anliegen, welches das Metier der personenbezogenen Forschung wesentlich bereichert und geradezu entscheidend für das Gelingen biografischer Darstellungen ist.

Die allmählich klassisch gewordene Forderung nach dem Vergleich erscheint gerade für die Weimarer Republik nicht minder wesentlich, gerade wenn man das große Bemühen seit den 1980er Jahren um vergleichende Studien zum Kaiserreich vor Augen hat. Die Forschung scheint langsam chronologisch voranzuschreiten und nach Kaiserreich und Erstem Weltkrieg dahingehend die Weimarer Republik genauer in den Blick zu nehmen. Vor allem hält der transnationale Vergleich für die Zwischenkriegszeit entscheidende Erkenntnisse bereit, gerade wenn es um die Bedingungen und Spielarten politischer Kulturen in Europa geht. Die ›Sonderwegs‹-Debatten um spezifisch deutsche Demokratiedefizite und um Konzepte normativer Modernisierungsleistungen scheinen hingegen zunehmend ihre Anziehungskraft zu verlieren. Eine offene Betrachtung, die systematisch und kritisch nach Traditionsbelastungen fragt, jedoch auch die Akteure in ihren politischen Konzepten, kulturellen Handlungsprägungen und sozialen Dispositionen ernst nimmt, ermöglicht eine differenzierte Betrachtung der vielfältigen politischen und kulturellen Entwicklungen in der Weimarer Republik. Somit geraten auch das Ende der ersten deutschen Demokratie 1933 sowie die Wirkungskräfte für den Aufstieg der Nationalsozialisten nicht aus dem Blick. Die Geschichte der Weimarer Republik hat also weiterhin Zukunft.

